

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 15. April 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Vergewaltigung in Permanenz!

Noch schlägt die Empörung der Massen über die unglaubliche Vergewaltigung der paar wirklichen Volksvertreter durch die Mehrheit des Dreiklassenklüngels hohe Bogen, und schon sinnen die Kuppelmeister und Verteidiger des elendesten aller Wahlsysteme auf neue Vergewaltigung! Die Anebelungelüste der Geldjacksmehrheit, die sich bisher nur in einzelnen gräßlichen Willkürakten austoben konnten, sollen in ein System gebracht, sollen kodifiziert und legalisiert werden! Trägt man sich doch mit keiner geringeren Absicht, als durch Aenderung der Geschäftsordnung die Vergewaltigung der Minderheit in Permanenz zu erklären!

Bekanntlich hat die Mehrheit des Junker- und Geldjacksparlamentes den Empfang, den die kleine sozialdemokratische Fraktion bei der ersten Beratung der Wahlrechtsvorlage dem Vater dieses Wechselbalges, Herrn v. Bethmann Hollweg bereite, gierig zum Vorwand genommen, die Geschäftsordnung zu einer Garrotte gegen die Minderheit zu machen. Das kräftige Pfui für den Verantwortlichen der schmachvollsten Volksverhöhnung sollte die „Würde“ des Hauses verletz und Anebelungsmaßregeln notwendig gemacht haben! Welche Abgeschmacktheit, welche Heuchelei! Hatte nicht feinerzeit auch Graf Ballestrem einem Fürsten Bismarck ein „Pfui!“ entgegengeschleubert? Und war es denn sonst im Dreiklassenhaus wie in einem Atzungfernstift zugegangen? Keineswegs! Man braucht sich nur die Blütenlese der Kraft- und Rosenorte anzusehen, die der Direktor des Abgeordnetenhauses Plate in seinem Werke über die Geschäftsordnung des Hauses verzeichnet hat, um die Klagen über die angeblich durch die Sozialdemokratie bedrohte Würde des „hohen“ Hauses als burleske Heuchelei zu empfinden! An Ausdrücken wie „blödsinnig“, „Dieses Zell“, „Dicksöpfe“, „Dummheit“, „erbärmlich“, „Gemeinheit“, „albern“, „Lüge“ usw. ist dort kein Mangel. Mit solchen Ausdrücken regalierte man sich vor dem Eintritt der Sozialdemokratie! Und als die Sozialdemokratie eingetreten war, waren es bürgerliche Abgeordnete, die sich ihr gegenüber erlesener Höflichkeit bedienten wie „Strolche“, „Wegelagerer“ und „Vengel“.

Nicht die Sorge um den „guten Ton“ und die „Würde des Hauses“ kann es also sein, was die reaktionären Elemente dazu treibt, aus der Geschäftsordnung schleunigst einen Maulkorb und Anebel für die oppositionelle Minderheit zu machen, sondern einzig und allein die Wut der Volksunterdrückten und Volksverräter, ihr gemeingefährliches Treiben mit der tausendfach verdienten und einzig angemessenen Dentschkeit gebrandmarkt zu sehen!

Man möchte die paar Sozialdemokraten vollends Anebeln und hüteln! Und weil die kleine Fraktion bisher aller Versuche, sie zu vergewaltigen, gespottet hat, weil sie jeden rechts-widrigen Strangulierungsversuch in eine schwere Blamage ihrer Gegner verwandelt hat, deshalb will man nun auch die Geschäftsordnung verhängen, um mit brutaler Gewalt das durchzusehen, was man bisher trotz aller Skrupellosigkeit nicht zu erreichen vermochte!

Wie man das anzufangen gedenkt, verrät der Beschluß, den die Geschäftsordnungs-Kommission am Mittwochabend beschlossen hat. Gemäß den Anträgen der Subkommission und dem konservativen Antrag wurde beschlossen, folgende Bestimmungen in den § 64 der Geschäftsordnung aufzunehmen:

„Im Falle besonders grober, die Würde des Hauses schädigender Verletzung der Ordnung kann der Präsident den Abgeordneten für den Rest des Tages von der Sitzung ausschließen. Auch kann auf Vorschlag des Präsidenten das Haus ohne Besprechung den Abgeordneten aus den Sitzungsräumen einschließlich der Tribünen ausweisen, und zwar bis zur Dauer von sechs, im Wiederholungsfall in derselben Tagung bis zur Dauer von zwölf Sitzungstagen. Der Präsident trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Ausschließung oder Ausweisung durchzuführen, kann hierzu die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen und den Sitzungsraum wie die Tribünen räumen lassen, auch den ausgeschlossenen Abgeordneten aus dem Sitzungssaal und von den Tribünen entfernen lassen und seinen Wiedereintritt in diese Räume verhindern.“

Gegen den Ordnungsdruck oder die Ausschließung durch den Präsidenten kann der betroffene Abgeordnete spätestens am folgenden Tage schriftlich Einspruch erheben. Das Haus entscheidet frühestens in der nächsten Sitzung ohne Besprechung, ob der Ordnungsdruck oder die Ausschließung gerechtfertigt war. Erfolgt während der Dauer der Ausschließung oder Ausweisung eine Abstimmung über Gesetzesvorlagen, bei der die Stimme des abgewiesenen Abgeordneten hätte den Ausschlag geben können, so wird die Abstimmung in der ersten Sitzung nach Ablauf der Ausschließung oder Ausweisung wiederholt.

Die einzelnen Absätze wurden meist mit überwiegender Majorität angenommen. Bei einzelnen stimmten die Rationalliberalen und das Zentrum dagegen. Das fortschrittliche Mitglied beteiligte sich an der Debatte, stimmte aber schließlich gegen alles.

Ein allerliebster Anebelgesetz! Wenn es dem Präsidenten und der Mehrheit beliebt, soll ein Sozi einfach für sechs, ja für zwölf Sitzungen ausgeschlossen werden können. Das lohnt doch wenigstens! Im Reichstag kann nur für eine Sitzung Ausschluß erfolgen — unser Junkerparlament will's nicht unter einem halben oder einem ganzen Duzend tun! Und welche Gewähr Präsidium und Geldjacksmehrheit für eine loyale Handhabung der zur Vötelordnung verhandelten Geschäftsordnung bieten, das haben wir ja erst am Dienstag erlebt. Selbst freikonservative Blättern war diese Geschäftsführung zu bunt! Hätte aber die Bestimmung, die die Kommission vorschlägt, bereits bestanden, so wären zwei oder drei sozialdemokratische Abgeordnete aus dem Hause herausgewimmelt worden, weil sie die freche Vergewaltigung der Minderheit beim rechten Namen zu nennen wagten!

Aber nicht nur der Dienstag hätte das bewiesen, sondern auch wiederum die Donnerstagsitzung! Gerade in dieser Sitzung wehlagte ja Herr v. Kröcher darüber, daß die Geschäftsordnung noch nicht derart verhängt sei, daß sie ihm, dem bemitleidenswert schwachen Manne, die Handhabe biete, sofort die Sitzungssperre zu verhängen! Und warum? Weil ein sozialdemokratischer Abgeordneter sich gestattete, dem Eisenbahnminister v. Breitenbach mit gleicher Münze zu dienen. Dieser hatte dem Abg. Reinert vorgebracht, daß er nur Phrasen vorgebracht habe. Als der Minister sich über die Rechtsfrage des freien Koalitionsrechts mit Redensarten hinweghelfen wollte, bemerkte der Genosse, daß das nur Phrasen seien. Der „unparteiische“ Präsident ermahnte darauf unseren Genossen zur Ordnung, was diesem die nur halbblaute Bemerkung entlockte, daß der Prädent um die Ordnung ja selber nicht recht Bescheid wisse. Herr v. Kröcher hatte diese in Anbetracht der vorgefertigen Vorgänge nur zu treffende, aber deshalb freilich umso schmerzlichere Bemerkung gar nicht gehört, aber Herr Schulze-Belkum sprang schleunigst die Stufen empor — obgleich nach Herrn v. Kröcher Abgeordnete nicht springen — um diesem die Bemerkung zu hinterbringen. Als daraufhin Jordan der Königstreue zu einem Vornehmen ermahnte, wie es unter Königstreuen Männern Sitte sei, unser Genosse dagegen verwundert fragte, was denn die Sache in aller Welt mit der Königstreue zu tun habe, der Präsident hinwiederum den Fragesteller mit wuchtigem Pathos belehrte, daß er ja selbst ein Königstreuer Mann sei, weil er dem König doch Treue und Gehorsam geschworen habe, parierte der also Apostrophisierte mit der wiederum ebenso richtigen wie angemessenen Bemerkung, daß Herr v. Kröcher diesen Wit ja schon einmal gemacht habe. Und daraufhin zetzte Herr v. Kröcher, den auch heute wieder seine vielgerühmte Schlagfertigkeit völlig verlassen hatte, über den Mangel an Disziplinarmitteln gegen solche Schänder der „Würde des Hauses“! Die wackere Rechte sekundierte ihrem „Beauftragten“ durch dröhnende Zustimmung und brüllte sogar „Rauschmeißen“, ohne allerdings der höflichen Einladung unserer Genossen, sich doch gefälligst bedienen zu wollen, Folge zu leisten!

Die Sozialdemokratie sieht dem Beginn der Geldjacksmehrheit, sich in den Augen aller anständigen Politiker noch unmöglicher und verhasster zu machen, mit kühlster Gelassenheit entgegen! Will das Dreiklassenparlament die Vergewaltigung in Permanenz erklären — die Sozialdemokratie wird sicherlich keinen Schaden davon haben!

Feitgefahren.

Die konservative Parteileitung arbeitet in gleicher Weise mit stillvollen Erlässen und Erklärungen wie das Berliner Volksblatt. Alle paar Tage bringt in letzter Zeit die parteioffizielle „Konservative Korresp.“ neue Stillübungen des Herrn v. Heydebrand und seines Generalstabes, in denen irgend ein Akt der konservativen Parteipolitik erläutert und verteidigt oder irgend eine Behörde mehr oder minder stark gerüffelt wird. Die letzte Nummer dieser Korrespondenz enthält wieder eine derartige literarische Leistung — diesmal eine Erklärung der Motive, die die konservative Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses bezogen haben, bei der Abstimmung über die Wahlrechtsvorlage am 12. ds. Mts. die kleine sozialdemokratische Fraktion durch einen brutalen Bruch der Geschäftsordnung mundtot zu machen. Wie es scheint, hat die abfällige Beurteilung, die diese schamlosen Praktiken der konservativen Landtagsfraktion nicht nur in der linksliberalen, sondern selbst in einigen gemäßigtkonservativen Blättern gefunden haben, die konservativen Generallitabler verschonupt und sie das Bedürfnis empfinden lassen, ihre frivole Taktik etwas zu beschönigen. In diesem Beschönigungsversuch heißt es:

... Es war vorauszu sehen, daß auch in der Einzelberatung die Sozialdemokraten durch derartige Reden

versuchen würden, die Geschäfte des Hauses aufzuhalten, obwohl Abänderungsanträge nicht vorlagen und auch die bürgerlichen Parteien in der Einzelberatung nicht reden wollten. In dieser Voraussicht hatten sich zu einzelnen Paragraphen auch konservative Abgeordnete zum Wort gemeldet, und zwar vor den sozialdemokratischen Rednern, um gegebenenfalls die Möglichkeit zu haben, durch einen Schlußantrag den sozialdemokratischen Rednern das Wort zu entziehen. Diese Annahme trat ein. Bei einzelnen Paragraphen beabsichtigten die Sozialdemokraten, wiederum Reden zu halten, in denen sachlich auch nicht das geringste Neue vorgebracht werden konnte. Die zum Wort gemeldeten konservativen Abgeordneten verzichteten auf das Wort oder gaben eine kurze Erklärung ab, und nunmehr wurde unmittelbar hinter ihnen ein Schlußantrag gestellt und angenommen — und zwar von den beiden konservativen Fraktionen und dem Zentrum —, so daß die Sozialdemokraten nicht mehr zum Wort kamen, ein Verfahren, das auch schon im vorigen Jahre, damals unter Zustimmung sämtlicher bürgerlicher Parteien, gegen den Abgeordneten Hoffmann, angewandt worden ist.

Eine recht einfältige Erklärung; denn sie bestätigt, wie die Verfasser in ihrem Eifer gar nicht zu bemerken scheinen, daß in der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses der Brauch besteht, die oppositionelle Minderheit durch ein in wiederholter Uebung erprobtes „Verfahren“ mundtot zu machen. Ferner aber bezichtigt die Erklärung zwei konservative Landtagsabgeordnete der Lüge — ausgesprochen vor den Abgeordneten und dem ganzen Lande.

In der von dem Abgeordneten Ströbel erzwungenen Geschäftsordnungsdebatte erklärte nämlich der Abgeordnete v. Pappenheim:

„Wir wollten in der Generaldiskussion eine kurze Erklärung abgeben und bei den einzelnen Paragraphen nur sprechen, wenn es zu Widerlegungen notwendig erschien. Ich hatte deshalb dem Schriftführer, der die Rednerliste führt, den Auftrag erteilt (Lachen links; Rufe: Auftrag!), für jeden Paragraphen die von mir bezeichneten Herren zum Wort zu melden. Wir haben dann, da die Debatte neue Momente nicht ergab, auf das Wort verzichtet.“

Und der Abg. Freiherr v. Nitzschhofen führte aus: „Ich bestreite, daß ich mich lediglich zum Wort gemeldet habe, um dann zu verzichten. Ich hatte mich zu § 10 gemeldet, wo gar kein Sozialdemokrat gemeldet war. Es ist Usus, daß man sich meldet, und von der Debatte abhängig sein läßt, ob man das Wort nimmt oder nicht. Der Vorwurf, ich hätte mich lediglich formell zum Wort gemeldet, ist unrichtig, das konstatiere ich vor dem Lande.“

Beide Mitglieder des Abgeordnetenhauses bestritten also, daß sie sich nur formell zum Wort gemeldet hatten, um dann auf dieses zu verzichten und ihren Freunden zu ermöglichen, durch einen Schlußantrag den sozialdemokratischen Rednern das Wort abzusaugen. Dagegen gibt die parteioffizielle Erklärung der „Konserv. Korresp.“ diesen Zweck der konservativen Wortmeldung offen zu. Eines kann aber nur richtig sein, entweder die Verstreitung der Abgeordneten v. Pappenheim und v. Nitzschhofen, oder aber die Darstellung der „Konserv. Korresp.“. Ist letztere richtig, dann müssen die beiden Abgeordneten öffentlich gelogen haben; haben aber die beiden Abgeordneten die Wahrheit gesagt, dann lügen jene Mitglieder des konservativen Generalstabes, die die Erklärung der „Konserv. Korresp.“ verfaßt haben! Wer die Lügner sind, mögen die Beteiligten unter sich selbst feststellen.

Eine Wahrede Briands.

Paris, 11. April. (Fig. Ver.) Man darf die Bedeutung der Rede, die Briand gestern in Saint-Chamond vor seinen Wählern gehalten hat, sicher nicht nach der Menge von Lektartikeln beurteilen, die in der bürgerlichen Presse darüber losgelassen werden. So stark auch im französischen Parlamentarismus das persönliche Moment noch vorherrschen scheint, zuseht entscheiden doch die Interessen und Meinungen der Massen über die Politik der Nation. Bei dem unaussprechlichen Wechsel der Regierungen geben die programmatischen Erklärungen eines Ministers jedenfalls keine sichere Richtlinie für die Tätigkeit einer neuen Gesetzgebungsperiode. Immerhin ist gerade bei einem „Anpassungsminister“ wie Briand eine Rede interessant, die ja natürlich nicht nur der parlamentarischen Kandidatur in dem entlegenen Provinzkrise, sondern vor allem der Empfehlung der eigenen Ministerkassette im ganzen Lande gilt. In ihrer Grundstimmung kann man eine Widerspiegelung der Meinungen finden, die die große Masse der bürgerlichen Wählerschaft beherrschen.

Der „Temps“ findet mit Recht die Ausführungen Briands „im Grundwesen liberal“. Liberal aber heißt in Frankreich eine Politik, die die Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaft ohne wesentliche Zugeständnisse an die Kleinbürgerliche oder gar die sozialistische Demokratie will und die formale Freiheit des Individuums so weit zu sichern bereit ist, als damit den Interessen des Kapitalismus gedient ist. Natürlich kann ein Briand, der sich an die republikanischen Wählermassen wendet, die zum großen Teil den Kleinrentnern und den Besitzlosen angehören, nicht ein unter-

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für vollständige und gewerkschaftliche Betriebs- und Veranlagungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengelände und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr ebenfalls geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

schmücktes Mahfestum vorzulegen. So bietet er einige soziale Reformen an, unter denen sein Stedenpferd, die Gewinnbeteiligung und die Kreditgewährung an Produktivgenossenschaften anscheinend seine Abfindung mit dem Sozialismus vorstellen. Am dringlichsten erscheint ihm die Verteilung der Rechtsprechung an die Gewerkschaften, die diese dazu bringen soll, zum zu werden. Denn als der Uebel größtes erachtet er den Klassenkampf. Er versteht gar nicht, daß es Leute gibt, die die Brüderlichkeit der Völker verkünden und innerhalb der Nation den Kampf predigen. Besonders energisch aber tritt er für die Befreiung der gewerkschaftlichen Freiheiten der Staatsbeamten ein. Die Staatsautorität, die „Ordnung“ muß vor allem aufrechterhalten werden.

Wenn im ganzen seine Tendenz jetzt denen der gemäßigten mittleren und großen Bourgeoisie entsprechen, so macht er auf dem Gebiet der Verfassungspolitik den Claqueur der radikalen Mehrheit die nötigen Zugeständnisse. Die Verachtung des Bezirkswahlrechts, die er vor einigen Monaten in Beriquez kundgab, erscheint wesentlich gemildert. Neben der Verdrängung der Proporzfreunde als Verbündeter der Reaktion stellt er den Radikalen die Verlängerung der Legislaturperiode um zwei Jahre in Aussicht, wobei eine alle zwei Jahre erfolgende Erneuerung eines Drittels der Deputiertenkammer den Wahlen den für Bourgeoispolitiker so oft ungemütlichen Charakter einer demokratischen Generalabrechnung nehmen soll. Die Wahlreform, deren Dringlichkeit niemand zu leugnen mag, weil mit den Erwählten des Bezirkswahlrechts weder die Justiz noch die Verwaltungsreform durchzuführen ist, soll mit der Wiederherstellung von Provinzialvertretungen verbunden werden. In der Tat wäre die Organisation größerer autonomer Verwaltungskreise von großem Nutzen. Aber die Übertragung der Konstituierung der Deputiertenkammer an sie wäre die Aufhebung des direkten Wahlrechts und eine Wiederherstellung vorrevolutionärer Verhältnisse. Die Verwirklichung dieses Programms wird freilich noch lange auf sich warten lassen; aber in diesem Zugeständnis bräutet an monarchistisch-föderalistische Forderungen wird die Erschlaffung der von der bürgerlichen Revolution geborenen national-demokratischen Energie unverkennbar. Sie ist vielleicht nicht ohne Zusammenhang mit der Beforgnis vor der Macht, die die Eroberung einer zentralistisch organisierten Staatsgewalt einer revolutionären Klasse geben könnte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. April 1910.

Reichsgerichtsentlastung und schwedischer Handelsvertrag.

Aus dem Reichstag, 14. April. Die Beantwortung der Mühlheimer Interpellation wurde vom Staatssekretär Deßbrück für nächste Woche in Aussicht gestellt.

Der Gesetzentwurf, der dazu dienen soll, das Reichsgericht zu entlasten, wurde heute in erster Lesung erledigt. Daß Maßregeln ergriffen werden müssen, um dem Reichsgericht die Erledigung seiner Aufgaben zu ermöglichen, ist zweifellos, steigert sich doch ständig die Zahl der unerledigten Sachen an den Jahresstufen. Es ist auch schon vorgeschlagen, daß ein Termin auf ein Jahr im voraus angesetzt werden mußte. Die Mittel, die von der Regierung zur Begleichung dieses Uebelstandes vorgeschlagen werden, sind indes höchst ansehnlich. Sie kommen wesentlich darauf hinaus, die Revisionsmöglichkeit einzuschränken und insbesondere in zivilen Rechtsstreitigkeiten dem Publikum die Gelegenheit zur Erkräftigung seines Rechts zu verweigern. In der Diskussion wurde von sozialdemokratischer Seite durch die Genossen Stadthagen und Heine geltend gemacht, daß es schwer sein würde, neue Senate zur Bewältigung der Aufgaben einzurichten, eventuell vorübergehenden Kalamitäten durch Hilfsenate Abhilfe zu schaffen. Beide Redner ließen darüber keinen Zweifel, daß der Gesetzentwurf in seiner gegenwärtigen Fassung für uns unannehmbar sein würde. Zur Abhilfe für die allgemeinen Mängel der Rechtsprechung empfahlen sie noch eine bessere Ausbildung der Juristen, die möglichste Heranziehung des Laienelements zur Rechtsprechung sowie die Vermehrung sachverständiger Sondergerichte. Schließlich wurde der Entwurf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Dann kam der Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung des schwedischen Handelsvertrags bis zum 1. Dezember 1911 zur Verhandlung. Nützlich ist eine solche Maßregel, da die Verhandlungen wegen eines neuen Handelsvertrages noch nicht zum Abschluß gekommen sind, trotzdem der bestehende Vertrag nur bis zum 31. Dezember 1910 Gültigkeit hat. Um den erforderlichen Zeitraum für Verhandlungen zu gewinnen, ist von beiden Regierungen jene Verlängerung vorbehaltlich der Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren vereinbart worden. Da eine Meinungsverschiedenheit über die Notwendigkeit der provisorischen Verlängerung des Vertrages im Reichstag gar nicht vorhanden war, wäre eine Debatte eigentlich überflüssig gewesen. Die Schutzzöllner fühlen aber das dringende Bedürfnis, ihrem Mißtrauen gegen Handelsverträge überhaupt auch bei dieser unpassenden Gelegenheit Ausdruck zu geben. Den Reigen eröffnete Herr Speck vom Zentrum, der dadurch einen Eindruck zu erzielen versuchte, daß er über die beständige Verringerung der aktiven Handelsbilanz Deutschlands mit Schweden klagte. Also weiß der Ueberseh von Deutschlands Ausfuhr nach Schweden über die Einfuhr von dorthin immer geringer wird, meinte er, der Handelsvertrag sei an sich nachteilig für Deutschland. Genosse Kollenbührer wies nach, wie falsch diese Beweisführung ist, indem er durch Verlesung der statistischen Zahlen feststellte, daß nicht nur die Einfuhr Deutschlands aus Schweden, sondern auch seine Ausfuhr dorthin in beständigem Wachsen begriffen ist. Demgegenüber ist es völlig nebensächlich, ob unsere Einfuhr härter wächst als die Ausfuhr, da sich das im Welthandel ausgleicht. Auch der Freisinnige Gothein beteiligte sich an der Widerlegung der schutzzöllnerischen Zeugnisse, während die agrarische Feindschaft gegen das Ausland von dem Grafen Kanig in der üblichen Weise zum Ausdruck gebracht wurde. Schließlich wurde dann der Vertrag in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Für Freitag ist die erste Lesung der Wertzuwachssteuer auf die Tagesordnung gesetzt.

Fürsorge für Eisenbahnarbeiter.

Die sogenannten preussischen Volksvertreter haben sich am Donnerstag, nachdem sie zunächst die Einrichtungen des Luftschiffersbataillons in Tegel einer Besichtigung unterzogen haben, noch des Nachmittags in der Prinz-Albrecht-Straße wieder eingefunden, um den Etat der Eisenbahnverwaltung weiter zu beraten. Wer die Debatte mit angehört hat, ohne zu wissen, eine wie arbeiterfeindliche Politik das Dreiklassenparlament betreibt, der hätte glauben können, daß es auf der ganzen Welt kein arbeiterfreundlicheres, kein um das Wohl der Staatsarbeiter mehr besorgtes Haus gibt als das

Zunferparlament. Alle Parteien schickten ihre Redner vor, um die Wünsche der Arbeiter und Beamten vorzutragen. Freisinnige und Zentrum überboten sich gegenseitig in Arbeiterfreundlichkeit, natürlich nur in Worten. Wo alles in Arbeiterpolitik mündet, können die Konserwativen allein nicht schweigen, und so erteilte dem Herr v. Pöppelheim seinem Freunde Hammer den Auftrag, eine arbeiterfreundliche Rede zu halten. Herr Hammer erfüllte den Auftrag getreulich, er forderte für die Lokomotivführer — Kesselkappen, wie die Assistenten sie haben, und betonte allen Ernstes, daß die Lokomotivführer darauf großen Wert legen. Ob das stimmt, wissen wir nicht, das eine steht jedenfalls fest, daß die Eisenbahnverwaltung dabei billiger fortkommt, als wenn sie das Personal auslösmäßig besoldet.

Auch der Eisenbahnminister verbreitete sich wieder einmal ausführlich über die Arbeiterverhältnisse. Neues brachte er nicht vor, es war das alte Lied, das schon die Thielen und Budde alljährlich angestimmt haben, und das Herr v. Preitenbach weiter singt, das Lied mit dem Refrain: Rein Wensch hat es so gut wie ein königlich preussischer Eisenbahner, den die Verwaltung durch Wohlfahrtsvereinigungen über seine schlechte wirtschaftliche Lage sowie darüber, daß ihm seine staatsbürgerlichen Rechte genommen werden, hinwegjagen sucht. Wiber seinen Willen mußte der Minister dabei der Sozialdemokratie das Zeugnis ausstellen, daß sie die Interessen der Eisenbahnarbeiter in wirksamer Weise wahrnimmt, denn anders ist seine Bemerkung nicht zu verstehen, er wisse, daß ungenügende Löhne ein hervorragendes Agitationsmittel für die Sozialdemokratie sind, und handle danach. Wir werden selbstverständlich nach wie vor dafür eintreten, daß die Staatsarbeiter auslösmäßig entlohnt werden. Wenn der Minister aber glaubt, er könne die Staatsarbeiter durch Gewährung besserer Löhne dauernd der Sozialdemokratie entfremden, so text er gewaltig. Doch wir wollen darüber mit Herrn Preitenbach nicht rechten.

Uebrigens ist es tatsächlich falsch, daß die Eisenbahnarbeiter so gut entlohnt werden. Im Gegenteil, der Lohn steht, wie Leinert in einer groß angelegten Rede nachwies, vielfach sogar hinter dem ortsüblichen Tagelohn zurück. Die Ausführungen unseres Genossen zeigen deutlich, daß auch die Eisenbahnarbeiter in der Sozialdemokratie eine Vertretung haben, die sich ihrer in wirklich entschiedener Weise annimmt. Ein interessantes Bild boten bei den Darlegungen Leinerts über die überaus traurigen Arbeitsverhältnisse der Staatseisenbahnen die Herren Konserwativen. Zwei der Herren, die auf den vordersten Rängen saßen, hatten ihr Haupt geneigt — des materiellen Effekts wegen der eine nach rechts, der andere nach links — und schloffen, schloffen, schloffen. Nichts kam draußlicher die empfindende Gleichgültigkeit der Zunfermehrheit gegen die Arbeiterinteressen kennzeichnen, als dies reizende Genrebildchen, das verdient hätte, durch den Photographen festgehalten und im Lande verbreitet zu werden.

Kleine Anfragen.

Die verstärkte Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags beschäftigte sich am Donnerstag mit der Einführung des Instituts der kleinen Anfragen. Es handelt sich dabei um die Möglichkeit, daß Abgeordnete bei Beginn der Sitzung über alle zur Zuständigkeit des Reichs gehörigen Fragen Anfragen an den Reichstagskanzler richten können, deren Beantwortung ihm freisteht, ohne daß sich eine Diskussion daran knüpfen darf. Auch diese Frage war im Vorjahre eingehend erörtert worden, ohne daß ein Resultat herbeigeführt worden wäre. Damals gruppieren sich die Parteien ähnlich wie bei den Anträgen zu Interpellationen so, daß die Sozialdemokratie und das Zentrum für eine weitgehende Möglichkeit solcher Anfragen eintraten; die konserwativen Gruppen widersprachen auch hier grundsätzlich, die Liberalen nahmen eine vermittelnde Stellung ein.

Kunmehr hat die Fortschrittliche Volkspartei einen Antrag eingebracht, der den von sozialdemokratischer Seite voriges Jahr geltend gemachten Forderungen fast vollständig Rechnung trägt. So hat dieser Antrag vor allem unserer Forderung Rechnung getragen, daß an die Beantwortung einer Anfrage mündliche, ergänzende und berichtende Anfragen geknüpft werden dürfen. Zurück bleibt der Antrag hinter unseren Forderungen wesentlich nur in bezug auf die Zeit, die für Anfragen vorgesehen ist. Der Antrag Müller will nur je 45 Minuten an je zwei Tagen in der Woche dafür ansetzen. Die Sozialdemokraten beantragen in einem Amendement an Stelle von zwei Tagen vier Tage in der Woche dafür zu bestimmen. Andererseits liegt ein konserwatives Amendement vor, daß Anfragen, die ein schwebendes Gerichts-, Disziplinar- und Verwaltungsverfahren betreffen, unzulässig sein sollen. Auch will dieser Antrag Anrecht die Zeit für kurze Anfragen auf eine Stunde an den Schwerinstagen beschränken.

In der Diskussion wurde seitens der Sozialdemokraten, der Freisinnigen, der Rationalisten, aber auch von mehreren Zentrumrednern grundsätzlich die Einführung der kurzen Anfragen gebilligt; nur Herr Koeren zog die Bedürfnisfrage in Zweifel. Zur Abstimmung kam es indes noch nicht. Die nächste Sitzung wird Mittwoch, 20. April stattfinden.

Landtagswahlstiege in Sachsen-Altenburg

landen am Donnerstag statt. Für die Sozialdemokratie kam nur die dritte Wählerklasse in Frage, die auf insgesamt acht Sitze beschränkt ist. Bisher besaßen wir drei Mandate. Ueber den Ausfall der Wahl wird uns gemeldet:

In der Stadt Altenburg eroberten wir beide Mandate. In den anderen Städten des Westkreises gleichfalls das Mandat, aber das diese gemeinsam verfügen. Die Städte des Westkreises wählten ebenfalls einen Sozialdemokraten. In zwei ländlichen Wahlkreisen ist die Wahl der Sozialdemokraten gesichert, in einem weiteren ländlichen Wahlkreise wahrscheinlich. Im neuen Landtage werden also statt drei sechs resp. sieben Sozialdemokraten sitzen. Unsere Stimmenzahl ist überall gestiegen, die der Gegner hat sich vermindert.

Auch diese Wahlen zeigen: es geht vorwärts!

Das omniböse Wasserloch auf der Danziger Kaiserlichen Werft.

Danzig, 13. April.

Das auf dem Holmgelände der Kaiserlichen Werft gelegene, in der Budgetkommission und im Plenum des Reichstages vom Genossen Severing besprochene Wasserloch wird seit dem 6. April mit allem Hochdruck von der Werft zugeschüttet. Schutt und Schlacken werden mit Wagen, welche dem Verwaltungsressort der Werft unterliegen, zur Stelle geschafft. Außerdem sind Schienenstücke nach dem Wasserloch gelegt, um mit Lowrys Material heranzubringen. Die dazu nötige Erde nimmt man nicht etwa von Hügeln, um zu planieren, sondern hebt sie aus dem flachen Gelände des Holms aus. Das Material hat einen Weg von etwa 15 Minuten zurückzulegen. Die Wagen und Lowrys werden von Menschen bewegt, eine mühselige und unrentable Arbeit. Als ob die Kaiserliche Werft keine Pferde zu dieser Art Arbeit zur Verfügung hätte. Das geschieht in einem

Wasserbarriere im Heisaller der technischen Vollkommenheiten. Charakteristisch an der Vorgehenheit ist ferner, daß man auf dem ebenen Holmgelände den Boden aushebt und dadurch ein größeres Loch schafft, das früher oder später mit von der Werft bezahltem Sande wieder gefüllt werden muß. Die mehr als fonderbare Maßnahme erregt das Kopfschütteln aller, die das Holmgelände mit dem Wasserloch kennen. Ausdrücklich sei bemerkt, daß das Gelände um das Wasserloch hart und fest ist, also von einer Verumpfung keine Rede sein kann. Man fragt sich nun, warum die Marineverwaltung, die sonst ihre Pflicht zum Sparen nie genug betonen kann, jetzt mit solchem Eifer und in so kostspieliger Weise die Zuschüttung betreibt? Wenn es sich um die Verbesserung der Löhne handelt, erklärt der Herr Staatssekretär v. Tirpitz: die Verwaltung müsse das Jehrpfennigstück erst zehnmal umdrehen, ehe sie es ausgibt. Was sagt das Reichsmarineminister zu dem auffälligen Verfahren? Der stellvertretende Oberwerksdirektor, der Fregattenkapitän Löbe, nahm mit seinem Adjutanten am 7. April nachmittags eine Besichtigung des Wasserloches vor. Unmittelbar darauf wurde die Zuschüttung eingestellt. Aber schon am folgenden Tage, am 8. April nachmittags, gab der Artilleriedirektor Kapitän Grabow den Befehl, daß weiter zugeschüttet werden soll. Sollte das Reichsmarineminister nicht endlich dem Verlangen des Abgeordneten Severing nachkommen und den Graben ausbumpfen oder eine nochmalige gründlichere Peilung mit wirklich dazu geeignetem Werkzeug anordnen? Oder glaubt es, daß der Graben wirklich keine Materialien mehr in sich birgt? Der die erste Untersuchung führende Herr Kapitänleutnant Urban wird doch wissen, daß die mit dem Absichten des Grabens beauftragten Arbeiter ihm wiederholt sagten, daß sie mit dem Werkzeug die angepeilten Gegenstände nicht bergen können, daß sie überall auf harte Gegenstände stoßen usw. Die angepeilten Gegenstände sind dem auch nicht aus Tageslicht gefördert worden. Daher sollte das Reichsmarineminister in eigenen Interesse der vorerwähnten Zuschüttung des Wasserloches durch eine sofortige Verfügung Einhalt gebieten und das Ausbumpfen oder eine gründliche Peilung veranlassen, ehe es zu spät ist. Bemerk sei, daß die Herren von der Hafenbauverwaltung ebenfalls das Wasserloch einer eingehenden Besichtigung unterzogen haben, deren Zweck zurzeit noch unbekannt ist.

Der Entwurf eines Eisenbahnleihegesetzes

ist gestern (Donnerstag) mittag dem Abgeordnetenhause zugegangen. Der Entwurf enthält folgende Forderungen:

a) Zum Bau einer Hauptbahn von Witten-West nach einem geeigneten Punkte der Bahnstrecke Schwelm-Barmen-Mittershausen, Grundwert 1 705 000 M.

b) Zum Bau von Nebenbahnen: 1. Margradowa-Gymnosen 2 483 000 M. — 2. Prusk-Waunth-Tuchel 3 240 000 M. — 3. Gnesen-Byzogn-Neber Schollen 4 200 000 M. — 4. Kontopp-Schwibus 6 800 000 M. — 5. Kantow-Cary (Oder) 710 000 M. — 6. Fürstenwerber-Strasburg (Altmarkt) 2 296 000 M. — 7. Krensdorf-Geisigortberg (Wittenberg) 2 372 000 M. — 8. Kersburg-Röden 1 705 000 M. — 9. Wod-Ballenborn-Neuhaus (Remmow)-Zgelsch mit Abzweigung von Guntthal nach Kaufau 5 800 000 M. — 10. Heiligenstadt-Schwedda (Schwege) 6 411 000 M. — 11. Clausthal-Zellerfeld-Wittenau 2 290 000 M. — 12. Sankt Wendel-Holay 4 679 000 M. — 13. Jreel-Jael 6 136 000 M.

c) Zur Beschaffung von Fahrzeugen 5 824 000 M. Ferner werden gefordert 41 832 000 M. zur Herstellung des zweiten, dritten und vierten Gleises auf den Strecken: 1. Neurode-Glatz 8 094 000 M., 2. Koffurt-Riesky und Rika-Hohenboda 5 040 000 M., 3. Molente-Gremsmühlen-Gulin 896 000 M., 4. Wegeleben-Thuhe 2 080 000 M., 5. Weimar-Görschitz 2 490 000 M., 6. Koburg-Creiditz 223 000 M., 7. Löhne-Winden, einschließlich Umgestaltung des Bahnhofes Leynhausen-Nord 12 122 000 M., 8. Emden, Abzweigung nach dem Außenhafen und Verlegung der ostpreussischen Nebenbahn von der West- auf die Ostseite der Stadt Emden 2 900 000 M., 9. Bärnig-Kastrop 440 000 M., 10. Bochum Nord-Präsident und Präsident-Kleinste 2 050 000 M., 11. Essen West-Hauptbahnhof 3 900 000 M., 12. Höchst a. M.-Altebrunnen 3 300 000 M., 13. Frier-Rarthaus 2 507 000 M.

Schließlich werden gefordert: 1 435 000 M. für die Erweiterung des oberpreussischen Schmalpurnetzes, 1 080 000 M. für die Fertigstellung des Ausbaues der Nebenbahn Allenstein-Robbeibude zur Hauptbahn, 240 000 M. für die Fertigstellung des Baues der Verbindungsbahn Danzig-Holm, 1 170 000 M. für die Herstellung einer Verbindungsbahn bei Halle a. S., 75 000 000 M. zur Beschaffung von Fahrzeugen für die bestehenden Staatsbahnen, 6 000 000 M. zur weiteren Förderung des Baues von Kleinbahnen, 141 000 M. zur Gewährung eines unverzinslichen Zuschusses an das Reich zu den Baukosten einer Bahn Seltzdorf-Waldriet-Perzig, sowie 18 824 000 M. zur Dedung von Mehrkosten bereits bewilligter Bauausführungen.

Insgesamt fordert der Entwurf 199 983 000 M., davon sind 102 800 000 M. durch Anleihe zu decken.

Der Bremer Liberalismus bei der Lehrermaßregelung.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Bremen, 14. April.

Die Lehrerproteste nehmen ihren Fortgang. Mit Hilfe des Zeugniszwangsverfahrens sollen Zeugen gezwungen werden, die dem Senate noch unbekannt Teilnehmer bei der Zusammenkunft anlässlich der Maßregelung Holzmeier anzugeben. Käst Behrer, die Offiziere ihre definitive Anstellung hätten erhalten müssen, sind unter Vorbehalt angestellt worden. Ergibt sich Ihre Beteiligung am Bebel-Telegramm, so steht ihnen der Schutz des Beamtengesetzes nicht zu.

Aus dem badischen Landtag.

In der Subjektionskommission wurde Mittwoch der sozialdemokratische Antrag verhandelt, die erste Wagenklasse abzuschaffen. Die Regierung lehnte den Antrag ab. Die Kommission beschloß aber, daß die Abschaffung einer der gepolsterten Wagenklassen angestrebt werden solle. Der Antrag hat mithin doch einen Erfolg gehabt.

Der Deutsche Handelstag und die Fernspreckgebühren-Ordnung.

Der Deutsche Handelstag beschäftigte sich heute mit der dem Reichstag vorliegenden Fernspreckgebühren-Ordnung. Nach einem Referat des Kommerzienrats Vogel-Chemnitz und einer längeren Debatte, an der sich vornehmlich Robinow-Hamburg und Dr. Klein-Stuttgart beteiligten, wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

Der Deutsche Handelstag hält an der Ansicht fest, daß die vorgeschlagene Maßregel eine wesentliche Vertenerung eines unentbehrlichen Verkehrsmittels und eine neue, durchaus ungerechte Belastung und Veräufung von Handel und Industrie darstellt und spricht die Erwartung aus, daß der Reichstag der Vorlage des Bundesrats seine Zustimmung versagt. Nach wie vor ist er jedoch damit einverstanden, daß bei größerer Gesprächszahl eine gestaffelte Erhöhung der Pauschalgebühren stattfindet und bei Ueberbürdung eines Anschlusses, die bei der Zahl von über 10 000 Gesprächen im Jahre anzunehmen ist, die Anbringung eines weiteren Anschlusses verlangt werden kann.

Unterstützung von Arbeitern in Zigarrenfabriken.

Die Handelskammer in Karlsruhe i. S. hat beschlossen, beim badischen Ministerium des Innern darum zu petitionieren, daß den in Zigarrenfabriken beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen, die infolge des Tabaksteuergesetzes beschäftigungslos geworden sind bzw. noch werden, ebenfalls eine Unterstützung aus Reichsmitteln gewährt wird. Für die Zigarrenarbeiter mußte sich am Montag die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages wieder ins Zeug legen, damit man von ihnen der reichsgesetzlich gewährleisteten Unterstützung nicht freierhand wie den Starbrottag abzieht.

Das Haus Thurn und Taxis.

München, 12. April. Es wurde im „Vorwärts“ schon kurz die Regierungsvorlage besprochen, welche die Postfreiheit des Hauses Thurn und Taxis mit 400 000 M. ablösen will. Der Finanzminister hat der Vorlage zugestimmt und heute hatte das Plenum hierüber die Entscheidung zu treffen.

Von unserer Seite sprach Genosse Müller gegen die Regierungsvorlage. Er findet, daß die Regierung gegen den hohen Herrn sehr entgegenkommend war, so ganz anders, als wenn es sich um einen armen Teufel handle. Das gewöhnliche Volk würde kaum begreifen, daß man für ein so ungerechtes Privileg noch 400 000 M. zahlen soll. Die französische Revolution und die bayerische Säkularisation haben gezeigt, wie man solche „Aureole“ ablöst.

Genosse Müller kommt auch auf den Mißbrauch zu sprechen, der von dem fürstlichen Hause mit dieser Postfreiheit schon getrieben wurde. Er erzählt unter der Heiterkeit des Hauses, daß die Angestellten des fürstlichen Hauses schon Wärfel als alte Aktien verschickt haben. Auch Kartoffeln bis zu einem Zentner und Kohlen bis zu einem halben Zentner sind früher als Pakete von der Post frei befördert worden.

Die Redner des Zentrums und der liberalen Partei sprechen sich für die Ablösung aus. Dr. Fischer bemerkt die Gelegenheit, um sich an der sozialdemokratischen Partei zu reiben. Er vertritt, daß unser Genosse Müller den Reichstag gelästert habe, daß das Privileg zu Unrecht bestünde. Die Methode der französischen Revolution „Kopf ab“ und „Eigentum konfisziert“ sei natürlich die Methode der sozialdemokratischen Partei.

Der Gesandtschaft wird angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und einiger Bauernbündler. Das bayerische Volk ist also so „nobel“ und zählt die 400 000 M.

Die Verurteilten des Effener Meinesprozesses

haben auf eine Aufforderung des Genossen Schröder, doch um ihre Adressen eingehandelt. Ziel hat sich in Berlin auf Beckmann in Marxhof bei Ruchort, Willing in Schornhorst bei Dortmund und Johann Meher in Bad Meinberg. Graf ist bekanntlich in Brasilien verhaftet, und Imberg starb in einer schottischen Grube den Vergamtsod.

Reaktion in Lübeck.

Von unseren Lübecker Genossen war geplant, am Mittag des 1. Mai auf dem Burgfelde, einem großen städtischen freien Platz, eine Riesensammlung abzuhalten, in der von mehreren Tausenden herab zum Volke gesprochen werden sollte. Jetzt hat das Polizeiamt der „freien“ Stadt Lübeck sowohl die Vergabe des öffentlichen Platzes als auch die Genehmigung zu der Versammlung unter freiem Himmel überhaupt verweigert. In der Begründung dieser Maßnahme, die an Väterlichkeit nicht hinter den ähnlichen Selbstproben anderer Polizeigewaltigen zurückbleibt, wird zunächst gesagt, daß das Polizeiamt städtische Plätze zur Abhaltung politischer Versammlungen grundsätzlich nicht hergeben will. Zu „patriotischem“ Klimbim werden sie jedoch sehr häufig bemittelt. Dann wird in dem polizeilichen Maß behauptet, „aus der Abhaltung der Versammlung sei eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten, da die Volksversammlung auf einem in unmittelbarer Nähe der inneren Stadt an großen Verkehrsstraßen belegenen Platz ein Zusammenströmen unbegrenzter Menschenmengen erwarten lasse. Ueberdies würden bei den Plätzen vor Beginn und nach Schluß der Versammlung durch die zu- und abströmenden großen Menschenmengen die zu diesen Plätzen führenden öffentlichen Straßen und Wege derartig in Anspruch genommen werden, daß „für das an der Versammlung nicht beteiligte Publikum die Sicherheit ungehinderten Verkehrs auf diesen Straßen gefährdet wäre“.

Die Sorge um das „nicht beteiligte Publikum“ ist geradezu rührend komisch, zumal man dieselbe gänzlich vermisst, wenn alljährlich auf dem Burgfelde ein großes von etwa 50 bis 60 000 Personen besuchtes Schützenfest stattfindet. Wenn sich die Lübecker Spielbürger auf einem städtischen Platz zum Klimbim versammeln, dann ist der Polizei das Zusammenströmen einer unbegrenzten Menschenmenge auf einem in unmittelbarer Nähe der Stadt kein Grund zum Einschreiten. Wenn aber die Arbeiter dort eine Zusammenkunft abhalten, ja Bauer, das ist ganz etwas anderes. Man mißt in Lübeck wie andersorts eben mit zweierlei Maß. Das Vorgehen der Lübecker Polizei ist natürlich im übrigen eine bedenkliche Verletzung der klaren Bestimmung des Vereinsgesetzes. Die Lübecker Arbeiterkraft wird trotz des polizeilichen Willküraktes die Maßfeier in imposanter Weise begehen. Nun erst recht!

Wieder ein Mord russischer Grenzwächter.

Wie die „Doppelte Nachrichten“ melden, wurde der deutsche Staatsangehörige Stephan Aker, als er die russische Grenze bei Preußisch-Herby ohne Vorwarnung überschreiten wollte und dem Haltrahse keine Folge leistete, auf russischem Gebiete von einem Soldaten der Grenztruppe erschossen. Nachdem der Leichnam seiner Wertsache von 400 M. beraubt war, ließ man ihn achlos liegen, bis andere Leute eintrifften und die Vergewaltigung der Leiche veranlaßten. — Solche Vorkommnisse sind nichts Seltenes, da der preussische Staat sich vor der Ergreifung ernstlicher Maßnahmen scheut. Jeder andere Staat würde darauf bestehen, daß an der Grenze kultivierte Leute verwendet werden. Die Russen stationieren dagegen an der deutschen Grenze den Abhub ihrer Soldateska. Wegen der Verwundung des Toten werden vermuthlich Vorstellungen erhoben, die aber keinerlei praktischen Erfolg haben. Damit ist der Fall erledigt.

Oesterreich.

Eröffnung des Reichsrats.

Wien, 14. April. Abgeordnetenhause. In der heutigen ersten Sitzung nach den Osterferien war das Haus fast vollständig vollbesetzt. Auf der Tagesordnung steht die 182 Millionen-Konvention, die Dienstpragmatik für Staatsbeamte und weitere Vorlagen. Nach Verlesung des Einlaufes beantragte Abg. Seip (Soz.) unter lebhaftem Protest gegen die eigenmächtige Festsetzung der Tagesordnung durch den Präsidenten, die dabei den Anträgen der Regierung gefolgt sei, namentlich die Abstimmung über die Umstellung der Tagesordnung dahingehend, daß die Dienstpragmatik an erste Stelle, die Anleihe an zweite Stelle gestellt werde. Die Abg. Hoch (Tschechisch-Radikal) und Strauß (Tschech.) tadeln gleichfalls in scharfen Worten das Vorgehen des Präsidenten, der einen Geschäftsordnungsbruch begangen habe. Präsident Pattai erklärte sein Vorgehen als vollkommen der Geschäftsordnung entsprechend. Nach längerer Debatte wurde der Antrag Seip mit 250 gegen 219 Stimmen abgelehnt. (Großer Lärm.) Die Tschechisch-Radikale hielten Pfürze aus. Das Haus begann sodann die erste Lesung der Anleihevorlage.

Frankreich.

Eine Geschmacklosigkeit.

Paris, 14. April. Die Zeitungsherausgeberin Marguerite Durand, eine ehemalige Schauspielerin, die für den neunten Bezirk als Kandidatin der Unabhängigen in der Frauenstimmrechts für die Deputiertenkammer auftritt, stellte gestern Abend in einer Wahlversammlung einen Jöklen als Kandidatenerber vor und erklärte, Männer seien ohne Rücksicht auf ihre Geisteskräfte Wähler und wählbar, während Frauen dieses Recht überhaupt nicht besäßen, als einzelne Wähler gegen die Schauspieler protestierten, sagte Frau Durand: Dieser Mann weiß nicht, was mit ihm geschieht, es macht ihm sogar Spaß, sich hier zu befinden. Wäge er uns als Beweisobjekt für den Widersinn unseres sogenannten allgemeinen Stimmrechts dienen.

England.

Der parlamentarische Arbeitsplan.

London, 14. April. Unterhaus. Asquith gab seine gewöhnliche Uebersicht über den Lauf der parlamentarischen Geschäfte und erwähnte hierbei, daß in Uebereinstimmung mit den Guiltine-Resolutionen das Budget am 27. d. M. erledigt werden solle. Die Regierung werde vorschlagen, daß das Haus sich am 28. d. M. für die Frühjahrspause vertage; diese solle sich auf drei Wochen erstrecken. Eine Sitzung werde jedoch vielleicht noch am 29. April nötig sein, um die königliche Zustimmung zur Finanzbill entgegenzunehmen. (Beifall bei den Ministriellen.)

Die Oberhausreform.

London, 13. April. Lord Rosebery brachte folgende Resolutionen im Oberhaus zur Diskussion im Komitee ein: 1. In Zukunft soll das Oberhaus aus Lords des Parlaments bestehen, welche a) durch die gesamte Körperschaft der erblichen Peers aus ihrer Mitte gewählt und durch die Krone nominiert sind, b) die Sitze ihres Amtes und ihrer sonstigen Qualifikationen innehaben, c) von den Peers nicht angehörigen Kreisen gewählt sind. 2. Die Zeit der Berechtigung soll für alle Lords des Parlaments dieselbe sein, ausgenommen für diejenigen, welche infolge ihres Amtes einen Sitz innehaben. Diese sollen so lange Mitglieder des Oberhauses sein, als sie das Amt innehaben, das ihnen diese Berechtigung gibt. Ein Zeitpunkt für die Erörterung dieser Resolutionen ist noch nicht festgesetzt worden.

Rußland.

Scheinkonstitutionalismus.

Petersburg, 14. April. Der Reichsduma ist bekanntlich durch einen Mias des Jaren das wichtige Recht genommen worden, die Fragen der Organisation des Militärs und der Marine zu behandeln. In Verantwortung einer Interpellation über diesen Mias erklärte Ministerpräsident Stolypin, es sei nicht schwer, die Interpellation aus formellen Gründen zurückzuweisen. Er lasse die juristische Frage beiseite, wolle aber die während der Debatte geäußerten Meinungen über die Tätigkeit der Regierung nicht unbeantwortet lassen. Die Opposition meine, die Regierung habe ungeschicklich gehandelt und verfolge konsequent den Grundsatz, die Rechte der Duma zu beeinträchtigen. Da die Regierung wirklich streng gegen die Revolution und die Zeiten der Revolutionäre vorgehe, werde ihr von den Anhängern der Revolution eine reaktionäre Tendenz zugeschrieben. Auf dem Gebiete der Verwaltung seien wohl Fehler und Mißbräuche möglich, aber die Regierung rotte solche aus und werde sie ausrotten. (Bravorufe rechts und im Zentrum.) Im Laufe der letzten drei Jahre habe die Regierung den Ausnahmezustand in 135 Ortschaften abgeschafft; wo jedoch der Revolutionssturm fortdauere, dort werde die Regierung mit Gewalt die Ordnung aufrecht erhalten, ungeachtet des Geschehens über die Reaktion. Rußland habe den toten Punkt schon überschritten und allmählich würden sich normale Verhältnisse einbürgern. Nach den erlebten schweren Zeiten könne Rußland nicht umhin, sowohl mit der Regierung als auch mit der Duma und dem Reichsrat unzufrieden zu sein, doch werde sich die Unzufriedenheit legen, sobald das russische Staats-Selbstbewußtsein sich gekräftigt habe, was nur durch regelmäßiges Zusammenarbeiten der Regierung mit den gesetzgebenden Körperschaften zu erreichen sei. (Wabw.) Zum Schluß sprach der Ministerpräsident die Ueberzeugung aus, daß die Duma die Rechte des obersten Kriegsherrn hochachte. Die Regierung habe nie versucht, die Rechte der Duma zu schmälern. (Bravorufe rechts und im Zentrum.)

Australien.

Ein Sieg der Arbeiterpartei.

London, 14. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Western fanden zum vierten Male die Wahlen zum australischen Bundesparlament statt. Die früher in eine freihändlerische und eine schutzzöllnerische Gruppe gespaltenen bürgerlichen Parteien hatten sich gegen die Arbeiterpartei zusammengeschlossen, um ihre Wiederkehr zur Macht zu vereiteln. Die australische Arbeiterpartei ist nicht ausgesprochen sozialdemokratisch, wenn auch der Sozialismus an Boden gewinnt. Aber sie vertritt die nächstliegenden Klasseninteressen der Arbeiter und kämpft für eine radikale Sozialpolitik. Ihr Wahlprogramm enthält folgende Hauptpunkte: Schutz für das weiße Australien, also Fernhaltung besonders der chinesischen und japanischen Einwanderung; Schutz der Arbeit durch das Bundes-Schiedsgericht; Aufhebung der Zölle auf Waren, deren Erzeuger die Arbeiter schlecht entlohnen; Bergesellschaftung der Monopole; Progressive Grundsteuern; Bürgerwehr mit Militärpflicht; Einschränkung der Anleihen; Unergetliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Die Wahlen ergaben einen unerwartet großen Sieg der Arbeiterpartei. Sie erzielte einen Reingewinn von 18 Sitzen und hat damit die Majorität im Bundesparlament erlangt. Der Sturz des Ministeriums Deakin ist sicher.

Aus der Partei.

Rothwald der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Englands.

Genosse H. Duell-London schreibt und zu unserem vor kurzem veröffentlichten Bericht über die Ostertagung der S. D. P., daß darin keine Ausführungen an mehreren Stellen unrichtig wiedergegeben sind. Es heißt sodann in dem Schreiben:

„Während ich darauf hinwies, daß es möglich wäre, das Verstehen einer Kriegsgefahr zwischen England und Deutschland zu leugnen, drang ich doch darauf, daß wir englischen Sozialdemokraten gegen eine auswärtige Politik Englands agitieren sollen, die ihrer Natur nach, herausfordernd und dazu angetan sei, Deutschlands Flottenrüstungen, wenn nicht zu rechtfertigen, so doch immerhin zu entschuldigen. Ich sagte nie ein Wort darüber, daß es im Interesse der britischen Regierung liege, Deutschland anzugreifen, bevor die Flottenrüstungen Deutschlands imstande sind, die letzte Uebermacht der englischen Flotte zu gefährden.“ Ich habe weder dies noch etwas Ähnliches gesagt; im Gegenteil habe ich jede Feindseligkeit gegen Deutschland aus entschiedenem Verurteil sowie jede Art Imperialismus und Militarismus und alle Ausgaben für Rüstungen, die das für die nationale Verteidigung notwendige Maß überschreiten.“

Genosse Duell erklärt zum Schluß, daß die englischen Sozialdemokraten keinen schärferen Wunsch haben als den, ein gutes Einverständnis zwischen den Bewohnern beider Länder zu erzielen.

Soziales.

Angünstige Verträge mit Füllasteiterinnen.

In dem Kampfe, den der Kongress der zahlreichen als „Wein-, Rüb- und Genußmittel-Gesellschaft“ firmierenden Gesellschaften m. B. S. um die rechtliche Gültigkeit ihrer Anstellungsverträge führt, ist ersterer wieder einmal vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts unterlegen. Der Klägerin L., die eine Füllasteiterin in Hildebrandt übernahm, waren von ihrer 300 M. betragenden Kautions 182 M. wegen Mantos einbehalten worden. Die Füllasteiterin wendet ein, daß schon in der Inventuraufnahme grobe Rechenfehler vorgekommen seien und daß weder Böswilligkeit noch schuldhaftes Verhalten ihrerseits vorliege. Die Beklagte dagegen stützt sich auf den Wortlaut des Vertrages, nach welchem sich die Klägerin jeder Einrede bei Mantos begeben. Wenn auch einmal die 2. Kammer dem Vertrag als wider die guten Sitten verstößend erachtet habe, so habe sich eine andere Kammer und auch das Landgericht auf einen gegenseitigen Standpunkt gestellt. Selbst wenn man aber von dem Verträge ganz absehen wollte, sei es die selbstverständliche Pflicht, daß der Füllasteiter, der ein Mantos hat, seinerseits nachweisen müsse, daß er ordnungsgemäß verfahren sei.

Das Kaufmannsgericht entschied, daß die Beklagte der Klägerin den einbehaltenen Kautionsrest von 182 M. herauszugeben habe, und zwar mit folgender bemerkenswerter Begründung: „Das Gericht sieht in den von der Beklagten angezogenen Urteilen über andere Rechtsfälle kein Präjudiz, es hält vielmehr den Vertrag nicht nur in einzelnen Details, sondern in allen seinen Teilen für unstatthaft. Nach dem Vertragsformular der Klägerin nimmt dieser der Gesellschaft den Einwand, den sie aus irgendeinem Grunde gegen die Mantoshaftung etwa machen will. Als Äquivalent gibt die Beklagte eine äußerst geringe Vergütung. Klägerin erhielt in bar 30 M. und eine Bekleidung, die mit 30 M. angemessen bewertet ist. Für diese 60 M. monatlich sind der Klägerin die größten Beschränkungen auferlegt. Sie hat den Laden 12 Stunden, im Sommer sogar 18 Stunden offen zu halten. Braucht sie zur Erledigung ihrer privaten Lebensbedürfnisse für längere Zeit eine Vertretung, so mußte sie sie auf ihre Kosten stellen, Selb-, Wuh-, Puh-, Puh-, Puh- u. s. w. sollte sie auch noch von dem kleinen Entgelt von 30 M. bezahlen. Schon bei einem Mantos von 25 M. sollte die sofortige Entlassung berechtigt sein. Diese Bedingungen sind geradezu erorbitant. Der Vertrag ist in allen seinen Teilen nichtig.“

Zur Reichsversicherungsordnung.

Der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen tagte am Mittwoch in Berlin. Es handelte sich um die Stellungnahme zur Reichsversicherungsordnung. Der Ausschuss der Krankenkassenorganisationen auf die landwirtschaftlichen Arbeiter, auf das Gewerbe, auf die unständigen Arbeiter, auf die in Wandergewerbebetrieben beschäftigten Arbeiter und auf die Hausgewerbebetriebe wurde zugestimmt. Man hielt die vorgesehene Durchführung der Versicherung der Hausgewerbebetriebe für den großen Verschleiss in der Hausindustrie nicht für zweckmäßig. Auch die Ausdehnung der Leistungen der Krankenkassen wurde anerkannt.

Für die angestrebte örtliche Zentralisation der Krankenkassenwesen liege kein genügender Grund vor. Die „bestbewährte“ und leistungsfähige Organisation, die Betriebskrankenkassen, müssen als gleichberechtigte Organisationsform neben den Ortskrankenkassen bestehen und der Bestand und die Errichtung neuer Kassen von einer Mindestzahl von 50 Versicherten abhängig sein. Die örtlichen Geschäfte der Reichsversicherungsordnung sollten den unteren Verwaltungsbehörden belassen werden. Gegen die Schaffung überflüssiger, kostspieliger Behörden müsse nach wie vor entschiedener Widerspruch erhoben werden. Bei Streitigkeiten sollte die Entscheidung in erster Instanz den Verwaltungsbehörden, in zweiter Instanz den entsprechend auszubildenden Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung übertragen werden.

Den Krankenkassen müsse das Recht bleiben, Arznei- und Heilmittel aus bestimmten Apotheken zu entnehmen. Die freie Apothekenwahl sei mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen, da bei dieser Rechtslage günstige Lieferungsbedingungen überhaupt nicht mehr zu erzielen wären.

Die Arztfrage, die eine Lebensfrage für die Krankenkassen bilde, sei unter völliger Preisgabe der Bestimmungen des vorläufigen Entwurfs in einer Weise zum Schaden der Krankenkassen und zum Vorteil der Ärzte geregelt worden, die den schärfsten Widerspruch herausfordere. Die vorgesehene Regelung gebe die Krankenkassen schuldlos in die Gewalt der Ärzte, die ihre Machtstellung in rücksichtsloser Weise ausnützten. Würde die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder nicht insoweit gesichert, daß die Ärzte diese nicht ohne weiteres bereitleien und so die Kassen zur Anerkennung der einseitigen Forderungen ihrer Organisation zwingen können, so sei die ganze Neuordnung der Krankenkassenversicherung für die Krankenkassen unannehmbar.

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenbureau überflüssig.

Schon in Nürnberg konnte man die Ansicht hören, das Frauenbureau in Berlin sei mit dem Augenblicke überflüssig, wo die Frauen gleichberechtigte Mitglieder der Parteiorganisationen zu werden berechtigt seien. Wie die Frauen angehenden besonderen Angelegenheiten mühten dann durch die örtlichen Organisationen oder durch die Zentralleitung erledigt werden. Diese Ansicht fand in dem neuen Organisationsentwurfen und auch durch die Bestimmung, daß in Zukunft der Parteivorstand über die Einberufung von Frauenkonferenzen zu entscheiden habe, eine gute Stütze.

In einer Polemik gegen die Genossinnen Wurm und Wulf vertritt nun Gen. Waader in der „Gleichheit“ eine Auffassung von den Aufgaben des Frauenbureaus, durch welche u. G. die Forderung auf Aufhebung dieses Instituts nachdrücklich unterstützt wird. Gen. Waader bemerkt gegenüber der Gen. Wulf, die der Ansicht Ausdruck gegeben hatte, das Frauenbureau hätte versuchen müssen, durch eine Umfrage bei den Genossinnen im Lande deren Meinung in der Frage einer Frauenkonferenz festzustellen:

„Eine solche Umfrage liegt nicht innerhalb unserer Kompetenz und wäre zudem ein Mißtrauen, eine Demonstration gegen den Parteivorstand gewesen. Dazu aber liegt wahlweise keine Veranlassung vor. Eine solche Umfrage hätte außerdem geradezu komisch gewirkt, da die Genossinnen doch seit Nürnberg in der Person der Genossin Rieh eine Vertreterin im Parteivorstand haben, die selbstverständlich in erster Linie die Interessen der Genossinnen wahrzunehmen hat.“

Ob die Meinung diskutabel ist, die Genossinnen dürften keine Ansicht mehr äußern, oder man brauche diese nicht mehr zu hören, weil eine Genossin im Parteivorstand sitzt, darüber wollen wir uns hier jetzt nicht auslassen. Daß sie Beifall finden wird, erscheint uns ausgeschlossen. Das aber muß ganz entschieden abgelehnt werden, anzuerkennen, es sei eine Demonstration gegen den Parteivorstand, wenn durch eine Umfrage die Ansicht der Genossinnen in einer sie stark interessierenden Frage eingeholt werde, selbst dann, wenn der Parteivorstand überhaupt in der Angelegenheit noch nicht Stellung genommen hat. Wenn selbst zu einer solchen Umfrage die Kompetenz des Frauenbureaus nicht ausreicht, wenn solche Maßnahmen mit den Genossinnen nicht erforderlich erscheinen, dann ist das Frauenbureau wirklich überflüssig. Was da an Arbeiten übrig bleibt, kann durch die Zentralinstanzen und örtlichen Parteileitungen sicherlich sehr gut erledigt werden. Wenn diesen die jetzt noch vom Frauenbureau zu leistenden Arbeiten übertragen werden, dann wird der Geschäftsgang erleichtert und die Erledigung mancher Arbeiten wesentlich beschleunigt.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf im Baugewerbe.

In ungewöhnlich großer Zahl waren die Berliner Maurer gestern Abend der Einladung zur außerordentlichen Generalversammlung des gesamten Zweigvereins Berlin gefolgt. Bis auf den letzten Platz war der große Saal der Neuen Welt besetzt. Als der Vorsitzende H. A. K. sein Referat mit der Bemerkung begann: Ueber die Lohnbewegung werde nicht heute, sondern erst in der nächsten Woche Bericht gegeben werden — da machte sich lebhafter Unwille in allen Teilen der Versammlung bemerkbar. Zwischenrufe gaben zu erkennen, daß die Anwesenden eine sofortige Entscheidung über die Lohnbewegung erwartet hatten und daß sie des längeren Wartens auf den Abschluß der Verhandlungen müde sind. Infolge der großen Unruhe konnte der Referent erst nach längerer Zeit seine Ausführungen fortsetzen. Er gab unter nunmehr völliger Ruhe der Versammlung einen Bericht über den Verlauf des Verbandstages. — Die ersten Diskussionsredner verlangten schleunigen Abschluß der Verhandlungen, Forderung auf Lohnhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit und, falls diese Forderungen nicht bewilligt werden, Aufnahme des Kampfes. Auf seinen Fall dürften die Verhandlungen soweit verschleppt werden, bis die Unternehmer die dringenden Arbeiten fertiggestellt haben. — Dann folgten andere Redner, welche den Standpunkt vertraten, daß diese Versammlung nur über den Verbandstag zu sprechen und für die Durchführung seiner Beschlüsse zu wirken habe. Es wurde hervorgehoben, daß es sich im gegenwärtigen Augenblick nicht um Lohnfragen, sondern lediglich um die eine Frage handle, ob sich die Maurer einen Vertrag aufzwingen lassen sollen, der sie den Unternehmern gegenüber rechtlos macht. Den Kampf gegen diesen Vertrag mit aller Energie zu führen, das sei jetzt die wichtigste Aufgabe aller Bauarbeiter, eine Aufgabe, hinter der einstweilen alles andere zurücktreten müsse. Zu der Leitung des Verbandes könne man das Vertrauen haben, daß sie eine Verschleppung der Verhandlungen, wie sie 1907 zum großen Nachteil des Verbandes statigefunden habe, nicht dulden werde.

Silberschmidt betonte, daß die Wiederholung der Taktik von 1907 ausgeschlossen sei. Von beiden Seiten werde verlangt, daß die Entscheidung in wenigen Tagen falle. Ueber das, was dann komme, habe ja die heutige Versammlung noch nicht zu entscheiden. Die Situation im gesamten deutschen Baugewerbe sei sehr ernst. Das müsse jeder sehen, der wisse, daß nicht nur die Großindustriellen hinter den Bauunternehmern stehen, sondern daß bereits internationale Vereinbarungen getroffen seien, um die Arbeiterbewegung niederzuknüppeln. In dieser Situation müssen alle Kleinlichen Streitereien, wie sie zu Anfang der Versammlung laut wurden, schweigen. Die erste Situation fordere einmütiges Handeln der Arbeiter. Diese Einmütigkeit möge die Versammlung zum Ausdruck bringen. — Die Rede Silberschmidts fand lebhaften Beifall. Dann wurde die Diskussion geschlossen. Einstimmig erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden.

Hierauf gab H. A. K. eine Uebersicht über die Berliner Verhandlungen. Diefelben werden geführt auf Grund des bisherigen Vertrages unter Ausschaltung der Dresdener Beschlüsse der Unternehmer. Die Verhandlungen schweben noch; sie müssen aber im Laufe der nächsten Woche beendet werden. Daran haben auch die Unternehmer ein Interesse, weil sie sich, wenn keine Einigung erfolgt, die Rückkehr zu den Beschlüssen ihres Bundes sichern müssen. Die nächste Woche wird also die Entscheidung darüber bringen, ob in Berlin ein neuer Vertrag abgeschlossen und der Friede aufrechterhalten wird. Ist das nicht der Fall, dann erfolgt auch in Berlin am Sonnabend der nächsten Woche die Aussperrung.

Schließlich stimmte die Versammlung den von der Leitung des Zweigvereins vorgelegten Ausführungsbestimmungen zu den Beschlüssen des Verbandstages zu.

Der Zweigverein Berlin des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter hielt gestern Abend ebenfalls bei Boeker in der Weberstraße eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der über die Durchführung der vom Verbandstage beschlossenen außerordentlichen Maßnahmen zur Aussperrung im deutschen Baugewerbe beraten wurde. Die Versammlung war, der ersten Situation entsprechend, sehr zahlreich besetzt; der große Saal war samt dem Vorraum bis auf den letzten Stehplatz gefüllt. Köfer, als Delegierter vom Verbandstage, führte der Versammlung vor Augen, wie unannehmbar das Vertragsmuster der Unternehmer — die Gesindeordnung, die der Bauarbeiterchaft aufzugesungen werden soll — ist; wie die Arbeiterchaft jederzeit bereit ist, auf vernünftiger paritätischer Grundlage Tarifverträge abzuschließen, es aber nun, da dies nicht möglich war, darauf ankommt, zu handeln entsprechend den Beschlüssen des Verbandstages. Der Redner verlas die dort angenommene Resolution, schilderte die Bedeutung des ganzen Kampfes und gab eine Uebersicht über die beschlossenen außerordentlichen Maßnahmen.

Die Diskussion, die dem Referat folgte, bewies, daß die Bauarbeiterchaft Berlins einmütig kampfbereit und entschlossen ist, alle irgendwie erforderlichen Opfer auf sich zu nehmen. Die Versammlung nahm einstimmig die vom Verbandstage beschlossene Resolution an und erklärte sich ebenso einstimmig mit den außerordentlichen Maßnahmen einverstanden, mit dem Verzicht auf jegliche Unterstützung in den ersten 14 Tagen des Kampfes, mit den später maßgebenden Unterstützungsmaßnahmen, mit den Streikbeiträgen, die für die Bauhilfsarbeiter Berlins 50 Pf. pro Tag betragen werden usw. — Die Versammlung wurde mit brausenden Hochrufen auf die Bewegung im Baugewerbe geschlossen.

Das Borgehen der Unternehmer

Die der Holz-, Eisen- und Baumaterialienbranche angehörenden Lieferanten für das Baugewerbe in Kiel beschlossen, den Kieler neuesten Nachrichten zufolge, zur Unterstützung der Arbeitgeber die Materialsperrung am 15. April zu verhängen. Es wird demnach für das Baugewerbe keinerlei Material abgegeben werden.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Dresden beschloß, seine Maßnahmen von der Klärung der Lage in Berlin abhängig zu machen!

Die Aussperrung der Bauarbeiter im Bezirk Bochum wird keine allgemeine werden. Von den 59 Unternehmern haben bisher nur 32 gekündigt.

Die Schornsteine im Ostpreussischen Arbeitgeberverband beschlossen in einer Sitzung, die in Königsberg stattgefunden hat, am heutigen Freitag alle Bauarbeiter, auch die „Christlichen“ auszusperrern. Das Aussperrungsgebiet wird die Städte Königsberg, Lissa, Bartenstein, Rastenburg, Sernburg, Pögen, Gumbinnen, Oehrdorf, Osterode und die Raubstädte der Provinzhauptstadt, z. B. Pillau, Fischhausen usw. umfassen. Versichert von der Aussperrung bleiben die Städte Insterburg, Goldap, Stallupönen, Pillkallen, Endhagen und Lya, weil hier die Tarifverträge noch nicht abgelaufen sind. Ausgesperrt werden ferner die „Christlichen“ Maurer, Zimmerleute und Bauhilfsarbeiter in den Städten Allenstein, Braunsberg und Heilsberg. Ob Nemel in das Aussperrungsgebiet hineingezogen werden wird, hängt vorläufig noch von der „Grande“ des ruffischen Unternehmens ab, die „Herren im Hause“ sind sich darüber noch nicht einig geworden.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.: H. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt

Die Arbeitgeber des Baugewerbes in Sieben und Umgegend beschlossen, die Arbeitseinstellung ebenfalls bis 23. April zu verhängen.

Die Unternehmerorganisation für das Baugewerbe im Unterwesergebiet fordert ihre Mitglieder auf, die Geschäfte am 15. April zu schließen. Es kommt also dort zu einer Aussperrung. Der Bezirksvorstand des genannten Verbandes sprach in einer Resolution die Hoffnung aus, daß die Händlerchaft Bremens nur an solche Baugewerke Material abgeben werde, welche nach Angabe der Vorhändigen der Ortsverbände nur nichtorganisierte Leute beschäftigen.

Die Arbeitgeber des Baugewerbes für Didenburg beschlossen die Aussperrung der organisierten Arbeiter des Baugewerbes bei namentlicher Abstimmung gegen zwei Stimmen.

Die Karlsruher Arbeitgeber im Baugewerbe haben beschlossen, ab 15. April zwar jede Kündigungsfrist aufzuheben, nicht aber auszusperrern. Es kann nach den bisherigen Bedingungen weiter gearbeitet werden. Daraus sind beschlossene die Bauarbeiter, jetzt von einer Niederlegung der Arbeit abzuweichen und weitere Maßnahmen der Unternehmer abzuwarten.

Die Unternehmer in Straßburg i. E. beschlossen am Mittwochnachmittag nach ausgereifter Versammlung, in der die kleinen Unternehmer die Aussperrung als einen ungerechten Gewaltakt bezeichneten, die Geschäfte am Freitag zu schließen. — Eine von 1800 Personen besuchte Versammlung der Bauarbeiter erklärte am Mittwochnachmittag ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der Verbandstage der Bauarbeiter und Zimmerer in der Frage der Aussperrung.

Die Firma Heilmann u. Lillmann, die größte Baufirma in Süddeutschland, hat auf ihren Bauten ein Plakat angeschlagen, in dem sie mitteilt, daß sie wegen Nichtzustandekommens einer Einigung genötigt sei, ihre Bauten zu schließen. Dann heißt es: Wir hoffen, daß die bestehenden Differenzen recht bald im beiderseitigen Interesse einen befriedigenden Ausgleich finden und jeder Arbeiter an seinen Platz zurückkehren kann.

Mittwochnachmittag hat sich beim Maurerverband in München einer der größten Münchener Unternehmer gemeldet, der erklärte, er werde die Arbeiter moralisch und finanziell unterstützen. Es falle ihm nicht ein, den Terrorismus der Unternehmer mitzumachen, und um das zu zeigen, werde er in mitten der Stadt in den nächsten Tagen mit einem großen Bau beginnen!

Der Verein der gelben Poliere in München hat sich verpflichtet, dringende Arbeiten mit den Lehrlingen zugunsten der Meister auszuführen. Die Poliere, die dem gelben Polierverein nicht angehören, werden mit ausgesperrt.

Die sozialdemokratischen Vertreter im Münchener Gemeindefolge haben folgenden Antrag gestellt:

Das Gemeindefolge wolle beschließen, daß der Magistrat ersucht wird, aus Anlaß der bevorstehenden Bauarbeiteraussperrung den Unternehmern bei der Ausführung städtischer Bauten keine Lieferungsfristen zu gewähren. Die städtischen Bauten sollen, wenn nötig, in Regie auf Rechnung der Unternehmer fertiggestellt werden.

Mit den Millionen, die den Arbeitgebern im Baugewerbe zur Verfügung stehen sollen, wird nur so herumgeworfen. Der Ingenieur Hellermeier in München, der es sich besonders angelegen sein läßt, scharf zu machen, stellt große Berechnungen an. Er rechnet jetzt mit 30 Millionen Mark, die für die leidenden Arbeitgeber zur Verfügung stehen sollen. 4 Millionen sollen von Krapp kommen, 12 Millionen vom Zentralverband der Industriellen, und von einzelnen Werk-Kapitalisten und Verbänden sollen noch weitere zahlreiche Millionen kommen. Diese Hypothesen seien sehr verhänglich aus. Leider werden sie Hypothesen für die Bauunternehmer bleiben. Diese gigantischen Zahlen sind natürlich nur Stimmungsstücke, um die verständigen Unternehmer im Baugewerbe zur Aussperrungstaktik zu verleiten.

Die letzten Nachrichten vom Kriegsschanplatz.

Magdeburg, 14. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Hier fanden auf Veranlassung des Stadtrats Scholz Vermittlungsverhandlungen im Baugewerbe statt. In einer annähernd von 3000 Personen besuchten Versammlung am Donnerstagabend erstatteten die Vertreter der Arbeitnehmer Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen. Danach war eine Einigung erzielt worden und zwar unter völliger Ausschaltung des vom Arbeitgeberbund in Dresden festgesetzten Vertragsmusters. Der bisher in Magdeburg gültige Vertrag diente den Verhandlungen zur Grundlage. Verebart wurde eine dreijährige Vertragsdauer, während der frühere fünf Jahre Gültigkeit hatte. Die Arbeitnehmer erhalten vom 1. April dieses Jahres ab eine Lohnhöhung von 3 Pf. stündlich, vom 1. April nächsten Jahres eine weitere von 2 Pf. Die Versammlung stimmte mit übergroßer Majorität den Vereinbarungen zu. Eine Versammlung der Arbeitgeber gab bereits am Mittwochnachmittag ihre Zustimmung. Ob nicht der Vorstand des Arbeitgeberbundes die Magdeburger Arbeitgeber noch zwingen wird, von den Vereinbarungen zurückzutreten, steht zur Stunde noch dahin.

Köln, 14. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Zwei getrennt tagende überaus zahlreich besuchte Versammlungen der Kölner Bauarbeiter und Kölner Bauhilfsarbeiter beschlossen, den morgen Abend beginnenden Kampf aufzunehmen und jedes Opfer zu bringen, um die Verbandsbeschlüsse durchzuführen. Den Orten, welche die nichtorganisierten Arbeiter von der Aussperrung ausnehmen wollen, ist auch Wachen beigegeben.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Leitergerüstbauer, Platarbeiter und Aufsicher bei der Firma A. Altmann, Altengesellschaft Berliner Leitergerüstbau- und Reihkonstruktion, dauert unverändert fort. Die Situation selbst wird täglich günstiger für die Ausständigen. Wieder ist es gelungen, verschiedene Arbeitswillige aus dem Betriebe zu entfernen. Heute arbeiten nurmehr 3 Platarbeiter und 9 Poliere. Aufsicher sind überhaupt nicht mehr im Betriebe. Herr Altmann versucht nunmehr, durch andere Unternehmer, die der A.-G. nicht angehören, seine fertigen Aufstellungen abstellen zu lassen. Herr Altmann, der durch seine Arbeiter verunglückt geworden ist, fühlt sich immer noch nicht veranlaßt, den berechtigten Wünschen derselben entgegen zu kommen. Verechigt sind die Wünsche insofern, als bekanntlich die Arbeiter im Leitergerüstbau zu den gefahrvollsten gehören. Hierzu kommt noch eine unerhörte Stundenlöhnderei, bei der Leben und Gesundheit der Arbeiter aufs äußerste gefährdet ist. Daß die Arbeiter unter diesen Umständen eine Verbesserung ihrer Verhältnisse anstreben, dürfte durchaus verständlich erscheinen. Die Streikenden gebeten deshalb, den ihnen aufgezwungenen Kampf mit aller Energie zu Ende zu führen. Mit aller Bestimmtheit rechnen dieselben auf die Solidarität aller Arbeiter. Zugang ist nach wie vor ferngehalten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirk Groß-Berlin.

Wachung, Feuertücher! Der Streik bei der Firma Stöbe u. Co., Bezirkstr. 17/18, dauert unverändert fort. Zugang ist nach wie vor streng ferngehalten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirk Groß-Berlin.

Deutsches Reich.

Der Streik auf der Zinkhütte in Dortmund ist schon nach einigen Tagen beendet worden. Die Streikenden beschlossen die Wiederaufnahme der Arbeit, weil die Verwaltung des Werkes schriftlich Zugeständnisse gemacht hat. Die Arbeiter, die bisher fast sämtlich nicht organisiert waren, haben nunmehr auch die Notwendigkeit der Organisation erkannt, sie beschloßen einstimmig der Organisation beizutreten. Und

dieser Erfolg ist nicht minder groß wie die Zugeständnisse der Betriebsverwaltung.

Lohnbewegungen im Töpfergewerbe.

Die Aussperrung der Töpfer in Guben ist mit Erfolg für die Arbeiter beendet. Es wurde ein neuer Tarif mit 5 bis 10 Proz. Lohn erhöhungen abgeschlossen.

Auch der Abwehrkampf der Töpfer in Forst i. L. ist erfolgreich erledigt. Es ist gelungen, die geplanten Abzüge der Meister auf den Normaltarif abzuwehren. Einige kleine Änderungen des alten Tarifs wurden dadurch ausgeglichen, daß auf Schmelzware ein Aufschlag von 3 Proz. gewährt werden mußte.

Der Streik der Töpfer in Hof i. B. und die Aussperrung in Rürberg gehen unverändert weiter.

Nationale Streikbrecher.

In Crimmitschau haben 25 Weber bei der Firma Otto Weidmüller wegen Lohnföhrungen, die nicht zurückgenommen wurden, die Arbeit eingestellt. Daraufhin sind die Nationalen Arbeitervereine eingesprungen und haben aus den einzelnen Betrieben in Crimmitschau mit Genehmigung der Firmeneinhaber soviel Arbeitskräfte der Firma Weidmüller zur Verfügung gestellt, als sie als Ersatz der Ausständigen benötigt. Wer wollte jetzt noch leugnen, daß die Nationalen Arbeitervereine nicht weiter sind als schlechte und rechte Streikbrecherorganisationen.

Ausland.

Vom Ausstand der eingeschriebenen Seeleute.

Der Ausständige Solidaritätsausstand in Marseille ist beendet. Es streiten nur noch die eingeschriebenen Seeleute. Bei einem Meeting in der Arbeitsbörse kam ein Redner ausführlich auf die Verhöhnung und Verurteilung der Matrosen zu sprechen und erklärte schließlich, das Urteil des Handelsgerichtes sei ein ziemlich mildes und man könne dieses Urteil nur als Kapitulation der Regierung betrachten. Hierauf gelangte eine Tagesordnung einstimmig zu Annahme, worin die Seeleute dem Proletariat Dank aussprechen wegen seiner Solidarität und worin die Arbeiter ersucht werden, die Arbeit wieder aufzunehmen. — Die Arbeit auf den Kais ist wieder aufgenommen worden. In der Gasanstalt und in anderen Fabriken wird in normaler Weise gearbeitet.

Die Krise im südwalisischen Bergbau

ist, wie bereits gemeldet worden, behoben. Die Abstimmung der Bergarbeiter von Südwales hat eine große Mehrheit für die vom Vorstande des Bergarbeiterverbandes von Großbritannien empfohlenen neuen Einigungsbedingungen ergeben. Der Vorschlag wurden rund 100 000, gegen denselben rund 40 000 Stimmen abgegeben. In vier oder fünf Bezirken erklärte sich die Mehrheit der Arbeiter gegen die neuen Bedingungen und für den Generalstreik.

Der neue Lohnarif tritt an die Stelle des alten, der die Löhne vom Dezember 1905 bis heute regulierte, und bleibt fünf Jahre in Kraft. Die Arbeiter erhalten einen Minimallohn, der 35 Proz. (anstatt wie bisher 30 Proz.) höher steht als der Einheitslohn vom Jahre 1870, aber der Minimalverkaufspreis der Kohle, an den dieses Lohnminimum gebunden ist, wird auf 12,50 M. erhöht. Außerdem erklären die Arbeiter, keine Lohnhöhung von mehr als 50 Proz. über dem Einheitspreis von 1870 zu verlangen, bis die Kohlenpreise 14 Schilling 9 Pence pro Tonne erreicht haben. Steigen die Kohlenpreise noch höher, dann können die Arbeiter eine Lohnhöhung bis zu 60 Proz. über dem Einheitslohn von 1870 verlangen.

Die Grubenherren verzichten auf ihren Anspruch, die vom Achtstundengesetz erlaubten 80 außerordentlichen Stunden im Jahre arbeiten zu lassen, und verzichten ferner auf die Bezahlung des aus dieser Streikfrage den Unternehmern von einem Gericht zugestandenen Schadenersatzes. Dagegen ziehen die Arbeiter ihre Forderung auf Bezahlung auch der geförderten Klein-Kohle zurück. Die Frage der Arbeitseinstellung ist durch ein Kompromiß geregelt worden, wonach die Arbeiter sich bereit erklären, gewisse außerordentliche Schichten zu arbeiten, die Unternehmer dagegen auf die Einführung eines allgemeinen Zweischichtensystems verzichten. In der Frage der Arbeit in abnormalen Arbeitsplätzen mußten die Arbeiter auf den Rat ihrer Führer nachgeben.

Obgleich der neue Vertrag den Arbeitern gewisse Vorteile bringt und einige Mißstände abstellt, war eine Einigung doch nur möglich, weil die Arbeiter, um einem Riesenkampfe im gegenwärtigen Augenblick auszuweichen, bis hart an die Grenze der möglichen Nachgiebigkeit gingen.

London, 14. April. Eine Abstimmung der Bergarbeiter über den Streik in Northumberland hat 2732 Stimmen für und 2468 Stimmen gegen die Wiederaufnahme der Arbeit ergeben. Das Exekutivkomitee des Bergarbeiterverbandes erteilte den Arbeitern den Rat, die Arbeit möglichst bald wieder aufzunehmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Reichstagswahl im Kreis Olesko-Lya-Johannisburg.

Lya, 14. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der Reichstagswahl für den verstorbenen Reichstagspräsidenten Graf zu Stolberg-Wernigerode im Wahlkreise Olesko-Lya-Johannisburg wurden bis 11 Uhr abends 23 704 Stimmen gezählt. Hierbon erhielten Gutsbesitzer Kochan (nall.) 12 642, Landrat Kramerer (konf.) 10 153 und Parteisekretär Linde (Soz.) 909 Stimmen. Fünf kleine Bezirke stehen noch aus, doch ist die Wahl des national-liberalen Kandidaten Kochan sicher.

Bei der Hauptwahl im Januar 1907 wurden von 27 552 Wahlberechtigten 21 860 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode (konf.) 20 343, Dr. Siehr (fr. Vp.) 833, Babusch (Vole) 41, Rechtsanwält Gause (Soz.) 630 Stimmen.

Zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Essen a. R., 14. April. (W. Z. W.) Der Erbarbeiter Walla aus Gelsenkirchen, der in der Nacht zum 6. Juli v. J. den 43jährigen Gelegenheitsarbeiter Karl Leber in der Nähe des Pulmfer Stadtparkes beraubt, ihm den Schädel eingeschlagen und hierauf den Kopf abgeschritten hat und die Leiche der Leiber beraubt, wurde heute vom Schwurgericht wegen schweren Raubes und Körperverletzung mit Todeserfolg gemäß dem Antrage des Staatsanwalts zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Opfer seines Vernuns.

Frier, 14. April. (W. Z. W.) Durch einen Schädelbruch lebensgefährlich verletzt worden ist ein Lokomotivführer, als er bei der Einfahrt in den Herziger Bahnhof sich, um nach den Signalen zu sehen, aus der Maschine herausbeugte. Er schlug dabei mit dem Kopf an einen Signalmast.

Unruhen in Changsha.

Changsha, 14. April. (W. Z. W.) In Changsha in der Provinz Honan sind Unruhen ausgebrochen. Die britischen Missionare flüchteten in den Jansen, der von den Aufständern angegriffen wurde. Zwei britische Kanonenboote sind eiligst nach Changsha beordert worden.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungss.

Reichstag.

68. Sitzung vom Donnerstag, den 14. April, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Lisco. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Wasserhagen und Genossen (natl.) über das Wälheimer Eisenbahnunglück.

Auf die Frage des Präsidenten Grafen Schwerin-Löwitz, ob und wann der Reichszentralrat die Interpellation zu beantworten gedenke, erklärt

Unterstaatssekretär Richter: Der Reichszentralrat ist bereit, die Interpellation in der zweiten Hälfte der nächsten Woche zu beantworten.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung der Gesetzentwürfe betreffend die Zuständigkeit des Reichsgerichts und Änderungen der Rechtsanwaltsordnung.

Abg. Dr. Heinze (natl.): Die Ueberlastung des Reichsgerichts ist eine Tatsache. Eine Abhilfe wäre durch Vermehrung der Richter möglich; doch empfiehlt sich das nicht im Interesse der Rechtseinheit. Als Abhilfe bleibt also die Verminderung des Arbeitsstoffes. Einige der vorgeschlagenen Mittel sind unbedenklich; sehr bedenklich ist dagegen, das das Reichsgericht bei Einstimmigkeit des Senates von der mündlichen Verhandlung soll absehen können.

Abg. Stadthagen (Soz.): Alle Vorredner und die Vorlage sprachen von der Ueberlastung des Reichsgerichts. Dabei ist die Zahl der in den Zivilsenaten tätigen Richter am Reichsgericht von 1880 bis 1908 nur um einen einzigen vermehrt worden; anders ist es bei den Richtern der Strafsenate, hier ist die Zahl der Richter fast verdoppelt worden. Hier sollte man also ansetzen und die übermäßige Tätigkeit der Strafsenate einschränken.

Abg. Dr. Barenhorst (Sp.): Eine langsame Justiz ist auch eine schlechte Justiz, deshalb muß das Reichsgericht entlastet werden. Allerdings kann das Difformitätsprinzip nicht ohne weiteres angenommen werden; 25 Proz. der Revisionen gegen konforme Urteile hatten Erfolg. In der Kommission wird also das Difformitätsprinzip mit Skautelen versehen werden müssen.

Abg. Senda (Poln.): Speziell wir Polen, die wir von der Verwaltung unterdrückt und verfolgt werden, haben das größte Interesse an einer intakten Rechtspflege. Woher haben wir immer noch den relativ besten Schutz am Reichsgericht gehabt, obwohl auch dieses bisweilen versagt hat. Wir erkennen an, daß in der ungeliebten vorhandenen Ueberlastung des Reichsgerichts eine große Gefahr liegt; wir können aber nicht anerkennen, daß auf dem Wege weiterer Beschränkung der Revisionen Abhilfe geschaffen ist.

Abg. Dr. Dahlem (B.): Eine so wichtige Vorlage muß gründlich erörtert werden und da können einige Monate keine Rolle spielen. Wir dürfen nicht daran rütteln lassen, daß das Reichsgericht an der Aufrechterhaltung des materiellen Rechts mitwirken muß, und seine Ausschaltung bei übereinstimmenden Urteilen können wir nicht gutheißen.

Abg. Dr. Junck (natl.): An der Pflichttreue unserer Oberlandes-

gerichte zweifeln wir nicht; aber es liegt in der menschlichen Natur, zu wünschen, daß er nicht kontrolliert wird, und deshalb liegt in der Ausschaltung des Reichsgerichts bei übereinstimmenden Urteilen ein Anreiz für das Oberlandesgericht, zu urteilen wie die Vorinstanz, und einer solchen Versuchung soll man die Oberlandesgerichte nicht aussetzen. — Daran, daß die Vorlage jetzt nicht mehr erledigt werden kann, ist nicht der Reichstag schuld; sie ist erst kurz vor den Osterferien zugegangen, während das Reichsjustizamt sich zu ihrer Ausarbeitung Jahre Zeit gelassen hat. So wie sie ist, kann die Vorlage jedenfalls nicht angenommen werden.

Der Vorredner fürchtet von einer Vermehrung der Richter eine Verminderung ihres Ansehens. Diese Furcht kann ich nicht teilen. Nicht auf die Zahl der Richter kommt es an, sondern darauf, was sie leisten. Ich würde die Errichtung von Hilfsenaten nicht für schädlich halten. Vor allem muß man doch fragen, warum die Regierung mit einer Verschlechterung der Rechtspflege in Zivilsachen vorgehen will, wo die Bevölkerung im ganzen mit der Rechtspflege zufrieden ist, und warum sie nicht vielmehr die Rechtspflege in Strafsachen reformieren will. Die Zunahme der Revisionen, über die man klagt, beruht auch darauf, daß die gelehrten Richter so wenig Kenntnis von der sozialen Struktur der Gesellschaft haben und daher Urteile fällen, mit denen die Bevölkerung unzufrieden sein muß. Wird in der Richtung der Vorbildung der Richter reformiert, so wird weniger Grund zur Unzufriedenheit vorhanden sein. Jeder Richter kann irren, und man kann sogar sagen, je mehr Richter bei dem Urteil beteiligt sind, um so größer ist daher die Wahrscheinlichkeit des Irrtums. (Heiterkeit.) Auch darauf möchte ich noch hinweisen, daß die Ueberlastung des Reichsgerichts wahrscheinlich nur vorübergehend ist. Mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Jahre 1900 sind eine ganze Reihe neuer Streitfälle entstanden, zu deren Bewältigung so gut wie gar keine Richterstellen geschaffen sind. Lediglich die Zahl der Strafrichter ist vermehrt worden. Da aber ist die Vermehrung ganz überflüssig; es zeigt sich hier die Tendenz, daß Deutschland als ein Land höherer Kultur hingestellt werden soll, wobei die höchste Kultur darin beruhen soll, daß jeder Bürger bestraft ist. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ja, resümieren wir also dahin, die Regierung fängt die Reform am falschen Zipfel an, und dieses Fälschwerk ist nicht geeignet, eine Verbesserung der Rechtspflege herbeizuführen. (Wrao! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Barenhorst (Sp.): Eine langsame Justiz ist auch eine schlechte Justiz, deshalb muß das Reichsgericht entlastet werden. Allerdings kann das Difformitätsprinzip nicht ohne weiteres angenommen werden; 25 Proz. der Revisionen gegen konforme Urteile hatten Erfolg. In der Kommission wird also das Difformitätsprinzip mit Skautelen versehen werden müssen.

Abg. Vattmann (Wirtsch. Bg.) wünscht Ueberweisung an eine besondere Kommission. Es sei zweifelhaft, ob der Entwurf sich noch vor Pfingsten verabschieden lassen werde.

Abg. Senda (Poln.): Speziell wir Polen, die wir von der Verwaltung unterdrückt und verfolgt werden, haben das größte Interesse an einer intakten Rechtspflege. Woher haben wir immer noch den relativ besten Schutz am Reichsgericht gehabt, obwohl auch dieses bisweilen versagt hat. Wir erkennen an, daß in der ungeliebten vorhandenen Ueberlastung des Reichsgerichts eine große Gefahr liegt; wir können aber nicht anerkennen, daß auf dem Wege weiterer Beschränkung der Revisionen Abhilfe geschaffen ist. Wir werden in der Kommission an der Verbesserung der Vorlage mitarbeiten. (Weißal bei der Polen.)

Staatssekretär Dr. Lisco: Vorgestern hoffte ich, daß die Vorlage noch vor der Vertagung verabschiedet werden würde. Es scheint aber bei einigen Parteien die Absicht zu bestehen, die Verabschiedung bis auf den Herbst zu vertagen. Das würde ich tief bedauern im Interesse des Reichsgerichts, wo jetzt schon Termine bis zum Mai nächsten Jahres angelegt sind. Ich bitte dringend, die Gedanken der Vertagung fallen zu lassen, denn andere Wege zur Entlastung des Reichsgerichts als die vorgeschlagene Erhöhung der Revisionssumme und die Einführung des Difformitätsprinzips, werden auch bei längerer Erörterung nicht gefunden werden können.

Abg. Dr. Dahlem (B.): Eine so wichtige Vorlage muß gründlich erörtert werden und da können einige Monate keine Rolle spielen. Wir dürfen nicht daran rütteln lassen, daß das Reichsgericht an der Aufrechterhaltung des materiellen Rechts mitwirken muß, und seine Ausschaltung bei übereinstimmenden Urteilen können wir nicht gutheißen. Ebenso können wir nicht zustimmen, daß eine Revision nicht mehr gestiftet werden soll an ungenügende Ausübung des Fragerechts und ungenügende Feststellung des Sachverhalts. Der einfachste Weg zur Abhilfe für die Uebelstände liegt in einer Vermehrung der Senate, die bei der Zunahme der Bevölkerung eigentlich selbstverständlich ist. Wenn der Bundesrat dafür nicht zu haben ist, müssen wir warten, bis er es sich besser überlegt hat, aber keineswegs dürfen wir deshalb die Rechtspflege verschlechtern.

Abg. Dr. Junck (natl.): An der Pflichttreue unserer Oberlandes-

gerichte zweifeln wir nicht; aber es liegt in der menschlichen Natur, zu wünschen, daß er nicht kontrolliert wird, und deshalb liegt in der Ausschaltung des Reichsgerichts bei übereinstimmenden Urteilen ein Anreiz für das Oberlandesgericht, zu urteilen wie die Vorinstanz, und einer solchen Versuchung soll man die Oberlandesgerichte nicht aussetzen. — Daran, daß die Vorlage jetzt nicht mehr erledigt werden kann, ist nicht der Reichstag schuld; sie ist erst kurz vor den Osterferien zugegangen, während das Reichsjustizamt sich zu ihrer Ausarbeitung Jahre Zeit gelassen hat. So wie sie ist, kann die Vorlage jedenfalls nicht angenommen werden.

Abg. Dove (Fortfchr. Bg.): Eine ganze Reihe von Gesetzen haben wir schon zur Entlastung des Reichsgerichts gemacht; in der Begründung wird das jedesmal vorgeschlagene Mittel besonders gerühmt, und alle werden schärf kritisiert. Statt an dies Fälschwerk sollten wir an eine organische Reform der gesamten Zivilprozessordnung gehen. (Sehr richtig! bei der Fortfchr. Bg.) Einmal Abhilfe könnte auch innerhalb der gegenwärtigen Organisation des Reichsgerichts geschaffen werden; so sollte man an eine Verjüngung der Reichsgerichtsräte denken. Den in der Vorlage vorgeschlagenen Mitteln, vor allem der Einführung des Differenzprinzips, können meine Freunde nicht zustimmen. Herr Stadthagen wünschte bessere Ausbildung der Richter; das Mittel wird aber nur sehr langsam wirken. — Gegen das in der Vorlage ebenfalls vorgeschlagene Mittel der Erhöhung der Kosten habe ich nichts einzuwenden, denn unsere Rechtspflege ist im ganzen genommen billig und außerdem haben wir das Armenrecht.

Abg. Heine (Soz.): Die Reste beim Reichsgericht sind eine Katastrophe, die sofort beseitigt werden muß. Und dazu gibt es nur das Mittel: Schaffung von Hilfsenaten, die nur den Zweck haben, die Reste anzuarbeiten. Eine dauernde Verbesserung schafft das natürlich nicht. Will man die bisherige Stellung des Reichsgerichts und der Revision festhalten, so bleibt als dauernde Verbesserung nur übrig eine Vermehrung der Senate. Dagegen sind die vorgeschlagenen Mittel gleichbedeutend mit einer Revolutionierung der Stellung des Reichsgerichts und der Revision. Man sagt, das Reichsgericht soll die Rechtseinheit wahren. Will man das, so muß man eine legitime juristische Behörde schaffen, die nicht den einzelnen Fall entscheidet, sondern die juristische Frage, und diese Frage darf ihr dann nicht von einer Partei unterbreitet werden, sondern von einem Staatskommissar, und die Entscheidung findet keine Anwendung auf den einzelnen Fall. (Sehr richtig! links.) Das wäre dann ein Staatsgerichtshof. Tatsächlich ist aber das Reichsgericht eine dritte Instanz, und eine solche Instanz kann man dem ein sein Recht eingehenden Volke nicht nehmen, namentlich nicht durch eine Gelegenheitsnovelle. Wäre es wirklich unmöglich, das oberste Gericht in seiner bisherigen Form aufrecht zu erhalten, so wäre seine Beseitigung nur möglich bei einer vollständigen Umgestaltung unseres gerichtlichen Verfahrens, wobei man für diese Instanz dem Volke etwas anderes geben könnte, z. B. die gerichtliche Entscheidung durch Männer seines Vertrauens. Aber bei dieser Novelle ist es unmöglich dem Publikum zu sagen: „Jetzt geht das oberste Gericht her, wir wollen es euch nicht mehr lassen.“ Ich sehe auch gar kein Bedürfnis für diese Novelle. Im ganzen ist unsere Zivilprozessordnung gar nicht so schlecht; freilich könnten wir durch eine stärkere Hinzuziehung von Laien der Rechtspflege noch größeres Vertrauen im Volke verschaffen. Gegen die Vermehrung der Senate wendet man ein, daß dadurch die Rechtseinheit gefährdet werde. Die Gefahr widersprechender Entscheidungen durch die verschiedenen Zivilsenate des Reichsgerichts ist viel weniger groß, als die Gefahr, mit der die widersprechenden Entscheidungen der Oberlandesgerichte die Rechtseinheit bedrohen. Ich bin auf das Entscheidende gegen die Ausschaltung der Revision bei gleicher Entscheidung der beiden ersten Instanzen. Es liegt in der menschlichen Natur begründet, daß bei den nichtrevisiblen Urteilen weit leichter zögerlicher verfahren werden wird, als bei Urteilen, die der Nachprüfung durch das höchste Gericht unterliegen. — Noch bedenklicher und vielleicht der bedenklichste Punkt der ganzen Vorlage ist, daß die Revision gegenüber den tatsächlichen Feststellungen eingeschränkt werden soll. Das würde bedeuten, daß die sehr fatale Praxis der Strafsenate nunmehr auch auf die bis jetzt weitestgehenden Zivilsenate ausgedehnt würde. Ebenso entschieden lehnen wir die Erschwerung der Revision durch die vorgeschlagene Vertenerung ab. Wir sind dafür, die Vorlage an die zur Beratung der anderen Justiznovellen eingesetzte Kommission zu verweisen. (Weißal bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Senda (Poln.) stellt fest, daß die Zahl der durch das Reichsgericht aufgehobenen oberlandesgerichtlichen Urteile in stetigem Wachsen begriffen sei. (Hört! hört!)

nötigt, sich dem Befehl zu widersetzen. Er würde sich nicht freiwillig ergeben. Würde man Gewalt gegen ihn anwenden, so müsse er sich notgedrungen unterwerfen; aber da er sein Haus als seine Burg betrachte, so fordere er es als eine Freistätte und würde diese Forderung aufrecht erhalten. . . .

Abg. Dr. Junck (natl.): An der Pflichttreue unserer Oberlandes-

Kleines feuilleton.

Ihren ersten Kometenvortrag veranstaltete die Urania am Mittwoch. Es kennzeichnet den etwas konservativ-wissenschaftlichen Charakter dieses Instituts, daß mancherlei „Wedenken“ gegen einen solchen Vortrag bestanden. Man schien zu fürchten, daß bei dem großen Publikum sich das Interesse an dem Wiedererscheinen des Halleyschen Kometen in den Weltuntergangspredigten erschöpfe. Wir meinen, daß es gerade dann Aufgabe der Urania wäre, diese Anschauungsweise recht schnell und gründlich zurückzuführen zu machen, damit an den Tagen um den 18. Mai nicht wieder wie Anno 1835 die Sternwarten gestärkt werden.

Am dem Vortrag Dr. Schwahn, des Direktors der Urania, ist große Sachlichkeit und vorzügliche Inhaltlichkeit zu rühmen; er beschränkte sich nicht bloß auf den Halleyschen Kometen, sondern erörterte natürlich auch die allgemeinen Erscheinungen, die die Kometen und die mit ihnen zusammenhängenden Probleme darbieten. Die rein astronomischen Erörterungen standen dabei im Vordergrund, während die Fragen der Beschaffenheit der Kometen und ihrer Schweife nicht ganz klar herauskamen. Gerade hier aber herrschen nicht bloß im großen Publikum, sondern auch vielfach bei den Astronomen merkwürdig unklare Vorstellungen. So wird oft die Archimedische Erklärungsweise von der Entstehung der Kometenschweife angeführt und dabei in einem Atemzuge gesagt, daß die Schweife gasförmig seien. Das trifft gar nicht zu, denn wenn der Strahlungsdruck der Sonne die Entstehung der Schweife hervorgerufen soll, so müssen die Schweife in erster Linie aus ganz feinen festen oder flüssigen Teilchen bestehen, nicht aber aus gasförmigen. Aus der Tatsache, daß die Schweifsterne alle einer langsamen Auflösung verfallen, schloß Dr. Schwahn ganz richtig, daß die Kometen kosmischen Ursprungs seien. Denn wären die periodischen Kometen, die in gewissen Zwischenräumen immer wieder in die Nähe der Sonne zurückkehren, seit dem Bestehen des Sonnensystems in diesem vorhanden, so müßten sie schon längst dieser Auflösung verfallen sein. Da das nicht der Fall ist, muß man sie als Körper ansehen, die von den großen Planeten eingefangen wurden und erst seit begrenzter Zeit dem Sonnensystem angehören. Auch der Halleysche Komet ist ein eingefangener Körper, eingefangen wahrscheinlich durch Neptun, den äußersten und bekanntesten Planeten. Die Auflösung bewirkt, daß die periodischen Kometen bei jeder Erscheinung an Glanz durchschnittlich abnehmen, weil ihre Masse durch die Entwicklung der Schweife Verluste erleidet. Es ist daher vorauszusetzen, daß der Halleysche Komet keine allzu glänzende Erscheinung werden wird.

Auch der Polizeipräsident v. Jagow hörte sich den Vortrag an. Hoffentlich trifft er die für den Weltuntergang am 18. Mai erforderlichen polizeilichen Maßnahmen in seiner gewohnten lapidaren Kürze, etwa in Form eines Säulenanstoßes des Inhalts:

Der Halleysche Komet ist eine vorübergehende Erscheinung!

„Mein Haus ist meine Burg.“ Mit dem Emporkommen der Geldaristokratie verschwinden allmählich die einfachen aber soliden Häuser des englischen Adels. Amerikanische Millionäre siedeln nach London über, lassen sich naturalisieren und sonnen sich in der Nähe ihrer Schwäger, alles Herzöge, Grafen und Lords, die sie jetzt mit „Charley“ und „Jack“ anreden dürfen. Alte, vornehm aussehende Häuser werden niedergerissen und an ihre Stelle treten geschmacklose Kistenbauten, die mit barbarischem Prunk ausgestattet werden. Eines der letzten Häuser, das diesem Zug der Zeit zum Opfer fiel, ist das Haus Sir Francis Burdett in Piccadilly, der bekannten Promenade der Lebewelt und der Halbwelt.

Es ist in diesem Monat gerade hundert Jahre her, daß Sir Francis Burdett in diesem Hause der Nacht des Staates Trost bot und eine Belagerung von mehreren Tagen aushielt. Burdett war durch einen Beschluß des Unterhauses zur Haft im Tower, dem alten Londoner Staatsgefängnis, verurteilt worden. Sein Verbrechen war, daß er in Cobbetts „Political Register“ einen Brief an seine Wähler veröffentlicht hatte, in dem er die Handlungsweise des Unterhauses, das die Verhaftung eines radikalen Redners, angekündigt hatte, für ungesetzlich erklärte. Das beturteilte Parlamentsmitglied hatte aber die Bevölkerung Londons auf seiner Seite. Diese scharte sich um sein Haus in Piccadilly und verteidigte es gegen die Polizei, die geschickt war, um ihn zu verhaften. Es kam zu einer regelrechten Belagerung. Truppen wurden aufgeboten, Kanonen wurden aufgeführt. Sir Francis Burdett erklärte, sein Haus sei sein Schloß, und er würde niemand erlauben einzudringen. Die Lage wurde von Stunde zu Stunde kritischer. Die Soldaten wurden von der Menge mit Steinen empfangen. Haben wie drüben fielen einige Schüsse; auf beiden Seiten wurden Menschen verwundet und getötet. Schließlich nach zwei Tagen ergab sich der volkstümliche Parlamentarier, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Er wurde in den Tower gebracht, wo er bis zur Parlamentsvertretung als politischer Gefangener verweilte.

Verschiedene der über hundert Jahre alten englischen Zeitungen veröffentlichten jetzt täglich oder wöchentlich Nachrichten, die in ihren Spalten vor hundert Jahren erschienen. So gibt der „Observer“ in seiner letzten Nummer eine Mitteilung über die Belagerung des Hauses Sir Francis Burdetts wieder, die im „Observer“ vom 8. April 1810 erschien und ein interessantes Bild auf die Methode wirft, wie die Engländer ihre durch die Verfassung verhängten Rechte verteidigten. Die Nachricht lautet: „Um elf Uhr nachts hielt Sir F. Burdett noch in seinem Hause in Piccadilly aus; dann und wann erschien er am Fenster und wurde von der Bevölkerung begeistert begrüßt. Seine Antwort, die er dem Mr. Colman, dem Stadtrichter, gab, als dieser ihm den Befehl des Sprengers, Sir F. Burdett in den Tower einzuführen, übergab, lautete: er glaube, daß er nur ein verfassungsmäßiges Recht ausgeübt habe, indem er das veröffentlichte, was zu dem Verhaftungsbeschlusse gegeben habe, er könne daher das Dokument nur als ungesetzlich betrachten. Folglich sei er durch das Prinzip und seine Pflicht ge-

Theater.

Schiller-Theater O: „Goldene Herzen“, Volksstück von Karlweid. Die Aufführung dieses Volksstückes des vor etwa einem Jahrzehnt verstorbenen Wiener Bühnenschriftstellers fand im Schiller-Theater ein dankbares Publikum. Verdiensterwähnen. Denn wenn Karlweid in den „Goldenen Herzen“ so wenig wie in seinem „Groben Hemd“ sich von den angestammten Gebrechen des Volksstückes, der billig bequemen und künstlerischen Art des Arrangements, frei hält, bringt er in dem salopp gefügten Rahmen doch eine Fülle vollständig frischer, satirisch geschärfster Komik. Er beleuchtet die lokalpatriotische Wrase vom goldenen Wiener Herzen mit Schlaglichtern treffenden Spotts in den Figuren eines exemplarischen Armenrats und einiger in Armenunterstützung machender weiblicher „Wohltätigkeitsdräger“. Viel gute Beobachtung und munterer Wägenwitz steckt in der Hauptgestalt, dem verbummelten alten Valer und unverbesserlichen Seitenbeteiligten von Jbsens unsterblichem Djalmar Edal. Ein findiger Journalist, den die Rot des Alten dauert, macht ihn durch eine geschickt sensationelle Selbstmordnotiz, unter der Spitzmarke „Lorbeerbaum und Betselstab“ plötzlich zu einer Tagesgröße. Valasters Alerereien — er malt seit Jahren nur noch „Watterliebe“, das Stück für ein paar Gulden — steigen gewaltig im Preise. Aber noch mächtiger schwillt sein Dünkel an. Liebenswürdig, wie Komödienschreiber sind, hat der Autor Vorzüge getroffen, daß sein Geld, als die Seifenblase platzt, trotzdem nicht in die Dacklammer zurück muß. Der arme Liebhaber seiner Tochter verwanbelt sich in einen wohlhabenden Erben, und der Künstler läßt sich herbei, den Herrn als Schwiegerohn anzunehmen. Das flotte Spiel traf überall den richtigen Ton. Hervorragend humorvoll war Pateggs würdevoll erhabener Valasters.

Das flotte Spiel traf überall den richtigen Ton. Hervorragend humorvoll war Pateggs würdevoll erhabener Valasters.

Notizen.

— Vorträge. Die Berliner Freie Hochschule veranstaltet Sonnabend, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Friedrich-Werderschen Oberrealschule (Riederwallstr. 12) einen Vortrag, in dem Felix Sinte über unser Wissen von den Kometen sprechen wird. Eintrittspreis 1 M.

— Theaterchronik. Maria Solgers veranstaltet Dienstag, den 20. April im Neuen Jgl. Operntheater (Stoll) eine Aufführung von Jbsens „Rora“, in der sie die Titelrolle spielt.

Die Debatte schließt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird die Vorlage (statt an die bestehende Justizkommission) an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Lesung auf Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags vom 1906 bis zum 1. Dezember 1911.

Staatssekretär Dr. Dehnbach: Es handelt sich nur um die Verlängerung des bestehenden Zustandes. Ich glaube kaum, daß umfangreiche Erörterungen jetzt, da in Schweden ein neuer Zolltarif in Vorbereitung begriffen ist, unsere zollpolitische Position gegenüber Schweden zu verbessern geeignet sind.

Abg. Sped (Z.): Es gibt viele Leute, die der Meinung sind, daß das Beste am Handelsvertrag mit Schweden sein früherer Endtermin ist: er läuft sieben Jahre früher ab als die anderen Handelsverträge. Ich möchte den Staatssekretär fragen, ob dafür gefordert werden wird, daß beim Abschluß des neuen Handelsvertrages Schweden in der Frage der Ergrausung Entgegenkommen beweisen wird. Um die Einfuhr der schwedischen Erze zu erleichtern, deren die deutsche Metallindustrie bedarf, hat man anderen schwedischen Einfuhrartikeln, wie Feinsilbererz und Plastersteinen, zum Schweden heimischer Produktionszweige bedeutende Erleichterungen gewährt. Schweden dagegen zeigt sich gegenüber der deutschen Einfuhr in vieler Beziehung sehr rigoreus, es ist sogar die Rede von einem Verbot der Kartoffeleinfuhr. Trotz aller Bedenken werden wir doch für die Verlängerung stimmen; die unter den gegebenen Umständen kaum vermeidlich ist. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Gothein (Fortf. Sp.): Im Einklang mit den Worten des Staatssekretärs bin ich der Meinung, daß es sich nicht empfiehlt, mit breiten Diskussionen in die schwedischen Verhandlungen einzutreten. Ich habe mich gewundert, daß der Vertreter der stärksten Regierungspartei (Reiterleit.), Herr Sped, die Meinung des Regierungserweiterers so in den Wind geschlagen hat. Im übrigen war, was Herr Sped ausführte, nicht gerade neu. In der Tat sollte Schweden die schlaueste Erleichterung der Ergrausung unterlassen. Das liegt in seinem wohlverstandenen eigenen Interesse. Aber Herr Sped als Hauptvertreter der deutschen Hochschützpolitik hat an wenigsten Klagen, anderen Nationen Vorträge über zollpolitische Weisheitslehren — die an sich natürlich sehr wünschenswert ist — zu halten. — Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kommt Redner auf die Handelsbeziehungen mit Frankreich zu sprechen und gibt seiner Meinung Ausdruck, daß der deutsche Export nach Frankreich auch nach den neuen Zollverordnungen wohl kaum eine bedeutende Minderung erfahren werde, da Frankreich mit seiner zurückgehenden Bevölkerungszahl für viele Produktionszweige gar nicht die nötige Arbeiterzahl aufbringen könne. Störungen und Unbequemlichkeiten werde die rigorose Zollveränderung allerdings in der Besondere haben und in Frankreich werde man wie in Deutschland die bösen Folgen der Zollerei am eigenen Leibe spüren. (Beifall links.)

Abg. Graf Ranitz (L.): Die abfällige Kritik, die der Abg. Gothein an unserer ganzen Zoll- und Handelspolitik übt, ist wohl kaum geeignet, unseren Vertretern der Handelsvertragsverhandlungen mit dem Auslande den Muth zu stärken. (Rechtsstimme rechts.) — Redner schließt sich der vom Abg. Sped am deutsch-schwedischen Handelsvertrage geübten Kritik an und sieht den Verhandlungen mit Schweden über den neuen Vertrag mit Vorzorn entgegen. Daß Schweden mit einem Ergrausungszoll sich selbst am meisten schädige, habe Abg. Gothein mit Recht hervorgehoben; er irre sich aber, wenn er einen eventuellen deutschen Schutzergänzungsoll mit dem schwedischen Ergrausungszoll auf eine Stufe stelle. Wenn wir Schweden mit der Anwendung unseres autonomen Tarifes drohen, so werden wir schon zu einem leidlichen Handelsvertrage mit Schweden kommen, ohne daß wir ihn mit neuen Konzessionen zu erkaufen brauchen. Der vorgeschlagenen Verlängerung stimmen wir bel. (Rechtsstimme rechts.)

Abg. Mollenhuth (Soz.): Auch wir hätten es für besser gehalten, wenn an diese Vorlage keine längere Diskussion sich geknüpft hätte. Die Herren von der Rechten und vom Zentrum haben aber die Gelegenheit benutzt, um Ausführungen zu machen, die wir nicht unwiderprochen ins Land gehen lassen können. Wir glauben schon, daß die Herren am liebsten alle Handelsverträge vereiteln möchten, daß sie sich nach einem Zollkriege sehnen, damit der autonome Zolltarif mit seinen drohenden Sätzen, namentlich für Brotgetreide in Kraft tritt. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) So tut man den Tarifsen Gewalt an und stellt es so dar, als ob unter der Herrschaft des Handelsvertrages unsere Handelsbeziehungen mit Schweden zurückgegangen seien. — Herr Sped meint, so lange wir keine Ausfuhrzölle haben, dürfen andere Länder sie auch nicht einführen; er meint also, mit allen Schiedsrichtern müssen stets wir anfangen. (Reiterleit. bei den Sozialdemokraten.) Ich gebe zu, daß die schwedische Tarifpolitik gegen den Sinn und Geist des Handelsvertrages verläßt. Aber in bezug auf Erleichterung des Verkehrs dürfen Sie (nach rechts), die Sie in Preußen Schiffahrtsabgaben durchgesetzt haben, sich doch gewiß nicht beklagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Ausfuhrtarife sollten doch auch unsere Konkurrenzfähigkeit gegen Schweden erhöhen; wir haben also kein Recht, uns über die schwedische Eisenbahntarifpolitik zu beklagen. Graf Ranitz meinte, man sollte die Stellung der Regierung bei den Verhandlungen mit Schweden stärken. Dann hätte er schweigen und die Vorlage einfach annehmen müssen. Aber Sie (nach rechts) wünschen ja im Grunde, daß überhaupt keine Handelsverträge zustande kommen, sondern daß unser autonomer Tarif in Kraft tritt. Wir dagegen wären einverstanden, wenn durch Handelsverträge die Rahmungsmittele alle ganz über Bord geworfen würden, das würde zum Besten des deutschen Volkes und Handels dienen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Passke (natl.): Es war wohl kaum zu vermeiden, daß aus dem Hause längere Ausführungen zu der Vorlage gemacht wurden, denn die letzten Handelsverträge — ich erinnere an den portugiesischen Handelsvertrag — haben gezeigt, daß die Wahrung der deutschen Interessen sich bei der Regierung nicht immer in den besten Händen befindet. Wir wünschen keineswegs den Zollkrieg mit Schweden, wollen andererseits aber, wie ich gegenüber Herrn Mollenhuth bemerken will, auch nicht einen Handelsvertrag um jeden Preis. Die deutsche Industrie hat gewiß einen guten Abnehmer an Schweden. Aber so unentbehrlich, wie es von mancher Seite dargestellt wird, sind die schwedischen Erze für die deutsche Industrie nicht. Wir wünschen, daß beim neuen Handelsvertrag die deutschen Interessen energischer gewahrt werden; der Verlängerung des jetzigen Handelsvertrages stimmen wir zu. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gantsch (Wirtsch. W.): Bleibt unverständlich. Abg. Geisberger (Z.): So eng verheiratet mit der Regierung sind wir nicht (Reiterleit.), daß wir uns die Freiheit nehmen lassen, Regierungsvorlagen eingehend zu prüfen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Unsere Eisenindustrie hat ein großes Interesse an der ungehinderten Einfuhr von Eisenerze, aber wir sind schließlich nicht auf Schweden allein angewiesen. Im Handelsvertrage hat Schweden von Ausfuhrzöllen auf Eisenerze abgesehen; aber trotzdem hat es versucht, die schwedischen Gesellschaften in ihrem Bestreben zu unterstützen, die Eisenerze teurer nach Deutschland zu liefern; darauf läuft die Eisenbahntarifpolitik Schwedens hinaus, daselbst bezweckt auch ein Vertrag, den die schwedische Regierung mit schwedischen Gruben abgeschlossen hat und durch den die Ausfuhr künstlich hintangehalten, die Preise hochgehalten werden sollen. Wie stellt sich unser Auswärtiges Amt zu diesem illoyalen Verhalten Schwedens? Mit bloßen schönen Redensarten kommt man auf dem Gebiete der Handelspolitik nicht weiter. Wenn die Regierung meint, wir haben nicht daselbst Mithilfe bei Handelsvertragsverhandlungen wie andere Staaten, so soll sie es vom Reichstag fordern; er wird es ihr nicht verweigern. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Dehnbach: Wir haben der schwedischen Regierung erklärt, daß wir Bedenken tragen, ob ihr Vertrag mit den schwedischen Gruben nicht den Abmachungen unseres Handelsvertrages widerspricht.

Die Prüfungen haben ergeben, daß durch den Vertrag eine Schädigung unserer Industrie nicht eingetreten ist, wenigstens nicht bis zum Ablauf des damals vereinbarten schwedischen Handelsvertrages. Selbstverständlich werden wir darauf Bedacht nehmen, daß eine solche Schädigung auch in Zukunft nicht eintritt.

Abg. Vogel (natl.): Mit Eisenerzen sind wir durchaus nicht so abhängig vom Auslande, wie viele meinen, und ganz speziell nicht von Schweden; so hat Norwegen ganz dieselben Eisenerze wie Schweden. Schweden ist auf uns als Abnehmer weit mehr angewiesen als wir auf Schweden als Lieferant.

Abg. Dr. Dahlem (Z.) bedauert, daß deutsche Kommunen in ihren Ausschreibungen schwedische Steine verlangen, nicht deutsche. Man sollte einen hohen Zoll auf schwedische Steine legen.

Damit schließt die Diskussion. Da Kommissionsberatung nicht beantragt wird, wird sofort in die zweite Beratung eingetreten. In ihr wird die Vorlage debattelos angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. (Zwangssteuergesetz.) Schluß 1/2 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

48. Sitzung, Donnerstag, den 14. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach. Die zweite Lesung des Eisenbahnetats wird fortgesetzt bei der Erörterung über die Beamten- und Arbeiterfrage. Abg. Dr. Pfisch (Fortf. Sp.): Wir stehen nicht auf dem Standpunkte der Sozialdemokratie, die die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel verlangt, sondern wir erkennen an, daß im Arbeitsvertrag dem Arbeitgeber die Autorität belassen werden muß. Wir erkennen nicht an, daß der Arbeitgeber diese Autorität braucht über den Betrieb hinaus, und wir glauben, daß jedes Arbeitsverhältnis, das an die Gesetzgebung kommt, daraufhin untersucht werden muß, ob nicht in seiner Ordnung Mängel liegen, die es aus einem Arbeitsverhältnis in ein Gewaltverhältnis verwandeln. Um das zu verhindern, brauchen die Arbeiter vor allem das Koalitionsrecht, und es ist erklärlich, daß auch die Eisenbahnarbeiter darauf ein Hauptgewicht legen. Der Minister sagt, ich habe nichts gegen das Koalitionsrecht, nur gegen das Streikrecht. Von der anderen Seite wird wieder geantwortet, das Streikrecht haben wir nach der Gewerbeordnung. Es ist, glaube ich, nicht notwendig, auf diese Rechtsfrage hier einzugehen. Es genügt auch bei derartigen Dingen gar nicht, festzustellen, das ist verboten; sondern wer derartige Dinge befragt, muß sich bewußt werden, daß sie in sich einen Bruch der Rechtsordnung tragen. Wer dagegen etwas tun will, muß die Ursachen aus dem Wege räumen und Dinge schaffen, die an Stelle derjenigen treten können, deren Anwendung allerdings recht gefährlich werden kann. Die Arbeiterausschüsse müssen aus dem bloßen Wohlwollen in eine gesicherte Rechtsposition gebracht werden. Das Lohnverhältnis muß durchsichtig sein. Das ist beim Affordlohn vielfach nicht der Fall. Die Art, wie der Afford berechnet wird, muß genügend öffentlich bekannt gemacht werden. Manchmal tritt eine Lohnreduktion dadurch ein, daß den Arbeitern eine bisher gewährte Freischiffahrt plötzlich entzogen wird. Die Eisenbahnverwaltung sollte als Musterbetrieb der Privatindustrie mit gutem Beispiel vorangehen und beweisen, daß es ihr darauf ankommt, das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. König-Retzsch (Z.) spricht die Hoffnung aus, daß der Minister mit seiner bisherigen Sozialpolitik fortfahren und insbesondere für eine ersprießliche Tätigkeit der Arbeiterausschüsse sorgen werde.

Abg. Hammer (Konf.) bringt einzelne Beschwerden von Beamten vor, z. B. daß die Lokomotivführer nicht die Achsellappen der Eisenbahnassistenten bekommen haben.

Abg. Dr. Wagner (frl.) tritt für Vesserstellung der Bureaucleriker und anderer Kategorien von Angestellten der Eisenbahn ein.

Abg. Schreiner (Z.) wünscht Aufbesserung der Löhne der Eisenbahnarbeiter und -handwerker im Saarrevier.

Minister v. Breitenbach: Man muß berücksichtigen, daß eine große Anzahl von Eisenbahnarbeitern nachher in Beamtenstellen einrücken. Die Wohlfahrtsrichtungen, die von den Sozialdemokraten immer als unerheblich hingestellt werden, sind doch bei der Eisenbahn recht bedeutend. Ich erinnere an die Pensionskasse. Vom 1. April 1911 können in der Lohnstufe 6 Renten gezahlt werden bei Löhnen von 1200—1350 M. nach 30jähriger Tätigkeit von 708 M. Der überwiegende Teil der Arbeiter, die länger bei der Eisenbahn sind, tritt in ganz jungen Jahren ein. Nach 50 Jahren bekommt der Arbeiter bereits eine Rente von über 900 M. (Hört! hört!) Das sind denn doch Zuwendungen, die der Arbeiter bei Bemessung des Lohnes berücksichtigen muß. Dazu kommt, daß wir ohne ganz besondere zwingende Verhältnisse keinen Arbeiter entlassen. Wir haben die Arbeiter durch die schwere Zeit des wirtschaftlichen Niederganges durchgehalten. (Hört! hört!) Die Eisenbahnverwaltung ist sich ihrer Verpflichtung den Arbeitern gegenüber voll bewußt, da gerade ungenügende Agitationsweise sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daher wenden wir der Lohnfrage dauernd unsere größte Sorge zu. Zur Sicherung der Mitglieder der Ausschüsse werde ich in Erwägung ziehen, ob nicht die Entlassung von solchen Arbeitern in jedem Falle der Nachprüfung der Direktion unterliegt. (Bravo!) Von 121 000 Urlaubsberechtigten haben 103 000 den Urlaub erhalten; bei den übrigen hat die Nichterteilung des Urlaubs jedenfalls in ihrer Person gelegen.

Abg. Dr. Grunenberg (Z.) spricht für die Herabsetzung der Dienstzeit für Lokomotivführer und Feizer. Wenn Arbeitszeiten von 16 Stunden vorkommen, so leidet darunter die Betriebssicherheit.

Abg. Wismann (natl.) tritt für gleiche Löhne der einzelnen Bahnmastereien ein.

Abg. Schmidt-Warburg (Z.) erörtert Titelfragen.

Abg. Deins-Halle (Fortf. Sp.) wünscht Vesserstellung einzelner Kategorien von Eisenbahnangestellten.

Abg. Leinert (Soz.): 11 471 Arbeiter und Beamte werden mehr eingestellt. Für Erhöhung der Löhne sind im ganzen 2 Millionen Mark ausgelegt. Da sind aber eingerechnet Reiseentschädigungen usw. Das Zentrum hat beantragt, eine bessere Uebersicht über die Löhne der Arbeiter vorzulegen. Wir werden diesem Antrag zustimmen. Ebenso hätte das Zentrum unseren entsprechenden Antrag beim Vergetat annehmen müssen. Es ist nicht aus dem Etat zu ersehen, wie viel eigentlich auf die tatsächlichen Löhne entfällt. Die Hilfsbediensteten sollte die Verwaltung in etatsmäßige Stellen übernehmen. Wenn soviel Hilfsbedienstete beschäftigt werden, so ist daran lediglich das Sparstreben schuld. Aber hier wird an der unrichtigen Stelle gespart. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht eine einzige etatsmäßige Stelle ist diesmal geschaffen worden für diese Hilfsbediensteten, trotzdem 82 Proz. der Hilfsbediensteten über 10 Jahre bei der Eisenbahn beschäftigt sind. Eine große Anzahl sind schon über 20 Jahre, einige 30 bis 50 Jahre dort, ohne angestellt zu werden. (Hört! hört!) Bei den Sozialdemokraten.) Die Hilfsbeamten stehen sich bedeutend schlechter als die Diätare, aber sie müssen denselben Dienst tun. Die Teuerungszulagen und Gehaltssteigerungen der Beamten haben sie nicht erhalten; ihre Lohnverhältnisse haben sich absolut nicht gebessert. Die Löhne der Arbeiter sollten wenigstens in den großen Städten so hoch sein, wie der ortsübliche Tagelohn. Das ist z. B. in Hannover nicht der Fall. Das Höchstgehalt beträgt seit 1906

nach zwölfjährigem Dienst 2,80 Mark, der ortsübliche Tagelohn aber beträgt 3,50 M. Wenn der Regierungsrath den Tagelohn auf 3,50 M. für Hannover unbedingt notwendig sind, um das Leben zu fristen, so sollte die Eisenbahnverwaltung auch ihre Löhne mindestens so hoch festsetzen. Aber in ganz Deutschland bleibt die Eisenbahnverwaltung hinter dem ortsüblichen Tagelohn zurück. Das ist ein unhaltbarer Zustand. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun beziehen die Arbeiter zum Teil Kilometergelde, davon wird aber ein Teil

zum Lohn gerechnet. Der Gesamtlohn solcher Arbeiter beträgt pro Monat 85—90 M. Daß davon ein Arbeiter mit seiner Familie unabhängig leben kann, werden Sie nicht behaupten wollen. Dadurch zwingt die Verwaltung die Arbeiter zu einer mangelhaften Ernährung, zumal die ganzen Lebensmittel durch die Reichsfinanzreform verteuert sind. Die Eisenbahnverwaltung sieht dem mit einer stoischen Ruhe zu. Zum mindesten sollten die Löhne auch immer am letzten Tage des Monats ausbezahlt werden, auch wenn die Arbeiter außerhause sind. Es wird gefordert, daß die Verwaltung die älteren Arbeiter, die nach ihrer Militärzeit eingetreten sind, schlechter behandelt als die übrigen, indem sie ihnen die Militärzeit nicht anrechnet. Bei der Postverwaltung bestehen solche Unterscheidungen nicht. Es hat ja niemand von den Hilfsarbeitern irgend ein Recht auf Anstellung, sondern nur nach Bedarf rufen sie in Beamtenstellen auf. Das ist auch ein unhaltbarer Zustand. Es muß, wenn Entlassungen eintreten, nach ganz bestimmten Regeln verfahren werden, damit die Arbeiter wissen, woran sie sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch ihre Dienstmützen sowie die Uniformen müssen die Hilfsarbeiter noch selbst bezahlen. Es ist eines Staates unwürdig, wenn er verlangt, daß die Hilfsbeamten von ihrem künftigen Verdienst noch diese Ausgaben bestreiten sollen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man spricht von dem Wohlwollen der Verwaltung für die Arbeiter. Davon kann aber kein Arbeiter leben; die Hauptsache für sie ist das Geldverdien. Auf das Geldverdien auf Kosten der Arbeiterklasse ist ja die ganze Tätigkeit der Konserativen in diesem Hause gerichtet. (Lachen rechts.) Viel zu niedrig sind die Löhne der Kottenarbeiter in Hannover. Die Verbeirateten müssen ihre Ruhezeit am Sonntag daran setzen, um noch einige Groschen hinzuzuerdienen. Die Lage der Hilfsarbeiter ist auch äußerst traurig. Der Minister sollte sich nach den Wünschen der städtischen Arbeiter richten. In Hannover erhalten die ungelernen Arbeiter einen Anfangslohn von 3 M., während die Eisenbahnverwaltung nach 12 Jahren 2,80 M. Höchstlohn bezahlt. Der Höchstlohn der Stadt beträgt 4,20 M., in der höchsten Klasse beträgt der Höchstlohn 6 M. Sonntags- und Nachtarbeit wird von der Stadt mit 50 Proz. Aufschlag bezahlt, alles Dinge, die die Staatsbahnverwaltung überhaupt nicht kennt. Die Eisenbahnarbeiter lesen doch diese Dinge auch und wissen, wie ihr Lohn zu dem der städtischen Arbeiter steht. Und da verlangt man von diesen Arbeitern ein ganz besonderes Nationalbewußtsein. Die Stadt gewährt ihren Arbeitern, die mehr als 3 Jahre tätig sind, 6 Tage Erholungsurlaub und nach 6 Jahren 12 Tage unter Fortzahlung des Lohnes. Rechnet ich es in Magdeburg. In Bunzlau beträgt der Anfangslohn 1,90 M., in Koblenz 2 M. (Hört! hört!) Im Osten sind die Löhne der Arbeiter überhaupt viel niedriger. Bei der Beamtenbesoldung hat man nicht daran gedacht, einen solchen Unterschied zu machen. Gegen diesen Unterschied müssen wir aufheben Protest erheben. An anderen Stellen ist man durchaus nicht so sparsam. So wurden für Ausbesserung der Präsidentenwohnung in Gießen in einem Jahre 16 000 M. ausgegeben, und als der Präsident nach einem Jahre starb, wieder 20 000 M. (Hört! hört!) — Was die Werkstättenarbeiter anbetrifft, so muß der Grundlag sein, daß an Stelle des Affordlohn der Arbeiter jederzeit den Stundenlohn fordern kann. Aus einer Werkstätte bei Magdeburg habe ich in vorigen Jahre Beschwerden vorgebracht, die nun zum Teile abgestellt sind, aber es besteht doch noch der Zustand, daß Hilfsarbeiter von dem Verdienste der Arbeiter bezahlt werden. (Hört! hört!) Auch ist dort der Stundenverdienst beim Afford gesunken. Die Mißstände, die ich im vorigen Jahre über die Affordarbeit vorgebracht habe, sind noch in nichts geändert. Das Affordpreisverzeichnis sollte in einer Anzahl von Exemplaren gedruckt werden, so daß es jedem Arbeiter ausgehändigt werden kann. Zur Festsetzung der Affordpreise müssen dauernd die Arbeiterausschüsse hinzugezogen werden. Diese Arbeiterausschüsse führen ja bei der Eisenbahnverwaltung ein ziemlich jammervolles Dasein. Wenn ein Gegenstand auf der Tagesordnung steht, der der Verwaltung nicht gefällt, so wird darüber nicht verhandelt. In einer Eisenbahnerversammlung in Hannover erklärte ein Arbeiter unter stürmischem Beifall der versammelten Eisenbahner, es müßte im Interesse der freien Meinungsäußerung dem direkten Vorgelegten unterzogen werden, an der Sitzung der Arbeiterausschüsse teilzunehmen. Der Minister würde wahrscheinlich sagen, das würde die Disziplin lockern.

Disziplin und Hunger

find ja die größten Voraussetzungen bei der Beschäftigung im Eisenbahndienst. (Hört! rechts.) Die Schaffung von Beamtenauschüssen hat der Minister abgelehnt, aber einen Erlaß herausgegeben, wonach die Vorgesetzten die Wünsche der Beamten bereitwillig entgegenzunehmen sollen. Aber wer gibt die Garantie, daß die Wünsche der Beamten auch vorurteilslos geprüft werden? Diese Garantie ist nur gegeben, wenn Ausschussmitglieder die Beschwerden vortragen können. Bei einer Revision in Berlin fand ein geheimer Oberregierungsrat, daß in einem Protokoll der Punkt „Mißgungsmachung von Verdienstmessung“ unerledigt war. Daraufhin erklärte er den Arbeitern, die Eisenbahnverwaltung ist doch keine Altersversorgungsanstalt, sie ist eine Kapital werbende Gesellschaft für den Staat, und wenn Sie viel verdienen, müssen Sie auch viel Steuern zahlen. Die Zeit, die Sie zur Festsetzung der Rinderbeiträge gebraucht haben, sollten Sie lieber gearbeitet haben. Von stabilen Löhnen kann keine Rede sein, denn dadurch würden

die Arbeiter zur Faulheit erzogen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Warum ist denn daselbst nicht bei den Beamten der Fall. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wegen solche für die Arbeiter beleidigende Äußerungen müssen wir entschieden Protest einlegen. In Braunschweig hat sich ein Oberregierungsrat sogar darüber ausgehalten, daß die Kinder der Arbeiter bei den Vergünstigungen neue Haarbänder tragen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine Gemütskrankheit! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer die Arbeiter kennt, weiß, wie viel sich die Eltern abarbeiten, um ihren Kindern das zukommen zu lassen, was sie erbt aus der Not, in der die Eltern leben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie sollen die Arbeiter zu Vorgesetzten, die sich solche Äußerungen erlauben. Vertrauen haben? Interessant ist, daß auch der von dem Minister anerkannte Verband der Eisenbahnhändler und Arbeiter in Berlin eine allgemeine 20 Proz. Erhöhung der Löhne und Stückpreise als das Mindeste gefordert hat. Wir verlangen weiter die Vermehrung der Rubelage, eine mindestens 30stündige Ruhezeit für die Woche sowie Verkürzung der Arbeitszeit.

Arbeitszeiten von 12—15 Stunden

sind menschenunwürdig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem muß den Eisenbahnarbeitern das Koalitionsrecht gewährt werden. In Sachen hat der Minister das abgelehnt und selbst der „Börse-Courier“ schrieb dazu, daß solche Anschauungen mit der modernen Zeit nicht vereinbar wären. Der Minister sagt: ich beschränke das Koalitionsrecht nicht, aber sobald ein Arbeiter einem sozialdemokratischen Verein angehört, ist kein Platz für ihn in der Staatsbahnverwaltung. (Sehr richtig! rechts.) Gemüß, Sie sind ja nie dafür zu haben, daß die Arbeiter gleiche Rechte bekommen. Glauben Sie etwa, daß durch solche Zwangsmassnahmen die Arbeiter nicht zu uns getrieben werden, dann irren Sie sich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie wollen, daß die Eisenbahnarbeiter nicht Sozialdemokraten werden, dann demüßigen Sie ihnen doch so hohe Löhne, daß sie zufrieden sein können. (Zuruf rechts: Dann geben noch mehr zur Bahn!) Mehr als notwendig sind, werden dort nicht beschäftigt. Aber der Zuruf ist charakteristisch: die Herren auf der Rechten haben Angst, daß dann auch die Löhne in der Landwirtschaft erhöht werden müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Koalitionsrecht ist ja auch den Eisenbahnarbeitern

Trotzdem wurden in der Werkstatt Hannover die Arbeiter kürzlich durch Ausschlag davor gewarnt, dem sozialdemokratischen Verbande beizutreten. (Sehr richtig! rechts.) Gewiß, Sie halten das für richtig; so lange Sie die Weisheit hier haben, steht es eben für die Eisenbahnarbeiter sehr schlimm. (Oh! rechts; Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Dienstvorschriften dürfen keine Bestimmungen enthalten, wonach den Arbeitern Rechte, die ihnen gesetzlich gewährleistet sind, genommen werden. Trotzdem wird den Arbeitern durch die Dienstvorschrift die Beteiligung an „ordnungsfeindlichen“ Bestrebungen verboten. 1907 war auch das Zentrum noch „ordnungsfeindlich“. In dem Erlass in Hannover ist auch darauf hingewiesen, daß für die Eisenbahner noch die Bestimmungen der preussischen Gewerbeordnung von 1845, wonach Verabredungen von Gesellen und Fabrikarbeitern, die Arbeit einzustellen usw. mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden, gelten. Das ist ganz unrichtig. Wenn diese Bestimmung noch Geltung hätte, hätte das im Reichsvereinsgesetz ausgesprochen werden müssen. Dadurch, daß man den Arbeitern das Koalitionsrecht nimmt, nötigt man sie, mit den geringen Lohnsteigerungen zufrieden zu sein. So erhält man sie in der Dörigkeit. Ein solch kulturwidriger Zwang auf die Arbeiter ist unfürzlich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Das große Problem, eine halbe Million Arbeiter und Beamte in Schach zu halten, ist von der Eisenbahnverwaltung glänzend gelöst. Das Handermittel zur Lösung ist das Uralt:

Zuckerbrot und Peitsche.

(Unruhe rechts.) Die Verwaltung zahlt niedrige Löhne, gewährt aber dem Arbeiter, wenn er königstreuer und unterwürdig ist, hin und wieder eine kleine Unterstützung, und in der Ferne zeigt sie ihm das unerreichbare Land der festen Anstellung. Ein solches System erzieht zur Arrierelei und Streberei unter der Arbeiterschaft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen nicht Wohlthaten, sondern Rechte für die Arbeiter. Im Namen der Humanität und der Menschlichkeit, (Schallendes Lachen rechts) — das sind allerdings Begriffe, die der Rechten dieses Hauses fremd sind (Zurück rechts: Sozialdemokratische Humanität!) — protestieren wir gegen ein solches System, auch im Namen der Menschenwürde. Das ist Ihnen (nach rechts) jedenfalls auch ein unbekannter Begriff. (Woh! bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Breitenbach: Eine Reihe von Aeusserungen des Herrn Redner waren dazu bestimmt, daß das Vertrauen der Arbeiter in die Verwaltung untergraben wird. Ich erinnere an Aeusserungen, wie mit stoischer Ruhe sieht die Verwaltung zu, wie die Lage der Arbeiter sich stetig verschlechtert usw. Glauben Sie doch nicht, daß die Arbeiterschaft der Staatseisenbahn auf

solche Phrasen

reagiert! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Erwiesene Tatsachen!) Solche Vereine, wie die Hirsch-Dunckerischen und die großen Vereine in Berlin, können wir ruhig wirken lassen, denn sie benutzen nicht den Streik zur Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen. Auf die rechtlichen Ausführungen des Abgeordneten Keinert über das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter gehe ich nicht ein. Die Verwaltung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Eisenbahnarbeiter, die sich sozialdemokratischen Verbänden anschließen, entlassen werden. (Zuruf des Abg. Ströbel [Soz.]: Das sind ja auch nur Phrasen!)

Präsident v. Krüger: Ein solcher Zwischenruf entspricht nicht der Ordnung des Hauses. (Abg. Ströbel spricht vor sich hin: mit der Ordnung weiß der Herr Präsident ja selbst nicht genau Bescheid. Der Abg. Schulze-Pellum [L.] berichtet diese Aeusserung dem Präsidenten. Auf der Rechten ertönen laute Rufe: Ungehört! Zur Ordnung!)

Präsident v. Krüger: Ich rufe den Herrn nicht zur Ordnung, das müßt ja nichts, ich habe ja kein Mittel gegen die Zwischenrufe zur Hand. (Zuruf rechts: Leider! Man muß die Leute rausjagen!) — Abg. Hoffmann [Soz.]: Kommt doch her!

Präsident v. Krüger: Betragen Sie sich doch, wie es unter königstreuen Leuten Sitte ist. (Abg. Ströbel: Was hat das denn mit der königstreue zu tun?) Herr Abgeordneter, Sie sind ja auch ein königstreuer Mann. Sie haben dem König Treue und Gehorsam geschworen! (Abg. Ströbel: Den Wig haben Sie ja schon einmal gemacht! Große Unruhe rechts; erneute Rufe: Zur Ordnung!) Ich wiederhole, ich habe kein Mittel gegen die Herren. Wenn Sie wollen, daß ich die Zwischenrufe beseitigen soll,

müssen Sie mir eine Geschäftsordnung machen,

mit der ich das kann. (Abg. v. Pappenheim: Zur Geschäftsordnung!) Der Herr Minister hat das Wort.

Minister v. Breitenbach: Die Eisenbahnverwaltung ist verpflichtet, ihre Angestellten aufzuklären, weil die Sozialdemokratie mit allen Mitteln auf die Eisenbahnarbeiter einwirkt. Was die Lohnfrage anbelangt, so habe ich bereits betont, daß die Verwaltung seit Jahren konsequent die Löhne ihrer Angestellten aufbessert. Die Löhne der kommunalen Arbeiter sind nach den Verträgen der Arbeiter von 1902—1907 nur um 5 Proz. gestiegen, die der Eisenbahnarbeiter um 15 Proz. (Lebhafte Beifall rechts.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Reichstagsfraktion.

Als Redner zu der nationalliberalen Interpellation über das Eisenbahngesetz zu München a. d. Ruhr wurde Genosse Hengsbach bestimmt. Zur Reichsvertreterversammlung sprechen die Genossen Südekum und Zietz. In die Kommission, die dieses Gesetz zu beraten hat, tritt außer den beiden Rednern auch Genosse Wölke ein. In die Kommission über die Zuständigkeit des Reichsgerichts werden die Genossen Heine, Hildenbrand und Lehmann delegiert.

Kaliber-Kommission.

Am Donnerstagvormittag fällt eine mehr als anderthalbstündige Rede des Abg. Gothein die Sitzung der Kommission aus. Er ist nicht grundsätzlicher Gegner einer Verstaatlichung, sondern hält nur den gegenwärtigen Zeitpunkt für solchen Vätern für durchaus ungeeignet. Das Reich müßte jetzt Milliarden aufwenden, wahnwitzige Preise zahlen, um den sozialdemokratischen Antrag durchzuführen. Erst müßte eine Periode des freien Wettbewerbes die Kaliberwerte auf ihre normale Höhe zurückbringen, sonst sei das ein Sozialismus für die Millionäre. Karl Marx würde sich im Grabe herumdrehen, wenn er diesen Sozialismus sähe. Durch die zu hohen Erwerbsloskosten würden die Produktionskosten erhöht, der Staat produziere ohnehin zu teuer. Sodann wendet er sich dem Regierungsentwurf zu und kritisiert denselben scharf und erklärt sich mit Dr. Heim einverstanden, der früher einen großen „Reinigungsprozess“ für nötig erklärt hatte. Er verlangt Ablehnung des Entwurfs.

Gen. Hue fragt zur Geschäftsordnung an, ob es richtig sei, daß Zentrum und Regierung sich geeinigt hätten auf einen Antrag, der schon gedruckt, aber noch nicht eingebracht sei. Er möchte Klarheit, damit man weiß, was vorgeht. Abg. Arnung schließt sich dem an. Müller-Pulda reklamiert den vorliegenden nicht eingebrachten Antrag als sein Privatgut, als das Produkt seiner einsamen Junggesellenabende. Die übrigen Zentrumsabgeordneten bestreiten, etwas von einem fertigen Antrag zu wissen. Die Regierung schweigt verächtlich. Es scheinen also Ueberraschungen bevorzustehen. Nächste Sitzung Freitag 9 1/2 Uhr.

Die Polizei vor Gericht.

Das Wüten aufgeregter Polizeibeamter gegen heimkehrende Versammlungsteilnehmer ist vor einigen Wochen in mehreren Fällen gerichtlich festgestellt worden. Das geradezu aufreizende Verhalten der Polizei, die Attoden reitender Schutleute auf friedliche Menschen, die Sittierungen und Anzeigen gegen willkürlich aus der Menge herausgegriffene, völlig schuldlose Leute erregten feinerzeit allgemeines Aufsehen. Auch die bürgerliche Presse konnte an diesen vor Gericht festgestellten polizeilichen Uebergriffen nicht achtlos vorübergehen. Denn in diesen Fällen waren es nicht Arbeiter, nicht Sozialdemokraten, sondern Angehörige der bürgerlichen Klassen, die von Schutmannspferden verfolgt, von Schutmannspferden und Schutmannspferden mißhandelt wurden und gut bürgerliche Zeugen waren es, welche ihre Wahrnehmungen vor Gericht darlegten. Die hier in Rede stehenden Uebergriffe der Polizei richteten sich gegen das Publikum, welches am Abend des 19. Oktober 1909 aus einer Versammlung kam, welche von liberalen Frauen als Protest gegen den an dem spanischen Freidenker

Herrn verübten Jaktzorn

veranstaltet worden war. In mehreren Fällen sind Personen, die wegen Widerstandes und Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen angeklagt waren, vom Schöffengericht freigesprochen worden. Einer derselben ist der Tischler Weidinger. Seine Freisprechung erfolgte, weil das Gericht den Sachverhalt nicht für aufgeklärt hielt, da die Aussagen der Polizeibeamten denen anderer Zeugen schroff entgegenstanden.

Gegen das freisprechende Urteil hat die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Die Verhandlung fand gestern vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Göbel statt. 47 Zeugen waren geladen.

Zu Beginn der Verhandlung beantragte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, die Vorlegung der Akten eines Verfahrens gegen den Polizeihauptmann Stephan und den Polizeileutnant Altrogge, die er wegen Körperverletzung und Ausbeutung im Amte angezeigt habe. Der Staatsanwalt widersprach dem Antrage und der Vorsitzende sagte, er habe keine Möglichkeit, die Staatsanwaltschaft zur Vorlegung der Akten zu veranlassen, übrigens seien die Akten eines Ermittlungsverfahrens kein Beweismittel.

Von seinem Zusammenstoß mit der Polizei gab der Angeklagte folgende Darstellung: Ich war nicht in der Versammlung, sondern kam mit meiner Frau vom Bahnhof Jannowbrücke, um nach Hause zu gehen. Als wir an die Ecke der Köpenickerstraße kamen, ging die aus der Versammlung in der Neuen Wilhelmstraße kommende Menge vorüber. Ich überschritt die Straße und blieb auf der anderen Seite einen Augenblick stehen, um mich nach meiner Frau umzusehen, die von meiner Seite verschwand war. Sobald ich stehen geblieben war, kam Polizeileutnant Altrogge auf mich zu. Er rief mir zu: Gehen Sie weiter. Ich sagte: Jawohl, ich gehe schon. Da rief mich der Polizeileutnant mit beiden Händen vor die Brust. Als ich darauf sagte: Aber, warum stoßen Sie mich?, rief der Polizeileutnant: Wenn Sie nicht sofort weiter gehen, kriegen Sie noch mehr. Ich bekam auch noch einen Stoß in den Rücken. Dann wurde ich auf Befehl des Polizeileutnants von zwei Schutleuten gepackt, die mich nach der Wache brachten. Ich ersuchte die Schutleute, mich loszulassen und versicherte, ich würde ruhig mitgehen, da ich im Revier wohne und dort bekannt bin. Die Schutleute hielten mich aber so fest, daß ich keine Hand rühren konnte.

Eine im wesentlichen andere Darstellung des Vorganges gaben die

Zeugen vernommenen Polizeibeamten.

Polizeileutnant Altrogge gab an, er habe die Menge föhlich aufgefordert, weiter zu gehen. Nur der Angeklagte sei zurückgeblieben. Er, der Polizeileutnant, habe den Angeklagten nach besonders zum Weitergehen aufgefordert und ihn zurückgeschoben, aber keineswegs geschlagen oder geschlagen. Weil der Angeklagte auch dann noch nicht fortgegangen sei, habe er, der Leutnant, einen Schutmann beauftragt, den Angeklagten zu sittieren. Nach Angabe der beiden Schutleute, welche die Sittierung bewerkstelligten, soll der Angeklagte ihnen dadurch Widerstand geleistet haben, daß er sich mit den Händen auf den Boden stemmte und mit den Händen um sich schlug.

In völlig anderer Weise wie die Polizeibeamten schilderten die folgenden Zeugen

die Behandlung des Angeklagten durch die Beamten.

Frau Leonardi, Inhaberin eines zahnärztlichen Instituts, ist als eine der letzten aus der Versammlung gekommen. Sie stellt ihre Wahrnehmungen auf der Straße so dar: An der Ecke der Neanderstraße war ein Gedränge. Versittene Schutleute gingen auf die Menge los, ein Pferd sprang in die Höhe. Um mich vor den Schutleuten zu schützen, wollte ich in die Neanderstraße gehen. Da sah ich, daß ein Polizeileutnant in großer Erregung mit mehreren Schutleuten angriff. Alles lief auseinander. Ich flüchtete einige Schritte in die Neanderstraße. Hinter mir hörte ich den Ruf: Machen Sie, daß Sie wegkommen. Ich sah mich um. Da bemerkte ich, daß Polizeileutnant Altrogge den Angeklagten packte und ihn mit beiden Händen vor die Brust rief. Als der Angeklagte sagte: „Warum stoßen Sie mich, ich gehe ja“, da rief der Polizeileutnant: Wenn Sie nicht machen, daß Sie fortkommen, kriegen Sie noch mehr. Dann packten zwei Schutleute den Angeklagten und führten ihn ab. Ich habe nicht gesehen, daß er irgendwie Widerstand geleistet hat. Trotzdem hielten die Schutleute seine Arme so fest, als ob er gefesselt wäre. Ich bin überzeugt, daß der Sittierende kein Unrecht begangen hat. Ich hielt es deshalb für meine Menschenpflicht, mich dem Rufe als Zeugin anzubieten. Ich reichte ihm meine Karte hin. Polizeileutnant Altrogge rief mir die Karte aus der Hand, warf sie auf die Erde und rief mir zu: Machen Sie, daß Sie fortkommen. — Der Polizeileutnant war in so großer Erregung, daß ich ihn, wenn er nicht in Uniform gewesen wäre, für einen Weiskranken oder Schwebetrunkenen gehalten hätte. Die Schutleute, welche den Angeklagten abführten, verhielten sich ruhig, so daß es mir möglich war, dem Angeklagten später meine Karte zu geben.

Zeugin Frau Goldschmidt hat ebenfalls gehört, daß der Angeklagte sagte: Warum stoßen Sie mich?, und daß Polizeileutnant Altrogge darauf entgegnete: Wenn Sie nicht machen, daß Sie fortkommen, kriegen Sie noch mehr.

Es wurden nun mehrere Zeugen vernommen, die zwar nichts über den vorliegenden Einzelfall wußten, aber Angaben machen sollten über das

Vorgehen der Polizei im allgemeinen.

Der erste dieser Zeugen, Dr. Kollwitz, hat gesehen, daß versittene Schutleute auf dem Bürgersteig unter die Menge ritten, die sich ganz ruhig verhielt. Der Zeuge hatte den Eindruck, daß die Polizeibeamten mit einem unnötigen Ueberreifer vorgehen.

Nun trat ein Zeuge vor die Schranken, der sich der

Polizei als Schutzzeuge

für ihr Wohlverhalten zur Verfügung gestellt hat, nachdem die Ausschreitungen der Beamten vor Gericht in erster Instanz festgestellt worden waren. Dieser Zeuge, Kaufmann A. G. Hiller, ein 77jähriger Herr, bezeichnete sich als angesehenen Bürger. Er wohnt neben dem Versammlungsort und will aus dem Fenster seiner Wohnung gesehen haben, daß sich vor dem Lokal eine rabaukige Menge angesammelt hatte, gegen welche sich die Polizei föhlich bemerken habe. Bei der Vernehmung des Zeugen stellte sich heraus, daß er seine Beobachtungen in der Zeit von 6 bis 7, höchstens 8 Uhr, also lange vor Beginn der Versammlung, gemacht hat. Dem Zeugen wurde ein Protokoll vorgehalten, wonach er vor der Polizei gesagt haben soll, daß er die Vorgänge auf der Straße nach Schluß der Versammlung beobachtet habe. Dazu bemerkte der Zeuge, daß er um 9, spätestens 10 Uhr, zu Bett gegangen ist, also von den Vorgängen nach der Versammlung, die hier zur Verhandlung stehen, nichts gesehen hat.

Frau Weidinger, die Frau des Angeklagten, bestätigte die Angaben ihres Mannes, soweit die die Vorgänge beobachtet hat. — Zeuge Nacht bezeichnete das Auftreten des Polizeileutnants Altrogge als ein sehr ruhiges. — Zeuge Tischlermeister Gutsch hat gesehen, daß ein Polizeibeamter — welcher weiß er nicht — der Zeugin Leonardi die Karte aus der Hand rief, die sie dem Angeklagten reichte.

Graf Hoensbroech

schilderte das Vorgehen der Polizei im allgemeinen so: Ich stand nach Schluß der Versammlung am Schulze-Delisch-Denkmal. Die aus der Versammlung kommende, auf der Straße befindliche Menge verhielt sich vollkommen ruhig. Vor sich der: War die Menge nicht ein Verkehrsbehinderung? Zeuge: Das größte Verkehrsbehinderung hat die Polizei geschaffen. Das Publikum war ruhig. Plötzlich entstand an einer Stelle ein Tumult. Als ich nach jener Stelle blickte, sah ich, daß 4 bis 8 Schutleute zu Pferde auf dem Bürgersteig im Galopp auf meinen Standpunkt zu sprengten. Ich wäre überritten worden, wenn ich mich nicht rechtzeitig durch einen Seitenprung gereicht hätte. Es war nicht etwa ein einzelnes, sondern ein ganzes Pferd, sondern alle Versitteten galoppierten. Es wurde eine regelrechte Attacke geritten. Ich stand etwa fünf Minuten auf dem Platz, neben mir stand ein gut gekleideter Mann. Ein Polizeibeamter packte ihn am Kragen und lösterte ihn auf den Straßendam, als ob es sich um einen Dieb oder Räuber handelte. Nun wurde mir die Sache zu bunt. Ich wandte mich an einen Polizeioffizier, nannte meinen Namen, und forderte ihn auf, mich vor den Schutleuten zu schützen. Der Offizier antwortete mir föhlich, die Beamten hätten auf Befehl gehandelt, wenn durch ihr Vorgehen ein in der Menge befindlicher Unbekannter mitbetroffen würde, so sei das zu bedauern, aber es ließe sich nichts dagegen machen. Ich sagte zu dem Polizeioffizier: Dann sind Sie nicht schuld an den Vorgängen, sondern diejenigen, die den Befehl gegeben haben. Durch solches Vorgehen werden Sozialdemokraten geschädigt. Weiter sagte der Zeuge, er könne das Verhalten der Polizei nur als grobe Ausschreitung bezeichnen. Die Menge sei ganz ruhig gewesen, bis zu dem Zeitpunkt, wo ein Schutmann vom Pferde stürzte. Da sei allerdings in häßlicher Weise geschloht worden. Die Attacke ist aber schon vorher geritten worden. Wenn ich eine Waffe bei mir gehabt hätte, so hätte ich mein Leben gegen die anreitenden Schutleute verteidigt. — Au den Einwand des Staatsanwalts, die Schutleute könnten doch nicht in einer Menschenmenge Galopp reiten, sagte der Zeuge, er wisse genau, was Galopp ist und was er gesehen habe. Er bleibe bei seinen Angaben.

Polizeihauptmann Stephan,

der an jenem Abend die Leitung der Schutleute in der Gegend des Versammlungsorts hatte, gab eine Darstellung von seinen Maßnahmen und dem Verhalten der Beamten. Dieser Zeuge sagte, er habe die Beamten, unter denen ja immer einzelne Ausbrecher seien, zur Ruhe und Besonnenheit und zur Milderlichkeit gegen Frauen ermahnt. Es sei nicht seine Absicht gewesen, gegen Demonstranten an sich einzuschreiten. Seine Aufgabe sei gewesen, zu verhindern, daß sich ein Zug nach dem Schloß begeben. Während der Versammlung sei eine Menge halbwildiger Burshen auf der Straße hin- und hergewogt. Gegen die Menge sei nicht eingeschritten worden, auch nicht, als nach Schluß der Versammlung Hochrufe ausgebracht wurden. Als der Sturz eines Schutmannes von der Menge mit Rufen und Johlen begrüßt wurde, habe er, der Zeuge, angestimmt, die Menge wolle nun nach dem Schloß durchbrechen. Er sei deshalb mit den Versitteten vorgegangen, aber nicht gegen die Versammlungsteilnehmer, die noch hinter ihm waren, sondern nur gegen den lärmenden Mob. Von einer Attacke könne keine Rede sein, es sei nicht im Galopp, sondern im Schritt geritten worden, und zwar erst nach dem Sturz eines Schutmannes. Nachdem die johlenden Leute siffiert worden waren, sei Ruhe eingetreten.

Die Frage, ob die Schutleute im Galopp geritten und zu welcher Zeit das geschehen ist, führte nach mehrfach zu Erörterungen. Graf Hoensbroech blieb den Angaben des Polizeihauptmanns Stephan gegenüber ganz bestimmt dabei, daß die Versitteten schon vor dem Sturz eines Schutmannes im Galopp auf ihn zugesprengt seien.

Polizeileutnant Bugay

ist derjenige Beamte, der den Mann, welcher neben dem Grafen Hoensbroech stand, auf den Damm geschleudert haben soll. Zeuge Bugay behauptet, er habe den Mann nach mehrfachen vergeblichen Aufforderungen zum Weitergehen den Damm besetzt, aber nicht geschleudert, denn der Mann sei ja gar nicht hingefallen. — Graf Hoensbroech bemerkte dazu, er habe ja nicht gesagt, daß der Mann gefallen sei. Er sei aber geschleudert worden, ohne daß er fiel.

Aus der

weiteren sehr eingehenden Beweisaufnahme

ist noch folgendes hervorzuheben: Zeuge Kaufmann Dölg ist an jenem Abend grundlos siffiert, angeklagt, aber vom Gericht freigesprochen worden. Ebenso der Zeuge Wüstenberg. Eine Frau Bemeregia hat, wie mehrere Zeugen bezeugten, an einem Platz, etwas entfernt von der Menge gestanden. Ein Schutmann packte die Frau, rief sie zur Seite. Sie fiel unter das Pferd eines Schutmannes und verlor die Besinnung. Eine Freundin wollte die am Boden liegende Frau aufrichten, aber auch sie wurde mit einem Stoß in den Rücken bedacht. Erst nachdem die Schutleute die Menge vertrieben hatten, konnte der Ohnmächtigen Hilfe geleistet werden. Ein Zeuge hat gesehen, daß ein Mann durch einen Polizeileutnant gepackt und niedergeworfen wurde.

Fräulein Elise Lüders kam als eine der letzten aus der Versammlung. Sie und andere Damen, die mit ihr gingen, wurden von den Beamten in rauhem Ton aufgefordert, weiterzugehen, obgleich sie gar nicht stehen blieben. Die Zeugin hat das Verhalten der Schutleute für so bedrohlich angesehen, daß sie und ihre Freundinnen es für nötig hielten, vor allem Frau Lauer zu beden, damit diese mit heller Haut davontäme. — Eine andere Zeugin, Frau Rosenhal, stand ruhig an der Straßenecke und wartete auf einen Wagen. Da bekam sie von einem Schutmann einen Stoß, daß ihr der Hut vom Kopfe flog. Später bekam sie auch noch einen Fußtritt. — Frau Käthe Kollwitz hat gesehen, daß die Schutleute in scharfem Trabe auf dem Bürgersteig ritten. Die Zeugin wurde zwischen zwei Schutmannspferden eingeklemmt. Von Widersektlichkeiten des Publikums hat sie nichts gesehen. Das Verhalten der Polizei bezeichnete sie als sehr ungehörig.

Die Zeugen Galoisale, Kühn, Perzies und Fräulein Schmidt, die den Polizeileutnant Altrogge sahen, nachdem die Affäre mit dem Angeklagten bereits vorüber war, sagten aus, Herr Altrogge sei gar nicht aufgeregter, sondern ganz ruhig gewesen; er habe die Leute in gemäßigtem Ton zum Weitergehen aufgefordert mit den Worten: „Kinder, geht doch nach Hause.“ — Zeuge Gersch hat die Vorgänge auf der Straße von seiner vier Treppen hoch liegenden Wohnung aus beobachtet. Er sagt, am Schulze-Delisch-Denkmal habe sich eine zum großen Teil aus Strahnenjungen bestehende johlende Menge befunden. Er habe sich über die Langmut der Beamten gegenüber diesen Leuten gewundert. — Zeuge Scheil, der den Polizeileutnant Altrogge zwischen 8 und 9 Uhr, also lange vor dem Eintritt mit dem Angeklagten gesehen hat, bezeichnet dessen Verhalten als ruhig und sachlich. — Zeuge Kaufmann Lehner hat gesehen, daß die Schutleute am Schulze-Delisch-Denkmal in die Menge hineintritten und die Leute verfolgten.

Nachdem die Zeugenvernehmung beendet war, riefte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld an den Grafen Hoensbroech die Frage, ob er jetzt, nach den von seiner Aussage abweichenden Bezeugungen seine Angaben vielleicht ändern wolle. Graf Hoensbroech antwortete mit großer Bestimmtheit, er halte seine Angaben in vollem Umfang aufrecht und könne nichts daran ändern. — Polizeileutnant Altrogge bittet, den Angeklagten zu fragen, ob auch er, der Angeklagte, wie die Zeugin Leonardi, den Eindruck gehabt habe, daß Polizeileutnant Altrogge wie ein Weiskranke oder Betrunkener ausgesehen habe. — Der Angeklagte

antwortet darauf: Sehr aufgeregt war ja der Polizei-Leutnant.

Der Staatsanwalt verwahrte seine Behörde gegen die Annahme, daß durch ihre Schuld dieser an sich bedeutungslose Fall zu einer so umfangreichen Verhandlung geführt habe. Die Verteidigung habe durch Dineingziehung des Grafen Hoensbroech der Sache eine Wendung gegeben, welche die Staatsanwaltschaft veranlaßt habe, ihrerseits Gegenzeugen zu laden. In der Presse sei unter Hinweis auf die hier in Rede stehenden Vorgänge gesagt worden, die Polizei gehöre auf die Anklagebank. Diese Auffassung sei unberechtigt. Wenn hier andere Personen als der Angeklagte auf die Anklagebank gesetzt werden könnten, dann möchte ich — jagte der Staatsanwalt — diejenigen auf die Anklagebank bringen, welche diese Sache aufgedeckt und übertrieben und dadurch die Öffentlichkeit beunruhigt haben. Ich will zugeben, daß einzelne Unterbeamte Riparisse gemacht haben, aber ihren Vorgesetzten oder dem Polizeipräsidenten kann man daraus keinen Vorwurf machen. Graf Hoensbroech habe einen Rückzug angetreten, denn er habe zugeben müssen, daß der Mann, der nach seiner Angabe von einem Beamten fortgeschleudert worden sein soll, gar nicht hingefallen sei. Der Zeuge Graf Hoensbroech sei demnach — nicht glaubwürdig. Er scheide für die Beweisführung aus, so gut er es auch gemeint haben möge. Durch seinen Brief an die Presse, worin Graf Hoensbroech seine Wahrnehmungen nach der Versammlung schilderte, habe er die Polizei im ganzen Lande und auch im Auslande diskreditiert. An den Vorgängen, die hier zur Sprache gebracht wurden, sei nicht die Polizei schuld, sondern die Frauen, welche nachts im Ofen, wo ein zu Ausschreitungen geneigtes Publikum vorhanden sei (!), eine Versammlung einberiefen. Hätten sie ihre Versammlung im Westen veranstaltet, dann würden sie wahrscheinlich keine Fideiussoren zu sehen bekommen haben. Das Vorgehen der Polizei sei durchaus sachgemäß gewesen. — Der Staatsanwalt ging auf die dem Angeklagten zur

Kast gelegten Handlungen ein, schob ohne Umstände die Aussage der Zeugin Leonardi als unglaubwürdig beiseite und beantragte, den Angeklagten unter Jubilation mildernder Umstände mit 20 M. zu bestrafen.

Der Verteidiger führte unter anderem aus: Ich kann es dem Staatsanwalt nachempfinden, wenn er sich gegen die Auffassung wehrt, daß eigentlich die Polizei auf die Anklagebank gehört. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme wird das Gericht zu der Ansicht kommen müssen, daß die Polizei in der Tat auf die Anklagebank gehörte und daß sie als einziger Schuldiger diesen Saal verlassen muß. Wenn der Staatsanwalt der Verteidigung die Schuld wegen der Ausdehnung dieser Sache zugeschoben sucht, so muß ich konstatieren, daß die Staatsanwaltschaft 17 Zeugen, die Verteidigung 23 Zeugen benannt hat. Also wenn in dieser Hinsicht von einer Schuld die Rede sein soll, dann trifft sie beide Seiten in gleichem Maße. — Vor allem kommt es hier darauf an, wie sich die Polizei gegen das Publikum benommen hat. Der Staatsanwalt will den Einberuferinnen der Versammlung die Schuld an dem Vorgehen der Polizei zuschieben. Ein solcher Standpunkt widerspricht den Auffassungen von den Aufgaben der Polizei. Wenn man sich auf den Standpunkt des Staatsanwalts stellt, dann kann man auch sagen, wenn überhaupt keine Versammlungen abgehalten werden, dann hat die Polizei keine Gelegenheit, gegen Versammlungsbesucher einzuschreiten. In diesem Falle hat die Polizei gezeigt, daß sie der Situation nicht gewachsen war. Wenn Polizeihauptmann Stephan von vornherein mit einem Juge nach dem Schlosse rechnete, den zu verhindern seine Aufgabe war, so beweist das, wie nervös die Polizei war und wie falsch sie die Situation beurteilte. Der Staatsanwalt glaubt, das Publikum im Ofen sei besonders geneigt zu Ausschreitungen. Wie falsch diese Ansicht ist, das beweist der letzte Sonntag, wo sich das Publikum des Ostens hervortragend an der großen Versammlung im Treptower Park beteiligte. Da ist auch nicht die geringste Ausschreitung vorgekommen. Es war ja auch keine Polizei da. Die Furcht, daß ein Zug nach dem Schlosse stattfinden würde, bestand wohl auch nicht. Der Versuch des Staatsanwalts, den Grafen Hoensbroech als unglaubwürdig hinzustellen, ist nicht gelungen. Seine Angaben sind durch die Aussagen der Beamten in keiner Weise erschüttert. — Der Verteidiger ging ausführlich auf die zum Fall des Angeklagten vorliegenden Zeugenaussagen ein. Er beantragte Freisprechung, da nichts gegen den Angeklagten erwiesen sei. Denn es gehe doch nicht an, daß das Gericht nur den Zeugen in Uniform glauben schenke, die anderen Zeugen dagegen als unglaubwürdig erkläre.

Bei der Verkündung des Urteils sagte der Vorsitzende: Das Gericht habe keine Veranlassung, darüber zu urteilen, ob das Verhalten der Polizei zu einer anderen Zeit oder an einem anderen Ort angemessen war oder nicht. Hier stehe ein bestimmter Fall zur Verhandlung. Nur soweit der Angeklagte in Frage komme, habe das Gericht zu urteilen. Die positiven Befundungen der Beamten halte das Gericht durch die Angaben der anderen Zeugen, die den einen oder den anderen Vorgang nicht gesehen hätten, nicht für widerlegt. Die Zeugin Leonardi könne sich getäuscht haben. Möglich sei, daß ihr ein anderer Beamter, aber nicht Polizeileutnant Altroge, die Karte entziffert habe. Das Gericht erachte für festgestellt, daß sich der Angeklagte des Widerstandes und der Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung schuldig gemacht hat. Es wird deshalb das Urteil erster Instanz aufgehoben und der Angeklagte zu einer Geldstrafe von 20 M. — 15 M. wegen des Widerstandes, 5 M. wegen der Straßenpolizeiverletzung — verurteilt.

Und das hält das Gericht für Gerechtigkeit. Trotz dieser Verteilung bleibt die Polizei gerichtet.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 10. April verstarb auf dem Wege zur Wahlerversammlung im Friedrichshain plötzlich am Herzschlag unser treuer Genosse und Mitglied des Vorstandes, der Stellvertreter
Heinrich Graak
Stargarder Str. 13.
Seine langjährige, uneigennütige Mitarbeiterschaft sichert ihm ein dauerndes Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. April, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in Friedrichshain aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Statt jeder besonderen Meldung!
Heute morgen 6 1/2 Uhr entschliesst sich nach kurzem, schwerem Leiden mein imiggelebter Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Martin Schlopper
im 39. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbeträbt an
Klara Schlopper geb. Rickowski,
Johanna Lindemann geb. Schlopper,
Leo Schlopper,
Julius Schlopper,
Albert Lindemann.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Weihensee, aus statt. 16645
Berlin, den 14. April 1910.

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnisverein für Bau- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Berlins u. Umgegend.
Sonntag, den 17. April 1910, vormittags 11 Uhr, im Lokal Rangelstraße 65:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Januar 1910.
2. Abrechnung vom Begräbnis.
3. Vereinsangelegenheiten und Verschickenes.
Arbeiter jeden Berufes, welche das 16. Lebensjahr erreicht und das 50. nicht überschritten haben, werden in der Versammlung vom Rentanten, Herrn Schulz, aufgenommen.
NB. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
37/3 Der Vorstand.

Für Ausflügler
empfehlen wir:
Wanderbuch für die Mark Brandenburg
3 Teile, mit 56 Karten.
Erster Teil: Nähere Umgebung Berlins Preis 1,50 M.
Zweiter Teil: Weitere Umgebung Berlins, westliche Hälfte Preis 2 M.
Dritter Teil: Weitere Umgebung Berlins, östliche Hälfte Preis 2,50 M.
100 Ausflüge um Berlin
von Georg Siegerist.
Mit 20 Karten. — 2.— M.
Märkische Wanderrfahrten.
Von Georg Siegerist.
Mit 10 Karten. — 1,50 M.
Reichling Taschenatlas der Umgegend Berlins, mit 100 Ausflügen. — 2.— M.
Das kleine Wanderbuch. 100 beliebige Ausflüge von Berlin. Mit 30 Karten und 20 Abbildungen. 1.— M.
Pharus-Wanderroute „Rund um Berlin“. — 1,50 M.
Spezialkarten in reicher Auswahl und in allen Preislagen vorrätig.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Die teure Zeit
zwingt so manchen Herrn äußerst sparsam zu sein.
Wie kann man sparen?
Im Verleihhaus feiner Herrenmoden Leipzigerstr. 59 finden Sie elegante, von feinsten Herrschaften nur ganz kurze Zeit getragene, vielfach auf Seide gearbeitete Anzüge, Paletots und Hosen.
Eine Quelle des Wohlstandes
erschließt sich Ihnen, denn wirkliche Maß-Kleidung wird Ihnen dadurch ersetzt.
Abonnements-Anzüge und Paletots M. 12.— 16.— 19.—
Monats-Anzüge und Paletots M. 7.50 10.50 14.—
Verleihhaus feiner Herrenmoden
Leipzigerstr. 59, am Spittelmarkt.
Verleihung von Anzügen, Paletots und Hosen auf Tage, Wochen, Monate.
Sonntags geöffnet von 7 1/2—10, 12—2 Uhr.
Stets großes Lager von : Gelegenheitskäufen : Anzüge und Paletots von 6.50 Mark an.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter
Heinrich Graack
am 10. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. April, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshain aus statt. 82/1
Um rege Beteiligung ersucht
Der Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden, Bekannten die traurige Nachricht, daß am 13. April, früh 7 1/2 Uhr, unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Braut
Helene Bommer
im Alter von 19 Jahren nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. 16705
Dies zeigt tiefbeträbt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Pauls-Kirchhofes in Weihensee aus statt.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Touren
zum Sonntag, den 17. April.
1. Abt.: 7 Uhr: Teubitz, 1 Uhr: Lichtw. Start: Wiltonstr. 59.
2. Abt.: 2 Uhr: Badmannskast (Schweizerhauschen). Start: Fontane-Promenade.
3. Abt.: 7 Uhr: Belten (Paris). 1 Uhr: Alente b. Hermsdorf (Schulz). Start: Mariannenplatz.
4. Abt.: 7 Uhr: Hoppegarten (Wilder Mann). 1 Uhr: Schneide (Waldschlo). Start: Röhrliner Platz. 5. und 10. Abt.: 2 Uhr: Familientour nach Sabota (Waldschlo). Start: Ellysum. 10. Abt.: Start: Weberstraße 6.
6. Abt.: 8 und 12 Uhr: Neue Epikur. Start: Oberbergerstraße 28.
7. Abt.: 2 Uhr: Hennigsdorf (Schade). Start: Köllnerstr. 8.
8. Abt.: 7 Uhr: Niedersdorf-Rollberge. 1 Uhr: Friedrichshagen (Wäggelshöfen). Start: Waldstraße 8.
9. Abt.: 1 Uhr: Wannsee. Start: Schillingstr. 15. 10/13

Berliner Arbeiter-Lotterie
Gesamtbetrag der Gew. Mark.
50000
30000
20000
u. ein Hauptgewinn Mark.
Originallose a 2.— Mark, Porto u. Liste 30 Pf. extra, empfiehlt und versendet der General-Debit
G. Dischlatis & Co.,
Bankgeschäft,
Berlin C. 2, Königstr. 34—36.
Auch zu haben in sämtlichen Lotterie- und Zigarrengeschäften.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Vorstandsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Paul Dachwitz
am 12. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Hildesheimer-Str. aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
114/10 Die Ortsverwaltung.

Am 10. April starb unser langjähriger Mitglied
Walter Purucker.
Wir verlieren in ihm einen lieben Kollegen und treuen Mitarbeiter, dessen Andenken wir hoch in Ehren halten.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Friedrichshain aus statt. 16735
Möbelfabrik Ostend.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.
Neu erschienen:
Hamburg
und sein Proletariat im achtzehnten Jahrhundert.
Eine wirtschaftshistorische Studie zur Geschichte der modernen Arbeiterbewegung im niederelbischen Städtegebiet.
Von Dr. H. Laufenberg.
Preis 80 Pf.

Ziehung 11. u. 12. Mai
Berliner Arbeiter-Lotterie
Gesamtbetrag der Gew. Mark.
50000
30000
20000
u. ein Hauptgewinn Mark.
Originallose a 2.— Mark, Porto u. Liste 30 Pf. extra, empfiehlt und versendet der General-Debit
G. Dischlatis & Co.,
Bankgeschäft,
Berlin C. 2, Königstr. 34—36.
Auch zu haben in sämtlichen Lotterie- und Zigarrengeschäften.

Allen Verwandten, Freunden wie Bekannten die traurige Nachricht, daß am 13. d. M. früh 3 Uhr meine liebe Frau, unsere gute Mutter nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.
Dies zeigt tief beträbt an
nebst
Albert Mehley
Kindern.
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 5 Uhr von der Halle des Pauls-Kirchhofes, Weihensee, aus statt. 16656

Dauflagung.
Für die herzliche Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Friedrich Piontel
sage ich allen Verwandten und Bekannten sowie der Firma Wolf u. Friedrich nebst Kollegen, dem Radfahrer-Verein und dem Redner meinen herzlichsten Dank.
Witwe Piontel.

Berliner Spar- und Bauverein
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Sonntag, den 24. April 1910, vormittags 9 Uhr, in den
Sophien-Sälen,
C., Sophienstr. 17/18:
Achtzehnte ordentliche General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Erhaltung des Geschäftsberichtes unter Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1909. 2. Bericht der Revisionskommission. 3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und die Verteilung des Gewinnes. 4. Beschlußfassung über den Bericht des Verbandsreferats über die am 13. Februar er. vorgenommene Revision. 5. Nennungen zum Aufsichtsrat. 6. Bericht über den Verband der auf der Grundlage des gemeinschaftlichen Eigentums stehenden deutschen Baugenossenschaften. 7. Beschlußfassung über den Gesamtbetrag, welchen Anleihen der Genossenschaft und Sparanlagen bei ihr nicht übersteigen sollen. 8. Beschlußfassung über die Ausschließung von säumigen Genossen.
Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1909 sind in der Geschäftsstelle, Säulenstraße 8, einzusehen. 104/14
Der Vorstand.
E. Schmidt, Ernst Moscher.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.
Neu erschienen:
Hamburg
und sein Proletariat im achtzehnten Jahrhundert.
Eine wirtschaftshistorische Studie zur Geschichte der modernen Arbeiterbewegung im niederelbischen Städtegebiet.
Von Dr. H. Laufenberg.
Preis 80 Pf.

Dauflagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzsenden bei der Beerdigung meiner unvergesslichen Frau sage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten, aber auch den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von der Amalindstraße in Hildesheimer-Str. und den Genossen und Genossinnen des 9. Bezirks vom Arbeiter-Lichtenberg meinen innigsten Dank.
Georg Müller, Lichtenberg.

Berliner Spar- und Bauverein
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Sonntag, den 24. April 1910, vormittags 9 Uhr, in den
Sophien-Sälen,
C., Sophienstr. 17/18:
Achtzehnte ordentliche General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Erhaltung des Geschäftsberichtes unter Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1909. 2. Bericht der Revisionskommission. 3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und die Verteilung des Gewinnes. 4. Beschlußfassung über den Bericht des Verbandsreferats über die am 13. Februar er. vorgenommene Revision. 5. Nennungen zum Aufsichtsrat. 6. Bericht über den Verband der auf der Grundlage des gemeinschaftlichen Eigentums stehenden deutschen Baugenossenschaften. 7. Beschlußfassung über den Gesamtbetrag, welchen Anleihen der Genossenschaft und Sparanlagen bei ihr nicht übersteigen sollen. 8. Beschlußfassung über die Ausschließung von säumigen Genossen.
Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1909 sind in der Geschäftsstelle, Säulenstraße 8, einzusehen. 104/14
Der Vorstand.
E. Schmidt, Ernst Moscher.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.
Neu erschienen:
Hamburg
und sein Proletariat im achtzehnten Jahrhundert.
Eine wirtschaftshistorische Studie zur Geschichte der modernen Arbeiterbewegung im niederelbischen Städtegebiet.
Von Dr. H. Laufenberg.
Preis 80 Pf.

Kronleuchter-Fabrik.
Größte Auswahl.
Verkauf zu billigsten Fabrikpreisen a. Privats.
— Musterbuch — n. Außerhalb franko.
Auf Wunsch kulante Zahlungsbedingungen ohne Preiserhöhung.
Siegel & Co.,
Prinzenstraße 33.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Möbel direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Amor
bleibt das beste Metallputzmittel.

Kavalier-Klub, Unter den Linden 61 II.
Vorjährlige
Frühjahrs-Paletots u. Anzüge
jetzt 20 bis 40 Mark. □ □ Täglicher Verkauf.
5140L

Arbeiter-Bekleidung — Berufsbekleidung.
Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft Alexanderstr. 12.
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 66.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichsh. Wahlmorgen für Buchdruckeri-Nacharbeiter. Sonntag, den 17. April, bei Zul. Meyer, Oranienstr. 103. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Notwendige Aussprache. Der Vorstand.

Rudow. Am Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, findet die Monatsversammlung des Wahlvereins bei Palm, Köpenicker Straße, statt.

Mahlsdorf (Ostbahn). Die regelmäßige Monatsversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 16. d. M., abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Linke, Grundowstraße, statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Vortrag über die verflochtenen Gemeindevorteilerwahlen, Bericht der Gemeindevorteiler, Stellungnahme zur Kaiserfeier. Gäste sind willkommen.

Tegel. Am Sonntag, den 17. April, findet eine Landagitation statt. Die Genossen und Genossinnen, welche sich hieran beteiligen, treffen sich früh 7 Uhr beim Genossen Zul. Krause, Berliner Straße 11. Die Bezirksleitung.

Bezirk Oranienburg. Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet im „Waldhaus“ (Sandhausen) die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Parteiangelegenheiten. — Donnerstag, den 28. April, abends 8 Uhr, spricht der Genosse Artur Stadthagen in demselben Saal. Die Parteigenossen werden gebeten, für guten Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen. Der Bezirksführer.

Spandau. Den Genossen, welche sich am Sonntag, den 17. April, an dem Ausflug nach Gladow zu dem von den Gladower Genossen veranstalteten Theaterabend beteiligen wollen, zur Kenntnis, daß die Abfahrt des Motorbootes zum ermäßigten Preise von der Brauerei Pichelsdorf (nicht Scharfe Lante) nachmittags Punkt 3 Uhr erfolgt. Der Vorstand

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

erlebte gestern nochmals eine Debatte über die Rieselgüter; es war die dritte Auflage. Dann wurde über die Bauten usw., die auf den Rieselgütern ausgeführt werden sollen, so beschlossen, wie der Ausschuss es vorschlug. Ein Versuch, die Entscheidung noch einmal hinauszuschieben, hatte keine genügende Unterstützung gefunden. Die Versammlung stimmte auch einer Resolution zu, durch die der Magistrat ersucht wird, eine Denkschrift über die Entwicklung der wirtschaftlichen Anlagen und Einrichtungen der Rieselgüter vorzulegen. Hiernach ist zu erwarten, daß in Bälde sich Gelegenheiten bieten wird, die Erörterungen über die Zukunft der Rieselgüter wieder aufzunehmen. Die Vertreter des liberalen Bürgertums haben in den bisherigen Erörterungen über diese Frage sich eigentlich keine großen Vorbeeren erworben. Der „weiskauende Blick“, mit dem sie ihre eigenen Erwerbsunternehmungen so erfolgreich zu betreiben wissen, verlagert zumeist, wenn es sich um Unternehmungen der Stadt handelt.

Es folgte eine kurze Debatte über ein leider immer noch sehr aktuelles Thema wieder mal über die Polizei. Zu ihren Gunsten will der Magistrat unserer Haupt- und Residenzstadt einen Ehrenpreis stiften, nicht für die kräftigsten Säbelhiebe, die am Tage des Wahlrechtsparierganges auf Räden oder Köpfe von Einwohnern Berlins niedersaßen, sondern für die tüchtigsten Leistungen von Polizeihunden, die nächstens in einer öffentlichen Schau sich produzieren sollen. Gegen die Gewährung solcher Aufmunterungsprämien aus dem Stadtsäckel machte Genosse Rosenfeld das Bedenken geltend, daß bisher keine Garantie gegen mißbräuchliche Verwendung der Polizeihunde gegeben sei. Er wies auf bezügliche Erfahrungen hin, die schon gemacht worden sind, z. B. auf die vor Gericht festgestellte Polizeihundjagd gegen junge Leute, die aus einer Versammlung heimgingen und der Polizei die Ordnung zu stören schienen, auf die Verfolgung eines Radfahrers durch einen Polizeihund, die nach einem Reichsgerichtsurteil zulässig sein soll. Stadtrat Kamsla und Stadtverordneter Dove priesen die Polizeihunde als unentbehrliche Helfer im Kampfe für Sicherheit und Ordnung; sie täten, wie wenn sie nicht begriffen hätten, daß nur gegen den Mißbrauch die Bedenken sich richteten. Die Freisinnigen bewilligten die Aufmunterungsprämien gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion.

Zu einer unerwartet gründlichen Aussprache über die Schwebebahnfrage kam es aus Anlaß eines Antrages Modler, der die schleunigste Beseitigung der Schwebebahnprobefstrecke in der Brunnenstraße forderte. Ob man überhaupt Schwebebahnen bauen soll oder nicht, darüber wurden in leidenschaftlichen Reden die Meinungen ausgetauscht, wie wenn mit der Beseitigung oder Nichtbeseitigung jenes Probebauwerkes die Frage entschieden werde. Für den Magistrat erklärte Stadtrat Voßm, daß abgemartet werden müsse, bis das von der Unternehmergesellschaft beantragte Ergänzungsverfahren zum Ende gelangt sei. Das war auch die Meinung der sozialdemokratischen Fraktion, deren Standpunkt vom Genossen Voßmann dargelegt wurde. Durch ein ungewöhnliches Maß von Begeisterung für die Schwebebahn fiel besonders Herr Goldschmidt auf, er redete mit einem Eifer, der wirklich zu der Wichtigkeit der Entscheidung über diese Probefstrecke in keinem Verhältnis stand. Der Antrag Modler wurde schließlich abgelehnt; für ihn stimmte nur die Fraktion des Herrn Cassel.

Sehr viel wichtiger war der Antrag unserer Genossen, der vom Magistrat eine Vorlage über den Stand der gesamten Verkehrsfragen fordert. Wegen vorgerückter Zeit mußte dieser Verhandlungsgegenstand abgesetzt werden; er wird nun erst in der nächsten Sitzung herankommen.

Der Grunewald.

Berlins wichtigster Wald, über dessen Erhaltung aus volkshygienischen Rücksichten seit einer Reihe von Jahren so unendlich viel geschrieben worden ist, bedeutet auch in wissenschaftlicher Beziehung weit mehr, als irgendeine Kiefernanzpflanzung von großen Dimensionen. Aber nur wenige kennen, selbst in Berlin, die große Bedeutung des Grunewalds in geologischer Hinsicht, und auch seine Flora und Fauna bieten dem Naturforscher überaus Interessantes. Der Grunewald ist, wie in einer bei Gustav Fischer in Jena erschienenen Publikation Professor Wahnschaffes ausgeführt wird, der östliche Teil eines größeren Sandgebietes im Süden des sogenannten Berliner Tales, das von der Havel in zwei ungleiche Teile zerlegt wird. Das größere Gebiet, westlich der Havel, umfaßt die Groß-Glienicker Heide und Bahrsdorfer Forst und erstreckt sich über Döberitz bis Kriebitz und Dyroch an

der Leichter Bahn. Südlich von Potsdam setzt sich dieses Sandgebiet, das als eine größere Aufschüttungszone des vorrückenden Inlandseises aufzufassen ist, bis in die Weichsel Gegend fort. Der Grunewald selbst wird östlich durch die Gletschermergelplatte der Teltowfläche begrenzt, die bei Wilmersdorf, Schmargendorf, Dahlem und Zehlendorf an den Grunewald heranreicht. Er gliedert sich in einen flacheren östlichen Teil von etwa 55 Meter Meereshöhe, in den die Rinne der kleinen idyllischen Grunewaldseen eingesenkt ist, und in einen höheren mit stark welligen Oberflächensformen, der sich an der Havel entlangzieht.

Bei der Betrachtung der geologischen Uebersichtskarte der Umgegend von Berlin (herausgegeben von der Königlich Preussischen Geologischen Landesanstalt im Maßstab 1:100 000) freit man, daß die Teltow von der Teltowfläche durch ein breites Tal getrennt ist. Dieses Tal, das südlich von Frankfurt a. Oder das heutige Odertal verläuft, und sich von OSO nach WNW über Berlin durch das havelländische Luch bis zur unteren Elbe verfolgen läßt, gehört zu den Urstromtälern, deren Bildung mit der Abschmelzungsperiode des letzten Inlandseises zusammenfällt. Der Erstreckung dieses Tales folgt in ihrem Unterlaufe die Spree, während es von dem heutigen Havelland durchkreuzt wird. Die Stadt Berlin ist in eine Talabengung zwischen der Teltow- und Varnimoberfläche hineingebaut. Das Teltowplateau erhebt sich im Mittel bis zu 50, bei Dahlem bis 54 Meter, während einzelne Höhen im westlichen Grunewald bis 70 Meter aufsteigen, und der Havelberg sogar 98,9 Meter erreicht. Diese Hochfläche erhält ihre Hauptgliederung durch die sie durchziehenden Wasserläufe und Rinneinsysteme sowie durch leßelartige Einsenkungen. Dazu gehört vor allen Dingen der Havelland und die Rinne der Grunewaldseen. Diese letztere stellt einen schmalen, im Maximum 300 Meter breiten, stark gewundenen, alten Wasserlauf der Eiszeit dar. Die in der Villenkolonie Grunewald aus ausgebagerten Torfmooren hergestellten Seen, der Dianasee und Königssee, vermitteln den Zusammenhang zwischen dem nördlich gelegenen Balensee und dem südlich sich anschließenden Hundeshelensee. Weiter nach Südwesten folgen der Grunewaldsee, Niemeistersee, die Krumme Lante, der Schlachtensee und Nilotalsee. Zum Teil sind die Seen durch vertorfte Zwischenstücke miteinander verbunden. Gerade diese Ausfüllung durch Torfmassen deutet darauf hin, daß die Rinne nicht erst in jüngerer Zeit durch Wasser ausgefüllt sein kann, sondern daß sie einen alten, jetzt toten Wasserlauf darstellt. Die Bildungszeit der Seerinne verlegt man wohl am besten in die Periode der zurückschmelzenden letzten Eisbede. Man kann annehmen, daß hier am Uferende aus einem Gletschersee ein Schmelzwassersee hervortrat, dessen Lauf bereits unter dem Einfluß von Korrosion her seinen Anfang nahm. Aus Mangel an Zufuß hat sich die Grunewaldseerinne nach und nach in einzelne Seen aufgelöst.

Ein besonderes Interesse gewährt die Seerinne des Grunewaldes durch die nach der Eiszeit eingetretene Vertorfung einzelner Teile. Der Geologe und Botaniker hat hier Gelegenheit, den ganzen Prozeß der Vermoorung von seinen ersten Anfängen an durch die verschiedenen Stadien seiner Entwicklung zu verfolgen, und der Botaniker findet die für die verschiedenen Moorarten charakteristischen Pflanzenformationen zum großen Teile erhalten. Nach äußerer Form und Entstehungsweise unterscheidet man drei Arten von Mooren: die Flachmoore (Niedermoore), die Zwischenmoore (Uebergangsmoore) und die Hochmoore. Die Flachmoore bilden sich meist aus offenen Seen oder in stagnierenden Flußläufen im Niveau des obersten Grundwasserspiegels, während die Hochmoore sich über ihre nähere Umgebung hinauswachsen. Der die Flachmoore zusammenfassende Torf bildet sich aus den im Wasser wachsenden Pflanzen, die nach ihrem Absterben unter teilweisem Luftabfluß einen Gärungs- und Humifizierungsprozeß durchmachen, wobei die Pflanzenfaser mehr oder weniger umgewandelt und ihr Kohlenstoffgehalt bereichert wird. Immer weiter schiebt sich bei solchen stagnierenden Seen die Pflanzengzone vom Rande nach der Mitte zu; die abgestorbenen Pflanzenreste gehen in Torf über und bewirken durch die Bildung eines Sumpfes die immer mehr zunehmende Verlandung der Wasserfläche. In diesem Zustande bezeichnet man die Fläche als ein Sumpfmoor, das alsbald den geeigneten Standort für die Erde bildet. Ein Beispiel dafür ist das Südenbe des Hundeshelensees, das von einem Kranz von Erlen und Weiden umfaßt wird. Auch der Grunewaldsee zeigt am Nord- und Südenbe deutliche Verlandungen durch dichten Rohr- und Schilfbestand. Nördlich des Erlenbruch durch Torfbildung mehr und mehr auf, so wird dadurch sein Boden dem Grundwasserspiegel entzogen, und es finden auch andere Waldbäume außer den Moorbirnen, namentlich Kiefern, auf ihm ihre Fortkommen. Ein solches Moor bezeichnet man dann als Zwischenmoor. Der dritte Typus der Moore, die hauptsächlich in den regenreicheren Gebieten Nordwestdeutschlands sowie in den Küstengebieten von Pommern und Estpreußen vorhanden sind, sind die Hochmoore. Auch in der Grunewaldseerinne findet sich, nördlich vom Grunewaldsee, ein kleines, im wesentlichen aus Torfmoosen gebildetes Hochmoor; dort finden sich auch die für die Hochmoore ganz charakteristischen Struppelkiefen, während die Kiefer auf Sandboden eine lange Pfahlwurzel ausbildet, verkrüppelt diese bei den Moorkiefern, und statt dessen bilden sich lange, horizontal unter der Oberfläche verlaufende Seitenwurzeln von oft sehr bedeutender Stärke und Ausdehnung, die zur festen Verankerung des Baumes in dem lockeren Boden liegen. Wegen der geringen Nahrungszufuhr wächst der Baum sehr langsam und kommt trotz hohen Alters über ein Zweigstadium nicht hinaus.

Die tiefe Sandboden, aus dem die höher liegenden Teile des Grunewalds bestehen, ist eine Ablagerung der letzten Eiszeit. Diese Ablagerungen bestehen entweder aus der unter dem Eise gebildeten Grundmoräne, den sogenannten Gletschermergel, oder aus den sandigen Abhängen der Gletschermergel. So zeigt uns der vielbespötelte märkische Sand, wie vor Jahrtausenden von Jahren aus der Gletscherwüste Norddeutschlands allmählich das Land hervortrat, auf dem wir heute leben.

20 Grad Wärme wurden gestern zum ersten Male in den meisten Gegenden Deutschlands erreicht. Dieser erste Frühlingstag mit sommerlicher Temperatur entstand durch die Annäherung eines sehr tiefen Minimums, das eine Verstärkung der milden südöstlichen Winde zur Folge hatte. Das Auftauchen der Depression kam übrigens nicht überraschend; schon Sonnabend war von den Azoren eine starke Druckabnahme signalisiert worden. Es zeigt sich also hier wieder einmal sinnfällig der Wert der Wettertelegramme vom Atlantischen Ozean. Seinem Ursprung in der subtropischen Region des Atlantik entsprechend, ist das Tiefgebiet auch ziemlich weit südlich, vor dem Kanal und über den Britischen Inseln erschienen. Die Wetterlage ist aber nicht beständig; im Westen ist bereits Regen eingetreten und nach dem Vorbeigang des Tiefs ist durch Vordringen eines bei Island lagernden Maximums abermals eine empfindliche Abkühlung zu erwarten.

Gegen die Mikrosporie. Zum Schutze gegen die Mikrosporie, die in einer Schule im Norden Berlins aufgetreten ist, fordert die Schuldeputation die Rektoren, Lehrer und Lehrerinnen auf, indem sie die charakteristischen Merkmale der Erkrankung angibt, auf diese Erkrankung hin die Kinder in den Klassen zu beobachten und verdächtige sofort dem Schulärzte behufs Untersuchung anzuschicken. Die charakteristischen Merkmale sind etwa 5 Zentimeter große Kreislunde mit Schuppen bedeckt und der Haare beraubte Stellen. Die Schulärzte haben bereits schon im Auftrage der Schuldeputation die Schu-

linder ihres Bezirkes auf das Vorhandensein der Krankheit hin untersucht.

Unfall auf der Tegeler Luftschiffanlage. Die Einrichtungen und Anlagen des Luftschiffbataillons wurden gestern vormittag von einer Anzahl Landtagsabgeordneten besichtigt. Um 10 Uhr rückte die Bespannungsteilung mit ihren Gas- und Drachenballonwagen, gefolgt von 2 Kompanien Luftschiffern, auf dem Gelände an und nahm eine Füllung des Drachenballons aus den Gaswagen vor. Nachdem der Ballon gefüllt worden war, stieg er unter Führung eines Offiziers mit einem Landtagsabgeordneten auf und blieb etwa 15 Minuten in den Lüften. Dann wurde den Abgeordneten die Luftschiffwert und der Luftkreuzer „M III“ in der Ballonhalle gezeigt, wobei Major Groß die Erläuterungen gab. „M III“ unternahm darauf unter Führung des Majors Sperling und des Oberingenieurs Wafenach einen Aufstieg, an dem vier Abgeordnete teilnahmen. Das Luftschiff führte in 150 Meter Höhe einige Manöver aus und landete nach 20 Minuten. Kurz darauf erfolgte ein Aufstieg des Angelballons „Para“ mit drei Offizieren zu einer Fernfahrt. Daran schloß sich ein zweiter Aufstieg des Luftkreuzers „M III“. Hierbei ereignete sich ein Unfall. Der Luftschiffersoldat Lorenz wurde von einem Tau in die Höhe gerissen und stürzte aus beträchtlicher Höhe herab. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und innere Verletzungen und wurde im Automobil ins Lazarett geschafft. Der „M III“ landete nach mehr als einstündiger Fahrt um 1/2 Uhr glatt auf dem Schießplatz.

Ein falscher Bahnhofsvorsteher, der längere Zeit in der Provinz sein Unwesen trieb und dann nach Berlin kam, wird von der Kriminalpolizei als Heiratsschwindler gesucht. Es ist ein schon früher bestraffter, 33 Jahre alter Schreiber August Müller. Der Schwindler trat auch früher schon hier in der Uniform eines Bahnhofsvorstehers auf und spielte diese Rolle auch nach seiner Verhaftung weiter. Mädchen, die er kennen lernte, jagte er die Aussteuer ab, indem er ihnen vorzuschwindelte, daß er verheiratet wäre und für den Umzug oder eine neue Wohnungseinrichtung einen Vorstoß brauche. Einem Opfer schwindelte er vor, daß er aus dem Posenischen zu einer Eisenbahnkonferenz nach Berlin gekommen sei und diese Gelegenheit benutzen wolle, um hier eine Frau zu suchen, weil er in seiner Gegend nichts Passendes finde. Ein anderes Mal kam er aus dem Schlesischen hierher. Einmal, als er bürgerliche Kleidung trug, machte er ein Mädchen dadurch sicher, daß er mit ihr nach dem Bahnhof Friedrichstraße ging, sich dort mit mehreren Beamten unterhielt und dabei einige eisenbahntechnische Kenntnisse betriet. Dann ging er mit dem Mädchen in einen Laden, in dem es gut bekannt ist, tat plötzlich so, als wenn er sein Portemonnaie vergessen hätte, ließ sich Waren auf Kredit geben und borgte die Reule auch noch um 40 M. an. Vor dem Schwindler sei gewarnt. Vielleicht hat er Berlin schon wieder verlassen und tritt nun von neuem in der Provinz auf.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern nachmittag am Alexanderplatz. Dort verfuhrte an der Ecke der Neuen Königsstraße der 34jährige Schuhmachermeister Gustav Jacobi, Kleine Andreasstraße 7 wohnhaft, den Vorderperren des Anhängewagens Nr. 103 eines Straßenbahnzuges der Linie 61 während der Fahrt zu besteigen. Er stürzte jedoch ab und geriet unter den Vorderperren, wo er benutzungslos liegen blieb. Er hatte eine schwere Quetschung des rechten Armes und eine klaffende Kopfwunde erlitten und mußte nach dem Krankenhaus Friedrichshain übergeführt werden.

Eine Hochzeit mit Hindernissen. Vor dem Standesbeamten in der Wilhelmshavener Straße erschienen gestern der Pader W. mit seiner Braut und Zeugen, um die Trauung vollziehen zu lassen. Ihnen wurde die Mitteilung gemacht, daß der nach Jepernid, Kreis Niederbarnim, gefandte Anhängewagen noch nicht zurück wäre und W. am besten tun würde, wenn er telegraphisch in J. anfragt. Es wurde ein Telegramm aufgesetzt und mit Rückantwort um 10.30 Uhr vormittags auf Postamt NW. 21 aufgegeben. Nach, sage und schreibe, 3 1/2 Stunden, um 2 Uhr nachmittags, kam endlich die telegraphische Rückantwort, die lautete: „Nichts eingegangen.“ Zu bemerken ist, daß Jepernid Vorort ist und mit der Bahn in 35 Minuten erreicht werden kann. Es mußte nun ein neues Aufgebot erlassen werden, was zur Folge hat, daß alle beteiligten Personen sich noch einen Tag verjäumen müssen. Es muß die Frage aufgeworfen werden: Wer ist der schuldige Teil? Ist das Schriftstück verloren gegangen oder an wen sonst liegt die Bummelerei? Wer zahlt die Kosten für das bezahlte Telegramm und den verjäumten Tag für W. und die Zeugen?

Schwer verletzt wurde am Mittwoch der Feuerwehrmann Rieselich von der 1. Kompanie, der lange Jahre im Dienst steht. R. stürzte in der Stargarder Straße vom Wagen und wurde überfahren. Er wurde sofort nach der nächsten Unfallstation gebracht, wo man einen Schädelbruch und innere Verletzungen feststellte, die seine Ueberführung nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus erforderlich machten.

Ein Straßenbahnunfall, bei dem das Mitglied des Reichstages, Graf v. Oriola, zu Schaden kam, ereignete sich gestern gegen 2 Uhr am Reichstagsplatz. Graf Oriola verfuhrte verkehrt zwischen dem Motor- und Anhängewagen eines Straßenbahnzuges der Linie N hindurchzugehen, wurde dabei umgestoßen und erlitt eine erhebliche Quetschwunde am linken Oberschenkel.

Die Bergweilungslust eines Lebensmüden rief gestern nachmittag am Weidenbaum Kuffchen hervor. In der Nähe der Ebertsbrücke stürzte sich ein unbekannter, etwa 40 Jahre alter Mann kopfüber in die Fluten der Spree. Durch das kalte Sturzbad zur Besinnung gebracht, rief der Lebensmüde laute Hilferufe aus. Es wurden daraufhin Rettungsversuche unternommen, die aber erfolglos blieben, der Unbekannte mußte ertrinken. Die Leiche wurde einige Zeit später an die Oberfläche getrieben und gelandet.

Arbeitslosigkeit hat, wie aus dem Polizeibericht hervorgeht, den 27 Jahre alten Arbeiter Emil B., der in einem Hause in der Eldenaer Straße in Schlafstille wohnte, in den Tod getrieben; er erhängte sich nachmittags mittels Zudeckschur an der Rückenstütze. Die Leiche wurde dem Schauhaus überwiesen.

Die Leiche des am Sonntag auf dem Wege nach der Versammlung im Friedrichshain auf so tragische Weise ums Leben gekommenen Genossen Heinrich Graad ist von der Staatsanwaltschaft zur Verdrigung freigegeben. Die Beisetzung wird am Sonnabendmittag 2 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes im Friedrichshain erfolgen.

Ausstellung von Schülerarbeiten. Am Sonntag, den 17. April 1910, findet in der Aula des Schulgebäudes Ravenstr. 12 in der Zeit von 9 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags eine Ausstellung von Schülerarbeiten der 7. Abteilung der Städtischen Tischlerschule statt, zu deren Besichtigung hiermit eingeladen wird.

Das Konzert-Orchester Noabit (Dirigent Herr Fritz Kleffe) veranstaltet zum Besten des Vereins Arbeiter-Jugendheim am Sonnabend, den 16. April 1910, im Stadttheater Noabit, Alt-Noabit 47/48, einen Solistenabend. Nach dem Konzert großer Wall. Anfang des Konzerts präzis 9 Uhr, Eintritt 30 Pf. Die Genossen Noabits werden hierauf besonders aufmerksam gemacht.

Der Gesangverein Liberté, Berlin (Chormeister Herr P. A. Joseph), hält am Sonntag, den 17. April 1910, im Apollo-Saal des „Deutschen Hofes“, Ludowicstr. 15, sein Frühjahrskonzert ab. Mitwirkende: Frä. Florentine Veher (Sopran) und Herr Rudolf Wschmann (Cello). Nach dem Konzert: Tanz. Einlaß 6 Uhr, Beginn des Konzerts präzis 7 Uhr, Eintritt 50 Pf.

Vorort-Nachrichten.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung

beriet am Mittwoch außer einer Reihe kleinerer Vorlagen eine Magistratsvorlage, die die Zustimmung dazu nachsucht, daß eine halbe Million Mark von der Sparkasse als Darlehen aufgenommen und zu denselben Zins- und Tilgungsbedingungen, wie die Sparkasse sie hergibt, an die Charlottenburger Baugenossenschaft als Baufredit in Gestalt einer vom Reich den neunten Teil des Bau- und Bodenwertes sich erstreckenden zweiten Hypothek weitergegeben werden. Die Eingabe des Baufredits soll unter Bedingungen erfolgen, die dem vom Staat und vom Reich für die Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften aufgestellten Bedingungen entsprechen und für den vorliegenden Fall vom Magistrat festzusetzen sind.

Dieser Punkt der Tagesordnung hatte die Hausagrarier im Hartnäckig gebracht, nicht gedrängt befehlten sie die Tribünen, gleichsam als wollten sie eine Massendemonstration dagegen veranstalten, daß der Magistrat einmal eine Vorlage einzubringen wagt, die sich scheinbar gegen ihre Interessen richtet. Und auch im Saale selbst wurde weit mehr von den notleidenden Hausbesitzern gesprochen, als von den Mietern, denen gute und gesunde Wohnungen zu verschaffen eine soziale Pflicht der Kommune ist.

Nachdem der Referent Stadtv. Meyer sich im Prinzip für die Vorlage ausgesprochen, aber die Ueberweisung an einen Ausschuss zwecks Prüfung der Details beantragt hatte, wandte sich Stadtverordneter Haack (lib.) aufs schärfste dagegen, daß die Stadt überhaupt Baugenossenschaften unterstütze, anstatt den armen Hauswitten zu Hilfe zu kommen, denen es wer weiß wie schlecht gehe. Es war eine herzerweichende Klage, die dieser liberale Stadtverordnete über die Not der Hausbesitzer anstimmte. Lauter können die Agrarier im Julius Buch wahrscheinlich auch nicht schreien. Geradezu komisch aber wirkte Herr Haack, als er von den hohen Löhnen der Bauhandwerker, von dem „Streik“ im Baugewerbe und von anderen schönen Dingen sprach, durch die er das Herz des Magistrats erweichen zu können glaubte. Er wollte die Vorlage nicht einmal einer Ausschussberatung würdigen, sondern stellte an den Magistrat das naive Verlangen, sie zurückzuziehen.

In ähnlichem Sinne äußerte sich ein zweiter „liberaler“ Redner, Stadtv. Wroble, der zwar für Ausschussberatung stimmen zu wollen erklärte, aber in der anschließenden Erwartung, daß der Ausschuss die Vorlage degraue.

Dorbürogermeister Schustehrus suchte den Magistrat gegen die Angriffe der Hausagrarier zu verteidigen. Mit Recht betonte er die Notwendigkeit, eine großzügige Wohnungspolitik zu betreiben, eingehend schilderte er die Bedeutung gefunder und preiswerter Wohnungen und hat um Annahme der Vorlage. Aber er machte auf die Hausagrarier keinen Eindruck. Von welchem Geiste die Herren befehl sind, dafür lieferte Herr Haack einen Beweis, indem er, als der Oberbürgermeister das Ledigenheim erwähnte, mit Bezug auf die Inassen des Ledigenheims „Verbrecherei“ dazwischen rief.

Genosse Pirsch setzte unseren Standpunkt auseinander und rechnete gleichzeitig mit den rüchständigen Ansichten der Hausagrarier ab. Prinzipiell erklärte er, habe die sozialdemokratische Fraktion gegen die Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften nichts einzuwenden, ob sie aber dieser Vorlage zustimmen werde, das könne er noch nicht sagen, das werde von der eingehenden Prüfung in der Kommission abhängen.

Eine ähnliche Stellung nahm der Stadtv. Dr. Stadthagen (natl.) ein und auch der Führer der Liberalen, Stadtv. Otto, erklärte, daß seine Freunde in ihrer Mehrheit nicht auf dem Standpunkt der Herren Haack und Wroble stehen, sondern den Wunsch haben, daß die Vorlage zur Annahme gelangt.

Die Vorlage ging schließlich an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern, denen als Vertreter unserer Fraktion die Genossen Pirsch und Ritz angehören. Das Schicksal der Vorlage wird wesentlich von der Stellung unserer Fraktion abhängen.

Rixdorf.

Den Tod auf den Eisenbahnschienen fand vorgestern nachmittag der Arbeiter Karl Weauer aus der Juliusstr. 57. Man fand ihn um 7 Uhr mit inneren Verletzungen tot auf dem Gleise des Rixdorfer Güterbahnhofes liegen. Allen Anzeichen nach ist er bei dem Versuch, über das Gleise hinwegzugehen, von einem Zuge erfasst worden.

Wilmersdorf.

Mit durchschnittemer Kette und Pulsader wurde gestern mittag in einer Laube auf dem Gelände zwischen der Berliner und Kalksche Straße ein etwa 30jähriger Mann, in dem später der in Volksgedächtnis bei Gera wohnhafte Eisenbahnbeamte Otto Diebler festgestellt wurde, aufgefunden. Der Lebensmüde, der noch schwache Lebenszeichen von sich gab, erhielt von einem herbeigerufenen Arzt Rotweine und wurde nach dem Kreiskrankenhause Groß-Lichterfelde transportiert, wo er hoffnungslos daniiederliegt. Bei dem Beamten wurde ein Brief vorgefunden, aus dem hervorgeht, daß er die Tat infolge ehelicher Zwistigkeiten verübt hat.

Schöneberg.

Der Arbeiterturnverein feiert morgen Sonnabend im „Kuhhaus“, Hauptstr. 5, sein drittes Stiftungsfest. Da sich genannter Verein auch bei Arbeiterfestlichkeiten zur Verfügung stellt, wird auch auf zahlreichen Besuch der Genossen gerechnet.

Tempelhof.

Ein Gewalttät. In der gestrigen Gemeindevertreterwahl wurde die Ungültigkeitserklärung der Mandate der drei sozialdemokratischen Gemeindevertreter beschlossen, die am 16. März gewählt worden waren. Der Gemeindevorsteher und der Syndikus wiederum stimmten für die Gültigkeitserklärung der Wahl.

Weißensee.

Wegen Stillschließungsverbrechen ist der 35 Jahre alte Arbeiter Staradnewicz aus der Viktoriusstraße verhaftet worden. Der verheiratete Mann lodte mit Säbikkeiten kleine Mädchen an sich, nahm sie mit in seine Wohnung und verging sich an ihnen auf das Schreckliche. Gestern erzählte ein Mädchen von 10 Jahren, daß es ebenfalls in seiner Wohnung vergewaltigt und weggeführt hatte, der Mutter, was vorgefallen war. Auf die Anzeige der Frau nahm die Kriminalpolizei den Unhold fest, und nun wurde ihm in kurzer Zeit eine ganze Reihe von Verbrechen und Vergehens, die er zum Teil auch auf der Straße verübt hatte, nachgewiesen.

Erkner.

Der Deutsche Arbeiterfängerbund, Gau Berlin und Umgegend, hält am Sonnabend, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in Degebrodis Gesellschaftshaus eine Sängerverammlung ab. Sämtliche Sänger sowie Sangesfreunde sind hierzu freundlichst eingeladen.

Dreiwitz (Potsdam).

In der Gemeindevertreterwahl wurden unsere beiden Genossen als erste Sozialdemokraten eingeführt. Zur Einrichtung einer Freikanalordnung wurde für die Gemeinde ein Ortsstatut erlassen. Das Verbot des Männer-Turnvereins auf Freigabe des neuen Gemeindefriedhofs zur Abhaltung eines Begräbnisfestes wurde, nachdem der Gemeindevorsteher sich dafür, einzelne Vertreter — darunter auch unsere Genossen — sich dagegen erklärt hatten, abgelehnt. Bei dem Punkt „Friedhofsanlage“ kam der Maurermeister Herzprung, welcher zu gleicher Zeit Gemeindevorsteher und Baukommissionsmitglied ist, mit Nachbetrüßungen für die von ihm ausgeführte Einfriedigung des Friedhofs. Da aber nachgewiesen wurde, daß die Abänderung, welche der Nachforderung des Herrn Herzprung zugrunde lag, auf sein eigenes Verschulden zurückzuführen ist, wurde nach einer heftigen Debatte, die sich besonders zwischen unseren Genossen und dem Herrn Herzprung entspann, die Forderung abgelehnt. In seiner Aufregung hierüber ließ er sich zu einem unangebrachten Zwischenruf

gegen unseren Redner fortsetzen, so daß sich der Genosse Siebe betraufte, den Gemeindevorsteher aufzufordern, Herrn H. energisch zurechtzuweisen; diesem Verlangen kam der Gemeindevorsteher auch nach. Im allgemeinen hat sich durch das Eintreten unserer Genossen die Situation in der Gemeindevertretung vollständig geändert.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Der Jugendauschuss veranstaltet folgende Vortragsabende: Heute Freitag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, spricht Dr. Röber über: „Bildung“; Freitag, den 22. April, Genosse Lübnitz über: „Freiheitskampf“; Freitag, den 29. April, Genosse Schenk über: „Kultur und Arbeit“; Freitag, den 6. Mai, Genosse Roldt über: „Berufswesen“. Die Vorträge finden im Lokale von Volkswacht, Vorderstr. 8, statt. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung. Der Jugendauschuss.

Steglitz. Am Sonntag findet bei Sella, Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 100, abends 5 Uhr, eine Vortragsveranstaltung der Jugendorganisation Steglitz statt. Die Eltern werden ersucht, ihre schulpflichtigen Kinder in die Versammlung zu schicken.

Gerichts-Zeitung.

Der Dampferzusammenstoß bei der Pfaueninsel vor Gericht.

Am 16. August vorigen Jahres ereignete sich unweit der Pfaueninsel bei Kilometer 154,05 ein Zusammenstoß zwischen dem Motorboot „Saturn“ von der Sternegesellschaft und dem Dampfer „Hildegard“, der dem Schiffsführer Theodor Janke aus Berlin gehört und einen Anhänger im Schleppseil hatte. Die Wasserbauinspektion nahm nun den jetzt angeklagten Janke in 30 M. Polizeistraße, weil er angeblich kein Signal gegeben und sich nach der Kollision um den „Saturn“ nicht gekümmert hat. Die Beweisführung brachte ein völlig anderes Bild von der Sachlage. Die Belastungszeugen wurden zu Entlastungszeugen. Der Schiffsführer des „Saturn“, auf dem Passagiere waren und der von Wannsee um 8 Uhr 55 Minuten abgefahren ist, Herr Lichterfeld, gab, als er des Dampfers ansichtig wurde, einen Glodenschlag als Signal, was gleichbedeutend ist mit: Ich will rechts fahren! Der Kapitän Janke erwiderte darauf durch zwei kurze Piffse mit der Dampfpeife, womit er sagte: Ich fahre links! Nach der Vorkchrift mußte nun der Schiffsführer das Signal durch drei Schläge betätigen, wodurch dann der andere Dampfer zur Aufgabe des Kurzes gezwungen worden wäre. Lichterfeld unterließ aber die Signalisierung. Er meinte: Wenn ich die Hand an Steuer habe, kann ich nicht läuteln! Der Vorsitzende des Potsdamer Schöffengericht entgegnete ihm: Wenn Sie eben nicht genug Leute haben, dürfen Sie eben nicht fahren. Der Zusammenstoß war infolge des vorschriftswidrigen Verhaltens des Motorbootführers unermittlich geworden. „Saturn“ wurde an der Badvorbrücke gerammt. Die „Hildegard“ stoppte sofort und machte am Land fest. Nur dadurch war dem Führer des „Saturn“ es überhaupt möglich geworden, Anzeige zu erstatten. Sowohl der Bootsman Wolf als auch der Matrose Hahn, beide vom „Saturn“, mußten bestätigen, daß die „Hildegard“ signalisierte, „Saturn“ aber die Antwort schuldig blieb. Damit seien die Voraussetzungen für eine Verhaftung zusammen. Der Anwalt beschränkte sich auf die Konstatierung, daß heute die Belastungszeugen zu Entlastungszeugen wurden. Das Gericht sprach den Angeklagten frei und führte aus: Der Angeklagte ist einer Uebertretung der Schiffs-polizeiverordnung vom 17. Januar 1898 nicht schuldig. Als sich die beiden Schiffe sahen, gab der „Saturn“ das vorgeschriebene Signal mit einem Glodenschlag, daraufhin erfolgte von der „Hildegard“ zwei kurze Piffse. „Saturn“ hätte nun eine Antwort geben müssen. Sie ist nicht erfolgt. „Saturn“ hat sogar Kurz gehalten, ohne zu stoppen. Er hat sich nicht richtig verhalten. Da die Schuldfrage hier nicht zur Entscheidung steht, sondern der Blickrichter über sie zu befinden hat, hat sie das Gericht auch nicht geprüft. Es hatte aber den Anschein, als wäre die Schuld auf Seiten des „Saturn“.

Nachwehen der Spandauer Wahlrechtsdemonstration

Kamen am Mittwoch vor dem Spandauer Schöffengericht zur Verhandlung. Der Bildhauer Max Bagel hatte ein polizeiliches Strafmandat in Höhe von 15 Mark erhalten, weil er am Sonntag, den 13. Februar d. J., dem Tage, an welchem in Spandau zwei öffentliche Demonstrationen abgehalten wurden, den Anordnungen der Polizeibeamten nicht Folge geleistet und sich ihnen widersetzt haben sollte. R. hatte gerichtliche Entscheidung beantragt. Der Vorfall war folgender: Am genannten Tage wurden die Versammlungsbesucher, welche aus dem Lokal des Genossen Köpnick, Bismarckstraße kamen, durch Polizeibeamte in die Adamstraße hineingedrängt. Unter diesen Personen befand sich auch der Angeklagte. Er schildert den Tatbestand dahin, daß er bereits eine ziemliche Strecke in die Adamstraße hineingegangen war und plötzlich, ohne daß er etwas verschuldet hatte, verhaftet wurde. Wie der als Zeuge vernommene Polizeikommissar Klime angibt, hat er die Verhaftung angeordnet. Der Beschuldigte behauptet hingegen, der Kriminalpolizeifergeant Klime habe seine Verhaftung befohlen. Polizeifergeant Martin behauptete als Zeuge zuzusetzen, er habe den Beschuldigten verhaftet, mühe keine Aussage dann aber dahin eingeschränkt, daß er den Auftrag zur Verhaftung erhalten hätte. Die von der Verteidigung geladenen Zeugen, Genosse Kallst-Berlin und Weisbecker-Spandau sagten aus, daß der Polizeikommissar Klime sehr aufgeregt war und daß der Angeklagte zweifellos ganz unschuldig verhaftet sei, da er gar nichts gemacht hatte. Bei den sich gegenüberschließenden Aussagen folgte das Gericht den Ausführungen des Verteidigers Dr. Karl Liebknecht, daß die Polizei in der Aufregung eine falsche Person habe verhaften lassen, zumal auch der Polizeifergeant Martin erst aus einer Entfernung von circa 40 Metern herbeigerufen wurde, um die Verhaftung vorzunehmen, und erlachte auf Freisprechung. Der Anwalt hatte Vertagung beantragt. Interessant ist noch, daß der Kommissar Klime zugeden mühte, die Versammlungsbesucher hätten in aller Ruhe das Versammlungslokal verlassen und wären auch nicht in einem geordneten Zuge marschiert. Er habe aber den Befehl gehabt, eine Demonstration zu verhindern und deshalb die ruhig ihres Weges gehende Menge zu einem Teil in die Adamstraße abzulenken wollen. Mit welcher Ungeschicklichkeit und Aufgeregtheit dies geschah, davon waren ja die zahlreichen Versammlungsbesucher Zeuge.

Mansfeld vor dem Reichsgericht.

Das Reichsgericht verhandelte, wie uns ein Telegramm meldet, gestern über die Revisionen der Angeklagten der neun Strafprozesse, die aus Anlaß des Mansfelder Bergarbeiterstreiks vor der Strafkammer in Eisenach am 20. November 1909, 10., 17. und 24. Januar und am 7. Februar d. J. stattgefunden und mit der Verurteilung der Angeklagten wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und gegen verschiedene Paragraphen des Strafgesetzbuches geendigt hatten. In sieben Sachen wurden die Urteile ganz oder teilweise in Schuld- und Strafspruch unter Aufrechterhaltung der tatsächlichen Feststellungen aufgehoben, weil die Strafen nicht aus dem richtigen Paragraphen eingenommen worden waren. In den beiden andern Sachen wurden die Revisionen der Angeklagten verworfen.

Vermischtes.

Torpedobootunglück an der Rüste von Rügen.

In der Nähe von Sahnitz, fast an derselben Stelle, an der sich vor wenigen Tagen die entsetzliche Katastrophe des Ballons „Vommem“ abspielte, ereignete sich vorgestern Abend ein schwerer Schiffsunfall. Während einer Nachtlübung der Torpedoflotte wurde das Torpedoboot „S 123“ von dem kleinen Kreuzer „München“ angerammt und schwer beschädigt. Die beiden Maschinisten des Bootes wurden getötet.

Aus Stehlin wird hierüber gemeldet: Gestern Abend gegen 8 Uhr wurde bei einer Nachtlübung der vor Sahnitz liegenden Flotte das Torpedoboot „S 123“ von einem manövrierenden Kreuzer gerammt. Das Torpedoboot wurde mittschiffs getroffen und vollständig aufgerissen. Die Maschine wurde ungeworfen. Die Maschinisten Kruster und Gené sind tot. Die anderen Boote eilten sofort zur Hilfe, so daß es gelang, „S 123“ vor dem Versinken zu retten. Heute vormittag 8 Uhr wurde das schwerbeschädigte Torpedoboot durch die Boote „S 125“ und „V 100“ in langsamer Fahrt nach Swinemünde eingeschleppt. Die ganze Torpedoflotte hat halbnacht gestlagt.

Die amtliche Meldung über das Unglück lautet: Bei einer Nachtlübung des Verbandes der Schul- und Versuchsschiffe stieß gestern Abend in der Nähe von Arkona (Rügen) S. M. S. „München“ mit dem Torpedoboot „S 123“ zusammen. S. M. S. „München“ wurde am Bug leicht verletzt, auf dem Torpedoboot, das an Steuerbordseite in der Höhe der vorderen Maschine gerammt wurde, ließen zwei Maschinistenräume und ein Heizraum voll Wasser. Ingenieur-Aspirant Gené und Maschinistenmoot Kruster sind tot, andere Leute wurden nicht verletzt. Das Boot wurde gestern Abend zwischen zwei anderen Booten nach Sahnitz geschleppt.

Bei der Raufahrt ertrunken. Braunschweiger Meldung zufolge unternahmen vorgestern Abend zwei dortige Kellner eine Raufahrt auf der Oker; als sie um 1 Uhr nachts noch nicht zurückgekehrt waren, begab sich ein Angestellter der Bootstation auf die Suche und fand das Boot gefahren vor. Auf dem Wasser schwamm der Gut des einen. Die Leichen konnten bisher nicht gefunden werden.

Ein Todesurteil. Einer Meldung aus Wisa zufolge verurteilte gestern nachmittag das dortige Schwurgericht den Luftmörder Kosziol wegen zweier Mordtaten und Vergehens gegen § 175 des R.-Str.-G. zweimal zum Tode, vier Jahren Gefängnis und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Das Schwurgericht hat damit das Urteil des ersten Schwurgerichts, gegen das Kosziol beim Reichsgericht erfolgreich Revision eingelegt hatte, lebendig bestätigt.

Eine Liebestragödie in Kopenhagen. Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, hat der Dichtergeselle Dahl vorgestern Abend seinen zweijährigen Sohn und dann sich selbst erschossen. In einem Briefe an seine Mutter teilte er mit, er habe auch seine Geliebte, die Mutter des Kindes, in ihrer Wohnung erschossen. Dort wurde deren Leiche auch gefunden. Morib Eiserfuß.

Von ihrem Sohne getötet. Nach einer Meldung aus Paris wurde gestern dort die Witwe Rachel Morand Brant, Rentiere im Alter von sechzig Jahren, von ihrem Sohne Gaston durch einen Revolvererschuss getötet. Die Getötete hatte sich am Sonnabend mit dem unbedeutenden Vorworte Gaston Dider, 45 Jahre alt, Vater dreier Kinder, verheiratet. Gaston soll darüber eine große Erregung an den Tag gelegt haben. Der Mörder wurde verhaftet. Die Getötete besaß vier Millionen.

Wie eine weitere Meldung aus Paris besagt, erschof der Hauptmann im 29. Artillerieregiment Woblique seinen gelähmten und erblindeten Schwiegervater David und dann sich selbst. Dem Grund zu der Tat bilden seit längerer Zeit bestehende Mißbilligkeiten zwischen Woblique und David, der seiner jungen Konkubine einen großen Teil seines Vermögens geschenkt hat.

Explosion einer Dynamitladung.

Aus Tokio wird gemeldet: Auf der Reede von Koba explodierte eine Dynamitladung von 130 Tonnen, wodurch viele Personen verwundet und in der Stadt und Umgegend schwere Beschädigungen verursacht wurden.

Großfeuer brach in dem Orte Böhmendorf bei Weidlingen aus bisher unaufgeklärter Ursache aus, das sich infolge starken Windes rasch verbreitete und bis 5 Uhr zwei ganze Straßenzüge mit etwa 60 Häusern einäscherte. Der größte Teil des Ortes ist außer Gefahr. Zahlreiche Feuerwehren sind am Platze. Kirche, Schule und Post sind nicht bedroht.

Nach einer weiteren Meldung sind 70 bis 80 Gebäude niedergebrannt. Gegen 7 Uhr kam das Feuer zum Stillstand. Personen sind nicht verunglückt, dagegen ist einiges Vieh umgekommen. Der Schaden an Gebäuden und Mobilien ist sehr groß.

Ein schwerer Baunfall wird aus München vom gestrigen Tage gemeldet: Im Ausstellungspark stürzte das im Bau befindliche Eisengerüst der Luftschiffhalle ein, wobei sechs Personen, unter ihnen Direktor Werker von der ausführenden Baufirma, teils schwer, teils leichter verletzt wurden. Von den schwer Verletzten ist einer bereits im Spital gestorben.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Eutingen, Paul Singer) ist soeben das 29. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: 29. Heft des 28. Jahrgangs. — Was nun? Von R. Kautsky. (Schluß). — Olympiaarbeit? Von Otto Bauer. — Die Tarifverträge während der Krise. — Von H. Leopold (Berlin). — Literarische Rundschau: Dr. Hermann Vogt, Konopole, Kartelle und Kunst in ihren Beziehungen zur Organisation der kapitalistischen Industrie. Von M. N. Die Subenpogrome in Russland. Von M. — Notizen: Die russische Stadt. Von Ulfst. — Zeitschriftenkatalog. — Bibliographie des Sozialismus.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Zeitungsverleger zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern liegen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten der Redaktion.

Die inoffizielle Ehrenkette Acker-Straße Nr. 60, vorn vier Treppen — Ackerstr. 1 —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends hat. Jeder Anrufer ist ein Wunsch und ein Zahl als Bestätigung anzuhängen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen tragen man in der Ehrenkette vor.

G. R. 100. Der überlebende Ehegatte ist nur dann zum Widerruf des gemeinschaftlichen Testaments berechtigt, wenn er das ihm zugewendete Anrecht — Bedachte hat einer Verletzung schuldig macht, die zur Entziehung des Anrechtes berechtigt, oder, falls der Bedachte nicht zu den Anrechtsberechtigten gehört, zu der Entziehung berechtigen würde, wenn der Bedachte ein Abstammung wäre. — G. 42. Die Versicherungspflicht von für eine Anzahl Firmen gegen Kavallien läßt die Entschuldigung in zweifelsfrei. Sind Ihnen bestimmte Warenpreise und sonstige Verkaufsbedingungen vorgeschrieben, haben Sie regelmäßig Bericht zu erstatten und abzurechnen, so sind Sie versicherungspflichtig. Die anfallenden Kosten trägt diejenige Firma zu tragen, für die Sie hauptsächlich tätig sind. — D. 40. Rein. — N. 1000. 1. U. G. ja. 2. und 3. Nein. — 2. G. N. Verjährung bei Verjährung noch nicht; doch dürfte Ihnen, wenn Sie nicht testamentarisch bedacht sind, kein Verjährung zustehen. — V. G. 62. Das Kind ist noch schulpflichtig. — W. 95. Die Nachforderung ist zulässig. — Urghölzl. Ist Ihnen die Benutzung des Gartens unerschwerterweise entzogen, so müssen Sie beim Stadtausschuß Klage erheben. Ist die Entziehung zu Recht erfolgt, so können Sie von dem Eigentümer entsprechende Ersatzleistung des Mietszinses verlangen. — W. G. 1. Ist nicht gestattet. — G. 3. Unbekannt. — U. G. 11. U. G. ja. — A. 44. 1. Um zwei Steuerstellen. 2. 435 M. — G. 60. Sie rufen von dem Beitrag ab. Und sind zahlreiche Beschwerden über die genannte Klasse zugegangen. — W. 23. 53. Wenn Schadhafte vorliegt, fordern Sie den Vermieter zur Beilegung der Mängel unter Setzung einer angemessenen Frist auf. Bestreht die Frist fruchtlos, so können Sie auf Beilegung der Mängel klagen oder die Mängel selber ausbessern lassen und die dadurch anfallenden Kosten dem Vermieter einfordern. — V. G. 25. Wenden Sie sich an die Stiftungsbekanntmachung des Magistrats. — A. J. 21. In 20 Jahren, von der Eingabe ab gerechnet. — G. 2. Bonn. 9 M. Staatsrentenfürsorge, außerdem Gemeindefürsorge, Feuer gemäß dem dortigen Prozentsatz. Die Unterhaltleistungen sind in Ihrem Falle nicht abzugänglich. — V. J. 26. Ja. — D. 2. 101. 1. Erinnern Sie an Uebernahme der Testamentarbedingung. Sie müssen sich mit Ihrer Schwester auseinandersetzen, eventuell unter Mitwirkung des Nach-

Stadtverordneten-Versammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, den 14. April, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Nischeles eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Die Beratung der Vorlage wegen

Anlage zweier Feldbahnen und Errichtung verschiedener Bauaufsichten auf den städtischen Viehställen

wird fortgesetzt. Bei der Abstimmung über den Antrag, die Beratung der ganzen Angelegenheit zu vertagen, bis der Magistrat ersuchende Auskunft über den neuen Bewirtschaftungsplan gegeben habe, hatte sich vor acht Tagen die Beschlußfähigkeit der Versammlung herausgestellt. Die Abstimmung muß zunächst wiederholt werden. Der ursprüngliche Antrag wird heute zurückgezogen und durch einen anderen ersetzt, wodurch die Angelegenheit auf zwei Wochen vertagt werden soll.

Stadtv. Abtre (Fr. Fr.) bemerkt zur Begründung des neuen Antrages, daß der Wunsch gründlicher Information nach wie vor bestehe. Man habe die Denkschrift des Väterdirektors nicht erhalten und wisse auch nicht, wie der Magistrat im einzelnen darüber denke.

Stadtv. Gassel (A. L.) tritt dem neuen Verhandlungsantrage entgegen. Man solle die Debatte regelrecht zu Ende führen.

Der neue Verhandlungsantrag wird hierauf abgelehnt; die Versammlung tritt in die materielle Beratung ein.

Stadtv. Gassel: Wir haben uns in nochmaliger gründlicher Besprechung von der Notwendigkeit des jetzt Geforderten überzeugt und werden es bewilligen. Wir sind aber ebenso interessiert an der Vorlegung einer Denkschrift über die Ziele des Magistrats bezüglich der wirtschaftlichen Zukunft der Viehställe, und wir beantragen, ihn um die baldige Vorlegung einer solchen zu ersuchen.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Die Versammlung hat nach unserer Meinung durchaus das Recht, von der Verwaltung über ihre Pläne hinsichtlich dieser Väter ausführlich unterrichtet zu werden. Wir stimmen daher dem Antrage Gassel zu.

Stadtv. Gelpke (Fr. Fr.) macht noch einen leichten Versuch, einige Punkte aus der Vorlage zu beseitigen, nämlich die für die Ausdehnung der Milchviehwirtschaft in Buch und für die Unterbringung von 40 unverheirateten Arbeitern in Hohenbroselstraße in Aussicht genommenen Bauaufsichten.

Stadtrat Marggraf bemüht sich nochmals, die Bedenken des Vorredners wegen des Kuhstalls und der Viehzüchter-Parade insbesondere auch hinsichtlich der Kosten zu zerstreuen.

Stadtv. Borgmann: Die Abfälle aus den Anstalten werden als Schweinefutter, nicht als Kuhfutter verwendet. Das Vieh in Buch ist jetzt in einer Weise untergebracht, daß es so überhaupt nicht weitergehen kann. Die Forderung des größeren Kuhstalls ist also durchaus gerechtfertigt. Ganz hinsichtlich ist auch die Behauptung, daß die Bauten für Arbeiter in Buch zu opulent und zu teuer waren. Auf die Schaffung des Ledigenheims kann Berlin geradezu stolz sein. Sollte der Versuch scheitern, so kann mit geringen Kosten eine Umwandlung für andere Zwecke erfolgen.

Stadtv. Werner (A. L.) konstatiert mit Genugtuung, daß sein Standpunkt betreffs der Denkschrift nun doch Beachtung gefunden hat. Mit der Milchviehwirtschaft kann er sich immer noch nicht befreunden.

Nachdem noch Stadtrat Marggraf eine Denkschrift im Sinne des Antrages Gassel zugesagt hat, wird die Vorlage und der Antrag Gassel angenommen.

Einige Vereine zur Förderung der

Sucht von Polizeihunden

veranstalten im Mai 1910 auf der Rennbahn zu Karlshorst eine Fortbildung bereits bewährter Exemplare, wodurch das Interesse des Publikums, vor allem aber dasjenige der mit der Ausbildung von Hunden zu Dienstzwecken betrauten Polizeibeamten gehoben werden soll. Man will Aufmunterungspreise an die Führer besonders guter Hunde verteilen, und der Magistrat befürwortet die Bewilligung von 150 M. zur Beschaffung eines Ehrenpreises der Stadt Berlin.

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.): Wir verkennen durchaus nicht die Bedeutung der Polizeihunde für die Aufspürung von Verbrechern; aber mißtrauisch wie wir gegen alles sind und sein müssen, was mit Polizei zusammenhängt, fürchten wir, daß auch die Polizeihunde verwendet werden können gegen harmlose Spaziergänger und dergleichen. Vielleicht werden solche Preise, wie sie hier in Aussicht genommen sind, solchen Beamten zuteil, welche sich als besonders erfolgreich beim Einschreiten gegen Demonstranten bewiesen haben (Große Unruhe); ja, wir müssen auf solche Gedanken kommen, nachdem man es fertig bekommen hat, für die Polizeibeamten, die gegen die Demonstranten tätig waren, Geld zu sammeln — ich nenne nur den Namen Mantuffel. Am letzten Sonntag hat man einen Polizeihund unter den Linden spazieren geführt. Es fällt und auch auf, daß die Preise nicht ausgeföhrt werden sollen für hervorragende Züchtungen, sondern für „hervorragende Leistungen“.

Erst vor einigen Tagen brachte der „Vorwärts“ eine Nachricht, wonach junge Leute, welche spazieren gingen und sich irgendwie einem Polizeibeamten mißliebiger machten, mit Polizeihunden gehetzt wurden.

Der freisinnige Abgeordnete Müller-Sagan hat am 28. Februar 1910 im Abgeordnetenhaus auf ein Reichsgerichtserkenntnis hingewiesen, wonach Polizeibeamte berechtigt sein sollen, Radfahrer durch Polizeihunde verfolgen zu lassen. Da kann der Verfolgte leicht vom Rade stürzen. Im Anschluß daran hat Herr Müller-Sagan — Ihr Parteifreund — gesagt, er würde es für sehr bedenklich halten, wenn die Behörde aus den Polizeihunden eine Art Wut Hunde und sie anderen als ihren eigentlichen Zweck dienstbar machen wollten. Er hat die Regierung um eine Erklärung gebeten; der Minister von Nolke hat aber eine Erklärung abgegeben, die nicht Fisch und nicht Fleisch ist und unser Mißtrauen nur zu sehr rechtfertigt. Auch vor dem Jugendgerichtshof ist festgestellt worden, daß Polizeihunde in ungehöriger Weise auf der Straße gegen junge Leute verwendet worden sind. In dieser Gerichtsverhandlung habe ich gefragt, ob diese Verfahren zulässig sei, und der Schutzmann von Pöckstedt hat erklärt, es entspreche durchaus den gegebenen Vorschriften, daß sie auch gegen beliebige Ausreißer verwendet werden. Angesichts dieser Nachrichten und gerichtlichen Feststellungen können wir für die Forderung nicht stimmen. Gerade in einer Zeit wie derjenigen, wo Polizeibeamte sich immer wieder inforrest benehmen, halten wir es für gewagt, auch nur einen Pfennig mehr zu bewilligen, als wir nach dem Gesetz gezwungen sind. (Beifall.)

Stadtrat Ramstau: Gerade im Interesse unserer Bürger und ihrer Sicherheit möchte ich um die Bewilligung bitten. Die Ersparlichkeit der Dienste dieser Hunde bei Aufspürung von Verbrechern hat der Vorredner selbst anerkannt.

Stadtv. Dove (A. L.): Es handelt sich wirklich hier nicht um Polizeispitzel, sondern um „Polizeispige“ (Heiterkeit). Es handelt sich hier um die Funktion der Hunde, von der wir wünschen, daß sie die ausschließliche wäre. Ein Mißbrauch in der Verwendung der Hunde ist keine Eigenschaft des Hundes, im Gegenteil, ein guter Polizeihund opportunist da nicht. (Große Heiterkeit.)

Stadtv. Dr. Rosenfeld: Diese Ausführungen treffen durchaus vorher. Die Polizeihunde weisen durchaus günstige Leistungen bei der Verfolgung von Verbrechern auf. Aber deshalb sind wir nicht kurzschichtig, denn es kann auch Mißbrauch damit getrieben werden; und so lange der Minister nicht Vorschriften dagegen erläßt, bleiben wir bei unserem Mißtrauen stehen. In der Vorlage

ist nicht zu finden, daß man die Züchtung prämiieren will; es sollen Hunde prämiert werden, die schon bewährt sind, die Leistungen aufzuweisen haben. Welcher Art diese Leistungen sind, ist nicht ersichtlich.

Der Magistratsantrag wird angenommen.

Im Mai soll einer auf der Reise durch Deutschland begriffenen Gesellschaft Turiner Kaufleute mit Damen in den Festräumen des Rathauses ein geselliger Empfang bereitet werden; es werden etwa 250 Personen erwartet. Der Magistrat sucht zu diesem Zwecke einen Kredit von 5000 M. nach.

Der IV. Internationale Kongress zur Fürsorge für Geistes- kranke tagt vom 8. bis 7. Oktober in Berlin. Ihm soll im Rath- hause ein festlicher Empfang bereitet und dafür ein Betrag von 7000 M. zur Verfügung gestellt werden. Für den Empfang soll in gleicher Weise wie bei den Turiner Kaufleuten und bei dem V. Internationalen Ornithologischen Kongress eine gemischte Depu- tation von je 5 Magistratsmitgliedern und 10 Stadtverordneten ge- bildet werden.

Die Versammlung stimmt den Magistratsvor- schlägen zu.

Zur Beschaffung eines Ehrenpreises für hervorragende Leistungen in der Aviatik während der von der Ges. m. b. H. Flug- und Sportklub Berlin-Johannishof vom 10. bis 16. Mai, 7. bis 13. August und 7. bis 13. Oktober veranstalteten internationalen und nationalen Fliegerwochen beabsichtigt der Magistrat 5000 M. zu stiften und sucht die Zustimmung der Versammlung nach. Die Zustimmung wird ohne Debatte erteilt.

Die Markthalle XIII, Wöhrer und Treseckstraße, soll zum 1. Juli 1910 geschlossen und der Pächter der Restauration zu diesem Termin vom Pachtvertrage entbunden werden und noch eine Entschädigung von 2187,50 M. erhalten. Ein Pacht- antrag des Marktpächters Albert Marks in Vorhagen-Rummels- burg ist als viel zu niedrig vom Ausschusse einstimmig abgelehnt worden. Die Versammlung beschließt den Ausschuhentwurf entsprechend ohne Debatte.

Die Petition der Berliner Magistratsbureauassistenten, ihnen nach 10jähriger Dienstzeit den Titel „Sekretär“ zu geben, empfiehlt der Petitionsausschuh dem Magistrat insoweit zur Be- rücksichtigung zu überweisen, als ihm anheimgestellt werden soll, ihnen nach einer längeren Dienstzeit eine andere Amtsbezeichnung beizulegen.

Bürgermeister Dr. Meide: Wir werden ja die Bitte nochmals prüfen, aber in der Sache liegen Schwierigkeiten, die nicht so leicht zu überwinden sind. Hohe Titel können wir nicht verleihen, es sei denn, daß damit ein anderer Amtscharakter verbunden ist.

Der Ausschuhentwurf gelangt zur Annahme.

Der Stadtv. Möbner (A. L.) hat am 5. April den Antrag eingebracht:

„An den Magistrat das dringende Ersuchen zu richten, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Schwebebahn-Probefstrecke in der verengerten Brunnenstraße unverzüglich ent- fernt werde.“

Stadtv. Möbner hält für völlig überflüssig, nochmals dar- zulegen, wie unendlich lässlich und unsinnig architektonisch und ver- kehrstechnisch die betreffende Bauaufsicht dastehet. Daß die Stadt im Ergänungsverfahren gezwungen werden könne, die Schwebe- bahn bauen zu lassen, hält er für unmöglich. Wie habe es kommen können, daß man die Versammlung gar nicht fragte, als die Probe- strecke angelegt wurde? Die wirtschaftlichen Inter- essen einer Privatgesellschaft habe die Stadt doch nicht zu vertreten. Das Ergänungsverfahren könne eventuell noch jahrelang dauern. An der Strecke dürfe sie nicht bleiben, auch wenn sie genehmigt würde.

Stadtrat Böhm bittet um Ablehnung des Antrages. Die Strecke sei vor etwas mehr als 2 Jahren für 61 000 M. errichtet worden und stelle keine Klaffe, sondern ein Stück der später eventu- ell zu errichtenden Bahn vor. Das Ergänungsverfahren schwebt seit Oktober 1909. Die Beseitigung der Strecke habe die Verkehrs- deputatur nicht betrieben, um nicht den Schein der Voreinge- nommenheit zu erwecken. Das Ergänungsverfahren könne in einigen Monaten zu Ende sein. Komme das anderweite Projekt Gesundbrunnen-Nizdorf zustande, so falle das Ergänungsver- fahren in sich zusammen. Als Verkehrsbehinderung sei der Bau wohl nicht so schlimm. (Widerspruch.)

Stadtv. Dellriegel (A. L.) bestätigt, daß das Verkehrsbehinder- nis ganz besonderer schlimmer Natur ist, empfiehlt aber doch den Aus- gang des Ergänungsverfahrens abzuwarten.

Stadtv. Landsberg (A. L.) schildert anschaulich die Unzuträg- lichkeiten, die dieser „Salgen“ in der engen Brunnenstraße er- zeuge. Eine Schwebebahn sei dort ein Nonjens.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Wir lehnen den Antrag unter Bezugnahme auf die Erklärungen des Oberbürgermeisters ab. Wir verstehen aber auch, daß das anderweite Projekt der A. E. G. Widerstand findet, weil es in der Hofenbeide aus dem Untergrund wieder in eine Hochbahn aufsteigt. Mit dem Antrag Möbner wird die Schwebebahnfrage nicht aus der Welt ge- schafft sein. Bisher ist dort auch noch kein Unglück passiert. (Widerspruch.)

Stadtv. Thieme (Fr. Fr.) plädiert in gleichem Sinne wie der Vorredner für die Schwebebahn und gegen das Projekt der A. E. G., das unlaufmännisch sei.

Stadtv. Rühlmann (Fr. Fr.): Ich stelle mich öffentlich als Freund der Schwebebahn vor. In Ebersfeld-Warmen ist sie aus- geführt und funktioniert ausgezeichnet. Die Brunnenstraße ist 22 Meter breit; in Bohnwinkel passiert sie Straßen von nur 17 Meter.

Stadtv. Gassel: In Ebersfeld und überall, wo sie hinpaßt, ist eine Schwebebahn vorzüglich angebracht. Das hat aber mit un- serem Antrag nichts zu tun. Weshalb sollen wir nicht während des Ergänungsverfahrens die Sache erörtern? Das Verfahren wird ja gegen die Stadt Berlin geführt! Der untere Teil der Brunnenstraße ist für eine Schwebebahn viel zu schmal.

Stadtv. Borgmann: Die Verhandlung zeigt, wie unbedingt not- wendig der Antrag ist, den wir gestellt haben, der aber wahrscin- lich heute wegen der Kürze der Zeit nicht mehr zur Verhandlung kommen kann, daß wir vom Magistrat ausführliche Mitteilungen über die schwebenden Verkehrsfragen erhalten. Seitdem die Probefstrecke erbaut ist, sind, wie wir glaubwürdige Anwohner mitgeteilt haben, die dort Geschäfte betreiben, die Unfälle nicht mehr in früheren Maße dort vorgekommen. (Heiterkeit.) Wir sind keine Freunde von Hochbahnen; trotzdem sind wir gegen den Antrag Möbner, und zwar deswegen, weil die Frage augenblicklich so gelagert ist, daß man sie nicht gut anders als schweben lassen kann. Wir würden die Sache selbst mit der Annahme des Antrags Möbner keineswegs fördern, nachdem wir einmal die Probefstrecke zugelassen haben. Bei der Besprechung unseres Antrages werden wir auch Gelegenheit haben, die Schwebebahnfrage, wie auch das Konkurrenzprojekt der A. E. G. gründlich zu erörtern. Für jetzt wollen wir uns weder für das eine, noch für das andere er- klären; darum stimmen wir gegen den Antrag Möbner.

Stadtv. Grönewaldt (A. L.): Wenn in einer Straße ein solcher Inzelperson mit einer Mauer dastehet, kann sich ja möglicherweise die Zahl der Unglücksfälle vermindern. Man konnte gar nichts Ungeschickteres tun, als die Schwebebahnprobefstrecke gerade auf jene Stelle zu legen; von dem Augenblick an haben sich die Gegner ver- mehrt und sind alle Anwohner der Strecke zu Gegnern des Ge- bankens überhaupt geworden.

Stadtv. Gassel: Die Fälle, die ich vorhin anführte, sind von Zeugen bestätigt.

Stadtv. Goldschmidt: Größere und schlimmere Unglücksfälle als irgendwo anders in Berlin sind hier nicht nachgewiesen.

Stadtv. Gassel wiederholt seine eben abgegebene Erklärung.

Der Antrag Möbner wird abgelehnt. Der Antrag Rons und Genossen (Soz.), den Magistrat zu er- suchen, der Versammlung in einer Vorlage zur Kenntnisnahme Mitteilung über den Stand der schwebenden Verkehrsfragen zu machen, wird für heute von der Tagesordnung abgesetzt. Das Grundstück Landsbergerstr. 48 und Rathbarinenstr. 12 soll zur Verbreiterung der Landsbergerstraße für 351 600 M. freihändig erworben werden.

Stadtv. Manasse (Soz.) wünscht Auskunft über die Dauer der noch laufenden Mietverträge; man sei durch sehr sonderbare Er- fahrungen auf diesem Gebiet gerade in der Landsbergerstraße ge- nugsam gewarnt. Länger als 1 1/2 Jahre laufende Verträge dürfe die Stadt nicht übernehmen.

Da Stadtrat Kast auf die Frage genaue Auskunft im Augen- blick nicht zu erteilen vermag, wird nach kurzer Debatte auf Antrag R e l l e (A. L.) die Sache auf die nächste Sitzung vertagt.

Die Vorbereitung der Neuwahl eines befohlenden Stadtrats für den verstorbenen Taurbis wird dem schon bestehenden Ausschusse für die Neuwahl eines unbesoldeten Stadtrats übertragen. In diesem Ausschuh wird das erkrankte Mitglied S i n g e r durch den Stadtv. P f a n n u c h ersetzt.

Schluß gegen 10 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Gegen Schiffsabgaben.

Mit der Frage der Schiffsabgaben beschäftigte sich der Handelsvertragsverein in einer Sitzung am 12. April. Reichstags- abgeordneter Goshen als Referent vertrat die Ansicht, er müsse sich grundsätzlich gegen jede Abgabebelastung der freien Ströme er- klären, weil es die größten Bedenken habe, die durch unsere neuere Handelspolitik schon schwer beeinträchtigte Exportfähigkeit der In- dustrie noch weiter durch eine Verteuerung der Frachten zu schwächen. Eine solche sei bei Einführung von Abgaben namentlich für Kohlen, Rohstoffe usw. ganz unabweislich und müsse vielen wichtigen Industrien die Produktionskosten, aber auch den Export vieler Fertigfabrikate wesentlich verteuern. Nach dem Handels- minister Dr. Reichlechner noch vor kurzem erklärt habe, daß Oester- reich-Ungarn unter keinen Umständen in eine Verteilung der Ab- gabenfreiheit auf der Erde willigen werde und die holländische Re- gierung dieselbe ablehnende Haltung für den Rhein einnehme, dürfe jetzt die preussische Schiffsabgabemodifikation für die Rheine und Rhein als gescheitert gelten. Es sei indessen zu befürchten, daß Preußen keine verkehrstechnischen Bestrebungen auf den anderen, rein deutschen Strömen verwirklichen werde, für welche ja nur der Schutz der Reichsverfassung bestände, und darum sei es angezeigt, daß der Handelsvertragsverein in einer erneuten Eingabe an den Reichstag und den Bundesrat hiergegen mit allem Nachdruck Stellung nehme. — Die Versammlung beschloß in diesem Sinne.

Kapitalistische Gesetzgebung.

Albany, die politische Hauptstadt des Staates New York, des reichsten der Union, und die „Eisenstadt“ Pittsburg, das Zentrum der amerikanischen Großindustrie, sind seit einiger Zeit der Schau- platz enstehender Korruptionsflut. Ende März legte Senator und Senatpräsident Aldis in Albany sein Mandat nieder, wenige Stunden, bevor ihn die Jury seiner Senatskollegen nach monatelanger Untersuchung als der Annahme von Ver- stehungsgeldern überführt erklärte. Es folgt noch das Verfahren gegen Aldis Ankläger, Senator Conger, den Vizeleher und Mittel- mann anderer kapitalistischer Bestehet, durchweg großer Korporationen, die es sich ein Feindgeld kosten ließen, die Gesetzgeber oder ihre Parteileitung, das republikanische Staatskomitee oder, wenn sie ganz sicher gehen wollten, beide Teile zu kaufen. Seit langen Jahren haben die würdigen Senatoren, hat die Gesetzgebungs- konfektion nach Order und auf Bestellung der großen Kapitalisten gearbeitet. Straßenbau- und Verkehrsunternehmen, Gasgesellschaften, Bankiersyndikate usw. boten für eine Abgeordneten- oder Senatorens- timme zehn- bis vierzigtausend Dollar und verteilten in manchen Fällen Summen, die sich zwischen einer halben und einer ganzen Million bewegten, um die Annahme eines die kapitalistischen Inter- essen berührenden Gesetzes zu vereiteln oder sicherzustellen.

Kürzlich ist mit einer neuen Skandal-Untersuchung begonnen worden. Der neue Vorsteher des Staats-Versicherungsamts, Goshen, hat eine Untersuchung der Beziehungen des Feuerversicherungs- geschäfts zu der herrschenden republikanischen Partei und der Geset- zgebung eingeleitet. Das bisherige Ergebnis zeigt, wenn naturgemäß auch in etwas bescheidenen Dimensionen, dasselbe Bild wie die sensationelle Lebensversicherungs-Enquete vor fünf Jahren, wobei den im Staate New York anhängigen Lebensversicherungs-gesellschaften, deren Policeninhaber sich auf wohl alle Kulturländer verteilen, nicht nur eine schandhafte Mißverwaltung, eine gewissenlose Spekulation mit Versicherungsgeldern, sondern auch organisierte Verleugung der Gesetzgebung nachgewiesen wurde. Dieselben metatrischen Beziehungen sehen wir nun auch zwischen den Feuerversicherungsgesellschaften und den herrschenden Politikern enthüllt, und auch die demokratische Partei, die schon die Rolle der Zügel zu übernehmen gedachte, während sich das republikanische Lager in der Conger-Aldis-Unter- suchung erbricht, ist in die neue Korruptionsaffäre verwickelt.

In Pittsburg haben wir es mit einem städtischen Korruptions- pfluß zu tun. Ein vor mehr als Jahresfrist der Bestrafung durch eine Reihe von Anklagen überführter Stadtverordneter namens Klein lieferte vor seiner Abführung nach dem Zuchthaus seine sämtlichen mitbestochenen Kollegen wie eine Anzahl städtischer Beamten ans Messer, nachdem seine Mitschuldigen ihn und seine Familie sich selber überlassen hatten. Gegen vierzig Stadtväter und Beamte sind daraufhin Anklagen erhoben worden, die sich zum größten Teil durch sofortiges Geständnis ihrer Schuld Straffreiheit verschafft haben.

Wer sich allerdings der Hoffnung hingibt, die Regierung werde nun mit starker Faust der Korruptionshydra das Haupt zerschmettern, der ist schon betrogen. Die Regierung hat die Entscheidung gegen die großen Monopolgesellschaften wegen Verletzung der verschiedenen gegen sie erlassenen Gesetze abermals aufgeschoben. Bei den Wahlen hatte sie schon eine recht begehrende Haltung angenommen. Sie wollte das Geld der Truists und der Finanziers nicht missen. — Während Herr Taft und seine Getreuen laut gegen die das Volk auspowernenden Kapitalisten und Truists schrien, hatten diese schon die Gewißheit, daß nichts Ernstliches wider ihre Macht geschehen werde. Daber hörte man denn auch in der bisherigen Dauer der Laßischen Regierung genug von Volkshäuten des Präsidenten, von der Einleitung von Klagen gegen die Truists und von ihrer Verurteilung, niemals aber wurde durch den doch nicht schweigenden Telegraphen verkündet, daß eine Volkshaut zu einem Gesetz geworden wäre, daß ein Urteil Rechtskraft erlangt habe. Es blieb bei den guten Vor- schlägen. In der Jollitaris, der die Macht der Truists brechen sollte, brachte ihnen einen erneuten Machtzuwachs. Es wurden gerade für die Waren die Einfuhrzölle herabgesetzt, die den Truists als Rohstoff erwünscht sind. So erlangte der Stadtrats die Ermöglichung des Einfuhrzölles für Eisen und seine kanadischen Ergüsse. Dem Vätertrast war der niedrige Zölle sehr willkommen, weil er erst jetzt daran denken konnte, das bisher unabhängige argentinische Wirtschaftsgelände mit seinen reichen Viehbeständen seiner Macht zu unterwerfen. Die Regierung hat die Macht der Monopolherren trotz des Feldgeschreies bei der Wahl nicht nur nicht abgeschwächt, sondern sogar noch gestärkt.

Lesende.

Wilmersdorf. Der nächste Lesende wird nicht am Freitag, den 15. April, sondern erst Freitag, den 22. April, abgehalten. Der Vorstand.

